

## POLITIK

**Steuerreform:** Nach dem mehrstündigen Koalitionsgespräch steht lediglich das Volumen von 25 Milliarden Mark für die steuerliche Entlastung durch eine Tarifreform sowie der Zeitpunkt für die weiteren Beratungen fest. Die umstrittene Frage, Umfang und Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs, wurde inhaltlich nicht vertieft. Auch der Zeitpunkt für die Reform bleibt umstritten.

**Waffen für Khomeini:** China will nach Informationen der britischen „Daily Mail“ Iran Waffen im Wert von vier Milliarden Mark liefern.

**Europa:** Madrid lehnt die Agrarvorschläge der EG für den Beitritt Spaniens ab. Die spanischen Agrarprodukte sollten erst nach zehn Jahren in den vollen Genuss der Vorteile der EG-Agrarpolitik kommen.

**Rüstung:** Im westlichen und östlichen Teil der UdSSR sind neue SS-20-Stellungen errichtet worden, teilt der amerikanische Vize-Außenminister Burt in Brüssel mit. Er traf gestern in Ost-Berlin mit „DDR“-Außenminister Fischer zusammen. (S. 1)

**Ost-Spione:** Das Bundeskriminalamt rechnet damit, daß die estnischen Geheimdienste auch künftig in der Bundesrepublik eine „aggressive Strategie“ verfolgen werden. (S. 6)

## ZITAT DES TAGES



„Sich herauszuhalten oder eine wohlklingende, aber auf Neutralität hinauslaufende Solidarität zu verkünden, das wäre nicht die Brüderlichkeit, zu der wir aufgerufen sind.“

Der designierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der „Tribüne“ zum deutsch-israelischen Verhältnis.  
FOTO: THOMAS MACHOWINA

## WIRTSCHAFT

**Bundeskartellamt:** Wegen Preis- und Quotenabsprachen sind gegen 16 Montagetierfirmen für Wärme- und Kälteversorgungsleistungen sowie verantwortliche Mitarbeiter Geldbußen in Höhe von 6,7 Millionen DM verhängt worden.

**US-Wirtschaft:** Der Gewinn großer Unternehmen nach Steuern stieg im vierten Quartal 1983 um durchschnittlich 64 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

**Landwirte:** Seit 1949 haben rund 900 000 oder mehr als die Hälfte aller selbständigen Landwirte in der Bundesrepublik aufgegeben.

**Grünland:** Der Inselstaat kann die EG nächstes Jahr verlassen. Als

## KULTUR

**Schleichow:** Der sowjetische Schriftsteller und Literatur-Nobelpreisträger ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Seine bekanntesten Werke waren die Romane „Der stille Don“ und „Neuland unter dem Pflug“. (S. 17)

**Wagner:** Die Auszeichnung „Kommandeur der Republik Frankreich für Wissenschaft und Kunst“ wird heute in München an Wolfgang Wagner, Leiter der Bayreuther Festspiele und Enkel von Richard Wagner, verliehen.

## SPORT

**Fußball:** Nationalspieler Klaus Allofs hat seinen Vertrag beim 1. FC Köln bis Juni 1987 verlängert. Sein Gehalt soll wie bisher rund 350 000 Mark betragen.

**Sarajewo:** Mit einem Empfang hat die bayerische Landesregierung die deutsche Olympia-Mannschaft geehrt, die gestern morgen aus Sarajewo zurückkehrte.

## AUS ALLER WELT

**Tierversuche:** Einen „Fonds für Forschung ohne Tierversuche“ haben der Deutsche Tierschutzbund und der Bundesverband der Tierversuchungsgegner gegründet. Aus dem Fonds sollen Mittel an Ärzte, Wissenschaftler und Einrichtungen vergeben werden, die sich um Alternativen zu Tierversuchen bemühen. (S. 18)

**Terror TÜV:** Die Technischen Überwachungsvereine fordern eine Erhöhung der Prüfgebühren um 16 Prozent. Die Länder wollen die Kfz-Abgaben um 40 Prozent anheben. Bonn will in Kürze über die Anträge entscheiden.

**Wetter:** Bewölkt, im Westen vereinzelt Schauer. 0 bis 5 Grad.

## Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Deutsch-deutsche Sprache: Günter Zehm über Bonns Deutschland-Politik S. 2

**Streik:** In Frankreich häuft sich der politische Sprengstoff - Bericht von Joachim Schaufuss S. 3

**Hamburg:** Echter Nach, ein „Königsmacher“: Wiederwahl zum CDU-Landesparlament sicher S. 4

**EG:** Optimismus über Gipfel schwindet: keine Fortschritte bei Agrarpolitik und Finanzen S. 5

**Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

**Kewenig:** Thesen auf Linie des Senats: Diepen will auf „Kontakt mit der DDR“ eingehen S. 8

**Bob:** Nach 16 Tagen im Koma hat sich der Zustand des verunglückten Michael Sperr gebessert S. 15

**Fernsehen:** Mascha, Bilder aus dem Leben einer Zehnjährigen - Wie durch ein Brennglas S. 16

**Bühnenshow:** Giuseppe Verdi alla francese - „Jérusalem“ an der Pariser Oper S. 17

**Mafia:** „Herren des Wassers“ wird der Prozeß gemacht: Geschäfte mit dem kostbaren Naß S. 18

## Koalition: Steuerentlastung wird auf 25 Milliarden begrenzt

Zeitpunkt der Reform und Umfang des Familienlastenausgleichs umstritten

HEINZ HECK, Bonn

Die Spitzen der Bonner Koalition von CDU/CSU und FDP sind sich einig, die steuerliche Entlastung durch Tarifreform und Verbesserung des Familienlastenausgleichs auf 25 Milliarden Mark zu begrenzen. Sie sind damit den Vorstellungen von Finanzminister Stoltenberg gefolgt. Bei dem mehrstündigen Koalitionsgespräch am Dienstag wurde aber die umstrittene Frage - Umfang und Ausgestaltung des Familienlastenausgleichs - inhaltlich nicht vertieft. Auch der Zeitpunkt (oder die Zeitpunkte) für das Inkrafttreten der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen ist nach wie vor offen und unter den Partnern auch umstritten.

An dem Gespräch unter Vorsitz des Bundeskanzlers nahmen für die CDU Finanzminister Stoltenberg und Fraktionschef Dreger, für die CSU deren Vorsitzender Strauß, Innenminister Zimmermann und Landesgruppenchef Waigel sowie für die FDP der Parteivorsitzende Genscher, Fraktionsvorsitzender Mischnick und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff teil. Fest steht nach dem Treffen lediglich der Zeitpunkt für die weiteren Beratungen in Bonn. Danach will Stoltenberg in der zweiten Märzhälfte Entlastungsvorschläge mit Alternativen vorlegen, die anschließend mit den Obleuten und Experten der Fraktionen in Bonn sowie den Vertretern der Bundesländer erörtert werden sollen. Die Kabinettsent-

scheidung über das Gesamtpaket, also die Tarifreform und die Neuordnung des Familienlastenausgleichs, soll im November fallen, sobald Bundesrat und Bundestag sich Anfang nächsten Jahres beraten können. Bis Mitte Mai will aber das Finanzministerium schon seine Eckdaten zu den Reformen vorlegen, die dann noch vor den Kabinettsbeschlüssen auch mit den zuständigen Verbänden erörtert werden können. Die Frage der „Kompensation“ des Einnahmeausfalls von 25 Milliarden Mark hat im Koalitionsgespräch eine Rolle ge-

gleichsmaßnahme vermieden werden können.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens bleibt nach dem Gespräch zwischen den Koalitionspartnern offen. Die FDP hält einstweilen an 1986 fest, während vor allem Stoltenberg mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung an einem möglichst späten Termin Termin 1988. Inzwischen haben aber die Steuerexperten der Bonner Unionfraktion den 1. Januar 1987 als Termin für das Gesamtpaket vorgeschlagen. Damit könnte ein Weg gewiesen werden, auf dem sich beide Koalitionspartnern treffen könnten.

Nach den Vorstellungen Stoltenbergs wie der Steuerexperten der Fraktion sollen etwa 20 Milliarden auf die Tarifreform und die restlichen fünf auf die Verbesserung des Familienlastenausgleichs verwandt werden. Doch hierüber ist zumindest innerhalb der Union das letzte Wort noch nicht gesprochen. Maßgebliche Kräfte (so Dreger) fordern inzwischen acht Milliarden Mark für den Familienlastenausgleich. Dreger hat jetzt bedauert, daß über die Notwendigkeit der Korrektur des Familienlastenausgleichs - im Gegensatz zu der des Steuerrechts - kein „allgemeines Einvernehmen“ bestehe. Die wohltätige Wirkung der Tarifreform sei „mehr gegenwartsbezogen“, die des Familienlastenausgleichs „mehr zukunftsbezogen“.

SEITE 2:  
Variante der Steuerreform

## „Reform nicht über höhere Steuern“

Warnung des Karl-Bräuer-Instituts / Vorschläge für Subventionskürzungen

HEINZ HECK, Bonn  
Eine Entlastung der Lohn- und Einkommensteuer um rund 19 Milliarden Mark von 1986 an hat das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler gefordert. Mit seinem Vorschlag zur Reform des Steuerrechts unterstützen die Experten weitgehend die bisher bekanntgewordenen FDP-Vorstellungen. Steuererhöhungen zur Finanzierung der Reform lehnt der Bund der Steuerzahler ab. Die Mindereinnahmen von 19 Milliarden Mark sollten in der Hauptsache durch Ausgabenbeschränkungen bei Bund, Ländern und Gemeinden ausgeglichen werden.

Alle Lohn- und Einkommensteuer-

zahler würden durch den neuen Tarif

„deutlich entlastet“, heißt es. Die pro-

zentual höchsten Entlastungen ergä-

ben sich für sehr niedrige und mittlere Einkommen. So beträgt beispielsweise die absolute Entlastung bei einem zu versteuernden Einkommen von 20 000/40 000 Mark (Ledige/Verheiratete) etwa 400/800 Mark im Jahr, bei einem Einkommen von 50 000/100 000 Mark sind es rund 1000/3500 Mark. Der Tarifvorschlag sieht einen Grundfreibetrag von 3000 (geltendes Recht derzeit 4212) Mark vor. Seine Geltungsdauer soll auf drei Jahre, also bis Ende 1988, befristet sein, um weiteren heimlichen Steuererhöhungen entgegenzuwirken. Zur Stützung dieser Forderung wird daran erinnert, daß die Inflationsbedingten Zusatzbelastungen von 1981 (letzte Tarifkorrektur) bis 1985 insgesamt auf rund 51 Milliarden Mark zu veranschlagen seien.

Anders als der geltende Tarif sieht der Vorschlag des Karl-Bräuer-Instituts (T 133) eine durchgehende Progression von 5000 Mark an vor. Damit entfällt der Belastungssprung von 0 auf 22 Prozent beim Besteuerungsbeginn. Die Kurve steigt auch im weiteren Verlauf viel gleichmäßiger an. Damit wird die sogenannte Grenzbelastung, also die Besteuerung des zusätzlich verdienten Einkommens, deutlich reduziert. Gerade diese Grenzbelastung wirkt sich aber schon heute ausgesprochen leistungsfeindlich aus. Nach den Berechnungen des Instituts verbleiben dem verheirateten Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern nach Abzug der direkten und indirekten Abgaben nur noch etwa 52 Mark zur freien Verfügung.

Fortsetzung Seite 6

## Mondale siegt bei Testwahl in Iowa

Glenn erlitt deutliche Niederlage / Reagans Popularität sank von 52 auf 40 Prozent

THOMAS KIELINGER, Washington  
Die Delegierten-Vorwahl („caucus“) im US-Bundesstaat Iowa hat unter den Präsidentschaftsanwärtern der Demokratischen Partei den ehemaligen Vizepräsidenten Walter Mondale als klaren Sieger hervorgehoben. Überraschend schob sich Senator Gary Hart an die zweite Stelle vor George McGovern, dessen Präsidentschaftswahlkampf Hart 1972 als Stabschef geleitet hatte.

Nach Auswertung von 92 Prozent der Stimmen aus den insgesamt 2495 örtlichen Distrikten ergab sich folgendes Resultat: Mondale 48,6 Prozent; Hart 18,4 Prozent; McGovern 10,8 Prozent; „nicht festgelegt“ 9 Prozent; Alan Cranston 7,6 Prozent; Glenn 3,5 Prozent; Ruben Askew 2,45 Prozent; Jesse Jackson 1,6 Prozent; Ernest Hollings 0,5 Prozent.

Da nur solche Kandidaten, die mindestens 15 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnten, einen Anteil der 50 Delegierten erhielten, die Iowa zum Parteilager der Demokraten im Juli entsendet, fällt der Sieg Mondales noch beeindruckender aus: Der Spitzenreiter erhielt 48 der Delegier-

ten für sich, Gary Hart die verbleibenden zwei.

Der Bundesstaat Iowa wählt freilich noch zweimal auf jeweils höherer Kreisebene, so daß die endgültige Delegiertenzuweisung noch aussteht. Das ändert aber nichts mehr an der Bugwelle der Favorisierung, die Walter Mondale jetzt vorausläuft.

Unter den übrigen sieben Kandidaten der Demokratischen Partei muß John Glenn, Mondales bisheriger Hauptkonkurrent, das Ergebnis von Iowa mit besonderer Sorge registrieren.

SEITE 2:  
Iowa scharft klare Fronten

Seine Kandidatur hängt nur noch am seidenen Faden und dürfte zu einem raschen Ende kommen, wenn Glenn in New Hampshire ebenfalls versagt. Das schlechte Abschneiden des Senators ist nicht nur auf das mäßige Organisationstalent seiner Wahlkampfmanager zurückzuführen. Vielmehr fällt Glenn als „konservativer“ Demokrat hinter seine sich schärfen gegen Ronald Reagan absetzenden liberalen Kollegen zurück.

Der Trend in diesem Jahr geht in den USA auf stark ausgeprägte ideologische Gegensätze. Da wirkt die Paarung Mondale-Reagan für viele als attraktiver als die Glens mit Reagan. Im übrigen hat Walter Mondale die breite Basis der traditionellen demokratischen Interessengruppen auf seiner Seite, allen voran die Gewerkschaften. Dagegen kommen die übrigen Mitbewerber schwer an.

Präsident Reagan, der in Iowa am Wahltag eine Stippvisite machte, erlebt zur Zeit in manchen Wahlkreisen beträchtliche Einbrüche. Eine Umfrage der Zeitung „Des Moines Register“ ließ ihn gegenüber Mondale mit 15 Punkten unterliegen. Während im Januar 52 Prozent der Befragten seiner Amtsführung applaudierten, waren es jetzt nur noch 40 Prozent. Hinzu kommt, daß die Ereignisse in Libanon die Kompetenz Reagans als Außenpolitiker in Frage gestellt haben. So konnte Mondale vor begeisterten Anhängern mit der zweckoptimistischen Parole auftreten: „Ich bin bereit, Reagan zu schlagen. Ich bin bereit, Präsident der Vereinigten Staaten zu sein.“

## Neue israelische Angriffe möglich

RS/DW, Bonn/Beirut

Mit einer kombinierten Operation ihrer Luft- und Landstreitkräfte ist die israelische Armee gestern gegen Stützpunkte palästinensischer Freischärler in Libanon jenseits der Awak-Linie vorgedrungen. Gegenüber der WELT erklärte der Armeechef in Tel Aviv, das israelische Militär behalte sich weitere derartige Aktionen vor, um die örtliche libanesische Bevölkerung, die israelischen Streitkräfte und die Bevölkerung im nördlichen Israel zu beschützen.

Ebenfalls gestern wurden die ersten Einheiten des amerikanischen Kontingents der internationalen Friedenstruppe in Beirut auf US-Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste verlegt.

Seite 2: Die Krise am Nadelöhr

Seite 5: Irak brennt Khomeini

## Geldbußen: Lücke wird geschlossen

HH, Bonn

Die Entscheidung des Bundesfinanzhofs über die steuerliche Absetzbarkeit von Geldbußen (WELT vom 21. Februar) hat gestern den Gesetzgeber auf den Plan gerufen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat vor Steuer- und Haushaltsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Absicht bekundet, die erforderlichen gesetzgeberischen Schritte unverzüglich einzuleiten. Äußerungen von Vertretern aller Bundestagsfraktionen lassen erkennen, daß eine solche Änderung auf breite Zustimmung im Parlament stoßen dürfte. Auch die SPD-Fraktion hat eine Initiative angekündigt, um diese Gesetzeslücke zu schließen.

Seite 3: Wenn wir das gewußt hätten...

## DER KOMMENTAR

## Keine Eile

HEINZ BARTH

Als Sieger in der Herbstschlacht über die Nachrüstungsgegner glauht der Bundeskanzler, Anfang März bei seinem Besuch im Weißen Haus mit größerer Autorität sprechen zu dürfen als während seiner ersten Amerika-Reise. Wie er vor dem CDU-Bundesauschuss verkündete, will er Ronald Reagan daran erinnern, hinsichtlich des NATO-Doppelbeschlusses „Wort gehalten“ zu haben; möchte er daraus die Verpflichtung ableiten, den Präsidenten zu einer Initiative für die baldige Wiederaufnahme der Genfer Raketen-Verhandlungen zu drängen.

Es bedarf gründlicher Überlegung, ob der Zeitpunkt für einen solchen Schritt Bonns glücklich gewählt wäre. Zwar steht von Helmut Kohl nicht zu befürchten, daß er einen amerikanischen Präsidenten jemals mit der Einrisigkeit seines Vorgängers gegen den Strich bürsten würde. Er bringt aus der Sicht Washingtons einen Vorschub von „goodwill“ mit, der nicht zu unterschätzen ist. Aber noch weniger sollte das Unbehagen unterschätzt werden, das sich dort gegen die Europäer angesammelt hat.

Die zunehmende Tendenz der europäischen Verbündeten, den Beitrag auf die Schultern Amerikas abzuwälzen, den sie eigentlich zur Stabilisierung der Welt leisten müßten, ist

nicht der einzige Grund einer nachhaltigen Irritation. Noch verstimmender muß auf die Reagan-Administration jene besondere Variante eines Halbwegs-Neutralismus wirken, der einen angeblich intransigenten Präsidenten zur Mäßigung zu erziehen sucht, um die Öffentlichkeit der europäischen Länder günstig zu beeindrucken.

An diesem Spiel sollte sich die Bundesrepublik nicht beteiligen, die - was das Bewußtsein ihrer globalen Verantwortung angeht - längst vom Frankreich-Mitterrands übertrifft wird, das dem Militärverband der Allianz nicht angehört. Muß wirklich daran erinnert werden, daß es die Sowjets waren, die in Genf die Gespräche abbrechen? Wer hinter denen herläuft, die vom Verhandlungstisch aufstehen, läßt zu Mißverständnissen ein. Dazu ist um so weniger Anlaß, als es Anzeichen für einen Umdenkprozeß im Kreml gibt, der sich unter der neuen Konstellation des Politbüros von der starken Gromyko-Linie entfernen könnte.

In einem solchen Augenblick ist es weniger als je am Platz, den Präsidenten zur Eile zu mahnen. Etwas Einfühlungsvermögen in seine Situation, die durch den Abzug aus Libanon nicht leichter wurde, wäre anzuraten. Ihm kann jetzt weniger als je daran gelegen sein, in den Geruch des Carterismus zu geraten.

## USA: Moskau forciert den Aufbau neuer SS-20-Basen

Washington will Abrüstungsgespräche intensivieren

C. G. BROCKDORFF/DW, Brüssel  
Nach dem Führungswechsel in der UdSSR bemühen sich die USA verstärkt um die Wiederaufnahme der seit Herbst 1983 unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen. Noch in dieser Woche will der Leiter der Europaabteilung im US-Außenministerium, Richard Burt, nach seinem Besuch in der „DDR“ auch nach Bulgarien und Ungarn reisen, um die Chancen für neue Gespräche auszuloten. Burt kündigte dies nach einer Sitzung der Besonderen Beratungskommission der NATO in Brüssel an, in der Washington seine Abrüstungspolitik mit den europäischen Verbündeten abgestimmt hatte.

Besondere Anliegen bei dieser Ostblockreise ist für Burt, den Ost-West-Dialog auf eine breitere Grundlage zu stellen. Ausdrücklich wies er in Brüssel auf die unterschiedlichen Interessenlagen der Staaten des Warschauer Paktes hin: „Alle diese Länder unterscheiden sich voneinander. Sie alle haben unterschiedliche Ansichten zu wichtigen Themen. Wir behandeln Osteuropa nicht als geschlossenes Ganzes und machen deshalb eine Politik der Unterscheidungen.“

Wie andere US-Regierungsvertreter zuvor ließ auch Burt die Bereitschaft der USA erkennen, eine Zusammenarbeit der INF- und START-Verhandlungen zu erwägen. Washington sei bereit, jeden ernst gemeinten sowjetischen Vorschlag hinsichtlich des Verhandlungsforums zu prüfen. Allerdings gebe es bisher weder formell noch informell entsprechende sowjetische Vorstöße.

Anzeichen für eine neue Einstellung der Sowjetunion zu den unterbrochenen Genfer Abrüstungsverhandlungen sieht unterdessen der amerikanische Senator William Cohen in Moskau. Nach Gesprächen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Wladimir Kusnezow und dem stellvertretenden Außenminister Georgi Kornienko sagte Cohen, er habe einen „neuen Ton“ und die Bereitschaft gespürt, die Rüstungsproblematik durch Verhandlungen lösen zu wollen.

Andererseits hat die amerikanische Aufklärung entdeckt, daß die Sowjetunion neue Stützpunkte für SS-20-Raketen ausbaut. Diese Stellungen befinden sich, wie Burt der Konsultativgruppe der NATO mitteilte, im westlichen wie im östlichen Teil der Sowjetunion. Es soll sich um mindestens zwei Stellungen für jeweils ein Raketenregiment mit je neun Raketenstärtern handeln. Burt bezifferte die Anzahl der einsatzbereiten sowjetischen SS-20 auf jetzt 376 Raketen mit 1134 Atomsprenköpfen. Der entdeckte Ausbau der Raketenstellungen würde diese Zahl auf 396 Raketen mit 1188 Sprenköpfen erhöhen.

NATO-Experten gehen davon aus, daß die Sowjetunion insgesamt 500 Raketen mit 1500 Atomsprenköpfen aufbauen will. Inzwischen gibt es als gesicherte Erkenntnis, daß für jede in Stellung gebrachte SS-20 eine Nachladerakete zur Verfügung steht.

Außerdem werden nach amerikanischen Erkenntnissen in nichtsozialistischen osteuropäischen Staaten wei-

Fortsetzung Seite 8



„Ich möchte, gerade in meinem Alter, meine Gewohnheiten nicht ablegen. Auch wenn ich es jetzt mal ein bißchen bequemer haben möchte.“

Das Seniorenstift Haus Amadeus bietet seinen Bewohnern alle Möglichkeiten. Haus Amadeus in Werl ist eine neu konzipierte Senioren-Wohnanlage, die im Juli 1984 eröffnet wird.

Zur Zeit sind noch ohne Wartezeit einige Appartements zu beziehen. Prospektmaterial können Sie anfordern bei: Haus Amadeus, Seniorenstift GmbH Postfach 1640, 5790 Brilon Tel.: 029 61/5 01 24.

Seniorenstift  
Werl  
**Haus Amadeus**

S.R.A.S. Seniorenstift GmbH, 5790 Brilon, PF 1640, Tel. (029 61) 501 24.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Die Krise am Nadelöhr

Von Herbert Kremp

Die Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak vollzieht sich in einem Schattendunkel, aus dem die Weltkrise hervortreten kann. Jeden Tag. Die Kriegführenden, das Khomeini-Regime und das Regime Saddam Husseins, sind unberechenbar und unbefriedigbar, ihre Motive entziehen sich den verfügbaren Regeln des internationalen Krisen-Managements. Die Kriegsdoktrin des Ayatollah schließt den Kompromiß aus.

Der Revolutionskrieg verläuft in Formen äußerster Mittelschmerz und höchster Grausamkeit. Was ihn aber wirklich gefährlich macht: Er breitet sich über eine weltstrategisch entscheidende Zone aus. Die Amerikaner bewegen Teile ihrer Pazifik-Flotte in die Region. Seit 1979, seit Carter, haben sie für den Fall einer Sperrung der 55 Kilometer breiten Straße von Hormuz militärisches Eingreifen in Aussicht gestellt. Die wirtschaftsstrategischen Gründe von ehemals sind dabei in den Hintergrund getreten. Der Golf ist nicht mehr die Halsschlagader der westeuropäischen und japanischen Industriesysteme. Im vergangenen Jahr gingen nur 41,5 Millionen Tonnen der auf der ganzen Welt geförderten drei Milliarden durch das arabische Nadelöhr, davon 50 Prozent nach Asien (Japan) und 30 Prozent nach Westeuropa. Die Welt lebt leider noch nicht „after oil“, aber glücklicherweise „after gulf oil“. Diese Erkenntnis ist wichtig. Die Industrien würden auch dann arbeiten, steckte jemand einen Stöpsel in die Straße von Hormuz. Die Öl-Waffe ist stumpf geworden. Heute geht es um die politischen Herrschaftsverhältnisse in der Region.

Da der Revolutionskrieg über die iranisch-irakischen Grenzregionen weit hinausreicht, hat sich ein bizarres Umfeld der Feinde und Freunde der Hauptkombatanten gebildet. Die Iraker werden sowjetisch und französisch bewaffnet, Iran verwendet die amerikanischen Waffen des Schah, die israelischen Waffen, die Irak schwächen sollen, und in Zukunft möglicherweise chinesische Waffen, die das sowjetische Waffengewicht in Irak ausbalancieren sollen. Die Monarchien Südwest-Asiens optieren für Irak. Syrien unterstützt Iran, der Terroristen für den Libanon-Einsatz exportiert. Teheran provoziert die USA; die Golfstaaten fürchten deren Eingreifen im Falle der Blockade der Hormuz-Straße. Es gibt somit keine Krisenart und keine Krisen-Dimension, die nicht denkbar wäre. Das Ölfaß wurde zum Pufferfaß.

## Iowa schafft klare Fronten

Von Thomas Kielinger

Die Mondale-Dampfwalze rollt. Jimmy Carters einstiger Vizepräsident Walter („Fritz“) Mondale, organisatorisch allen Konkurrenten überlegen, ging aus dem politischen Schönheitswettbewerb, genannt Iowa Caucus, als der große Gewinner hervor. Und damit als der klare Favorit für die kommenden Wahlen.

Wie es sich für den endlos langen amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf gehört, bläst man nach frühen Siegen so gleich in die Tuba der Übertreibung. „Iowa ist der Anfang vom Ende der Reagan-Administration“, dröhnt Mondale, und „Ich bin bestärkt in dem Glauben, daß das, was ich zu sagen habe, genau das ist, was die Amerikaner von ihrem nächsten Präsidenten hören wollen“. Die Amerikaner? Iowa hat 1,5 Millionen Wahlberechtigte. Circa 85 000 von ihnen nahmen an den Abstimmungen für die demokratischen Kandidaten teil. Davon einigten sich an die 40 000 auf Mondale. „Die“ Amerikaner?

Trotzdem sind auch Resultate im Miniaturbereich von einem Aussagewert. Beispielsweise das Faktum, daß der hochgelobte ehemalige Astronaut Glenn und der ebenso hochgelobte Farbigenführer Jesse Jackson nur 3,5 beziehungsweise 1,6 Prozent der Stimmen erhielten. Sodann das andere Faktum: Alle „konservativen“ Demokraten – Hollings, Askew und Glenn – landeten unter „ferner Leitung“, die gesamte Spitze dagegen fiel an die „Liberalen“, Mondale, Hart, McGovern und Cranston. Die Anhänger eines atomaren Freeze triumphierten über die Befürworter der MX, die Wirtschaftsdarwinisten (nur Hart denkt wettbewerbsorientiert) siegen über die Marktwirtschaftler.

Hier zeichnet sich ein ideologisch scharf profilierter Wahlkampf ab. Der große Steuermäurer und Geldausgeber für die nationale Verteidigung, Ronald Reagan, (Defizit: zweihundert Milliarden Dollar), gegen den großen Steuererhöher und Geldausgeber für Bürokratie und Wohlfahrt, Walter Mondale (Defizit: uferlos?). Was immer „die“ Amerikaner wollen: Keiner von ihnen wird sagen dürfen, er wisse nicht, was zur Wahl steht.

## Um- und Zweifelsfragen

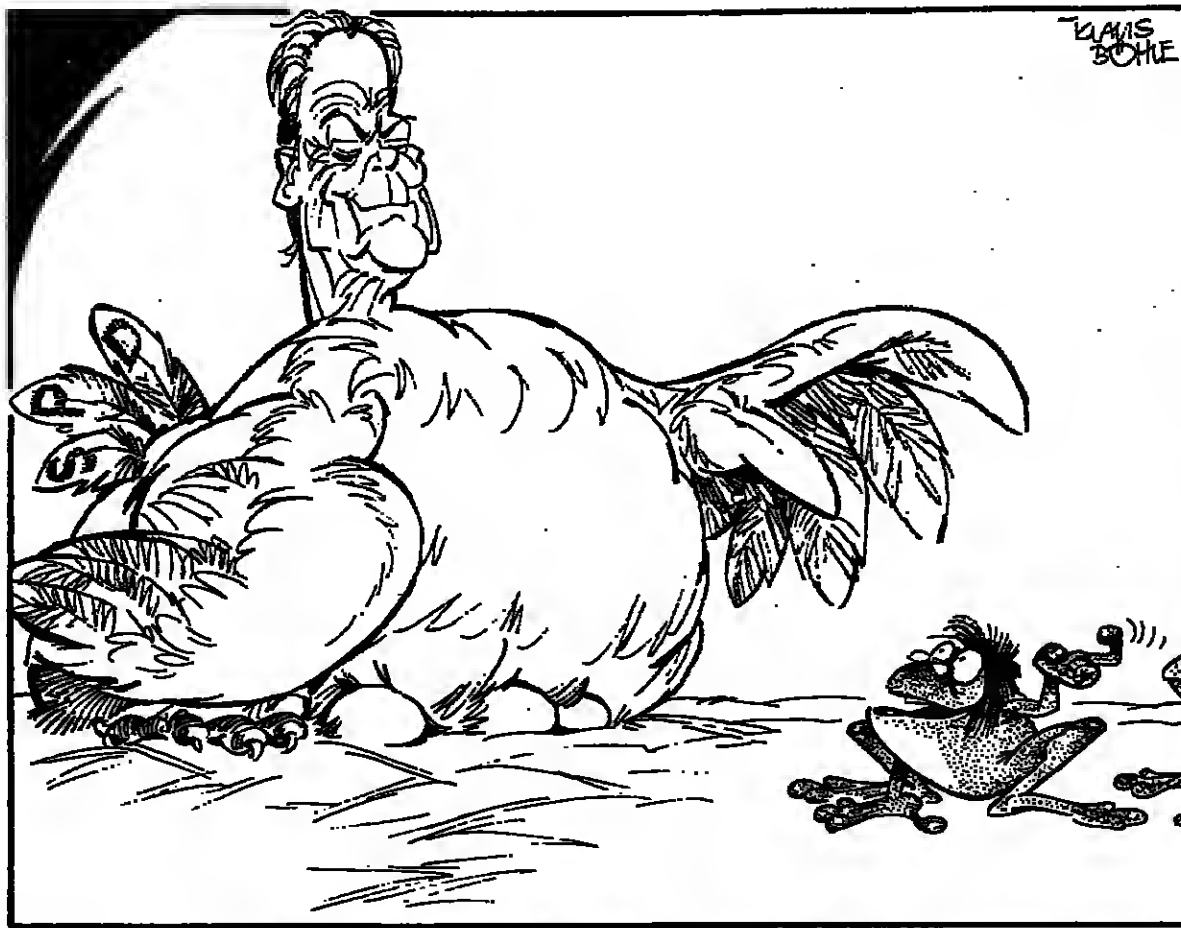
Von Enno v. Loewenstern

In Baden-Württemberg sieht der Landtagspräsident Grund zur Besorgnis. Die Stuttgarter Landeszentrale für politische Bildung hat eine Umfrage zum Thema „Was geht mich die Demokratie an?“ veranstaltet. Nun muß der Südweststaat mit der Erkenntnis leben, daß vierzehn Prozent der Befragten „diesen demokratischen Rechtsstaat nicht als 'hohes Gut' ansehen“. Das jedenfalls ergibt sich daraus, wie sie ihre Kreuzchen auf den Fragebögen platziert haben.

Mit Umfragen aber ist es bekanntlich so eine Sache. Es genügt nicht, zu sagen, sie seien so gut oder schlecht wie die Umfrager. Sie sind so ernst zu nehmen, wie die Befragten sie nehmen. Wenn beispielsweise schon der Direktor der Landeszentrale selber mitbekommen hat, daß manche Jugendliche „bewußt provozierend“ alle Fragen mit „trifft nicht zu“ beantworteten, dann hat er damit den Schlüssel zum Kernproblem der Umfragerei entdeckt.

Besagter Direktor Schiele schätzt denn auch, daß die Zahl der wirklichen Systemgegner nur die Hälfte der vierzehn Prozent ausmacht. Das wäre immer noch schlimm, meint er. Womit er recht hat. Aber wir wissen, daß es in jeder Gesellschaft einen gewissen Prozentsatz von Außenseitern gibt – Schmarotzer, Kriminelle, Extremisten, was auch immer.

Der Zweck von Umfragen liegt darin, uns die jeweilige Zahl genau zu nennen. Wenn wir von vornherein annehmen dürfen, daß das Bild falsch ist, erübrigen sich Umfragen. Schätzen können wir auch ohne solchen Aufwand. Sicher gibt es konkrete und vordergründige Dinge, die einigermaßen zuverlässig erumfragt werden können, aber erfahrene Befragter sind selbst bei der sprichwörtlichen Sonntagsfrage („Wie würden Sie wählen, wenn...“) vorsichtig und retten sich ins „Gewichten“. Der Glaube, daß man ein paar hunderttausend himmlischen und damit auf dem schnellen Weg – ohne das mühsame Sammeln persönlicher Beobachtungen und Erfahrungen – über alle sogenannten Befindlichkeiten zuverlässig unterrichtet werden könne, ist ebenso naiv wie unausrottbar.



## Deutsch-deutsche Sprache

Von Günter Zehm

Momentaufnahme aus den letzten Tagen: Eine Gruppe von „DDR“-Touristen, darunter auch einige SED-Mitglieder, flüchtet sich in die deutsche Botschaft in Prag. Sie wollen nach Bayern ausreisen, aber die Tschechen weigern sich – nach Absprache mit Honecker – kategorisch, den Weg freizugeben. Daraufhin reden die Bonner Botschaftsangehörigen so lange auf die Asylsuchenden ein, bis diese resigniert aufgeben und sich den tschechischen Behörden und einem ungewissen Schicksal ausliefern.

Ähnliche Ereignisse scheint es in den vergangenen Wochen und Monaten viele gegeben zu haben. Die „Warnung“ des inderdeutschen Ministers Windelen an „DDR“-Bewohner, den Weg in den Westen nicht über die Ständige Vertretung in Ost-Berlin zu suchen, spricht Bände. Helmut Kohls Politik der „Hoffnung in der Verantwortungsgemeinschaft“ zeitigt Wirkung innerhalb der „DDR“-Bevölkerung: nicht unbedingt zur Freude der Politiker. Die Zahl der Ausreisewilligen ist sprunghaft gestiegen. Die Angst vor den Repressalien, die einen Ausreisewilligen regelmäßig treffen, nimmt ab. Immer mehr Menschen stellen ein weißes „A“ aus Pappe in ihr Fenster – für „Antragsteller“.

Welche Konsequenzen sollte Bonn aus dieser Entwicklung ziehen? Ganz falsch wäre es, alle spontanen Reaktionen von unten lediglich unter dem Aspekt der „Störung“ abzuhalten und den Menschen drüber per Fernsehansprache und mit dem Unterton leichter Verärgerung zu versichern, es werde „alles Menschenmögliche“ für sie getan und sie sollten sich schön still verhalten und auf die „Familienzusammenführung“ warten. Allzu leicht gerät man dadurch in den Verdacht einer zumindest rhetorischen Komplizenschaft mit den Machthabern der SED. Komplizenschaft ist aber auf dem heiklen Feld der inderdeutschen Beziehungen das genaue Gegenteil von gedehnter Zusammenarbeit.

Bonn hat – allein schon nach dem Verfassungsgebot des Grundgesetzes – eine eindeutige Fürsorgepflicht für „DDR“-Bewohner, die die ihnen zustehenden Menschenrechte wahrnehmen wollen. Dazu gehört auch, daß diese Menschen, die viel wagen, ver-

bal nicht in den Status von sprachlosen Untertanen zurückgestoßen werden, daß man sie vielmehr in ihrem staatsbürgerlichen Mut bestärkt und ihnen die Gewißheit vermittelt, daß ihr Einsatz in inderdeutsche Realpolitik umgesetzt wird.

Die Sorge, daß man damit manchmal die Machthaber vor den Kopf stoßen könnte, ist berechtigt, kann jedoch nicht das ausschlaggebende Entscheidungskriterium sein. Wenn es in einem bestimmten Fall darum geht, ob durch das Verhalten Bonns entweder Honecker oder die Bürgerrechtsbewegung in der „DDR“ ihr „Gesicht“ verlieren, sollte man sich in der Regel zugunsten der Bürgerrechtsbewegung entscheiden.

Bundeskanzler Kohl hat soeben in Israel erfahren, was für eine gewaltige politische Kraft die Vergangenheit ist und wie schwer sie sich „bewältigen“ läßt. Auch in unserem Verhältnis zur „DDR“ gibt es eine Vergangenheit (und eine Gegenwart) zu bewältigen. Drei Millionen „DDR“-Flüchtlinge, Tausende von Zuchthausjahren für nichts und wieder nichts, zahllose an der Grenze Erschossene oder zu Krüppeln Gemachte stehen gegen eine bloß oberflächliche „Normalisierung“. Wer das ignoriert, wird keine inderdeutsche Realpolitik betreiben können.

Vielleicht sollten sich die mit inderdeutschen Problemen befaßten Politiker einmal den Vorgängen in-



Verantwortungsgemeinschaft? – Kohl, Honecker FOTO: SVEN SIMON

## Variante der Steuerreform: Ihr Kinderlein, kommet

Alle sind für die Familie, aber man streitet über das Wie / Von Peter Gillies

Ein Familienzwist von beifender Schärfe ist im Regierungslager ausgebrochen. Lothar Späth (CDU) beispielsweise verwarfte sich gestern gegen „unnötige Behinderungen“ durch Graf Lambsdorff (FDP) und stellte ihm in Aussicht, „seine Aggressivität mit gleicher Münze heimzuzahlen“. Schon längst ordnet man die Lager nicht mehr nach den überkommenen Kategorien von Wirtschafts- und Sozialpolitik (was eigentlich noch nie gestimmt hat). Die Koalitionen innerhalb der Koalition dürfen erstaunlich genannt werden.

Der Zorn entzündete sich an einem Verteilungsakt, auch Steuerreform genannt, der irgendwann bevorsteht, dessen Feinheiten jedoch noch ungewiß sind, wegen finanzieller Unwägbarkeiten auch ungewiß bleiben müssen. Er griff um sich, weil die Selbstzweifel an der Sparpolitik wuchsen (oder immer weniger unterdrückt werden konnten). Die Erweiterung um die „Familienpolitik“ schließlich, die

Vision eines „sterbenden Volkes“, hob die Spardiskussion auf die Ebene anderer politischer Qualität.

In der Tat gibt das generative Verhalten der Deutschen zu sorgenvollen Überlegungen Anlaß. Seit 1970 wurden mehr als vier Millionen Geburten weniger verzeichnet, als zur „Bestandserhaltung“ nötig wären. Im vergangenen Jahr kamen in der Bundesrepublik vier Prozent weniger Kinder als 1982 zur Welt. Das hat Folgen für den Kindergarten, den Arbeitsmarkt, die Rente, kurzum: für die Zukunft. Zu einer Zeitbombe wird das Problem dadurch, daß diese Republik nicht nur die Lust am Kind verlor, sondern auch jene an der gesamtwirtschaftlichen Kapitalbildung, aus der allein Wohlstand und Arbeitsplätze wachsen. Eine Vergeltung im doppelten Sinne.

Nun ist es – da hat Alfred Dregger recht – weder eine Marotte noch eine Subvention, die Familie zu fördern, damit Kinderreichtum nicht zur wirtschaftlichen Last

werde. Zum Sozialstaatsprinzip, zur Gerechtigkeit und zur Subsidiarität gehört es, Pflege und Erziehung von Kindern zu fördern. Diese Leistung taucht leider in keiner Sozialproduktrechnung auf. Ziel bleibt, ein kinderloses Ehepaar nicht besser zu stellen als eines mit vier Kindern (was eine Umverteilung vom ersten auf das zweite bedingt). Schon das erscheint besonderrn Mut.

Die passende Gelegenheit zur familienpolitischen Korrektur wird in der Steuerreform gesehen. Von den angepeilten 25 Milliarden Mark sollten mindestens fünf, besser acht oder zehn Milliarden den Familien zufließen. Nur der Rest sei für Entlastung und Glättung des leistungshemmenden Steuertarifs zu verwenden. Wenn man jedoch wie Stoltenberg davon ausgeht, daß von den 25 Milliarden nur etwa 13 Milliarden als echte Steuersenkung verbleiben (denn die andere Hälfte soll durch Steuererhöhungen an anderer Stelle aufgehoben werden), könnte man die Steuer-

## IM GESPRÄCH Dieter Klink

### Senior der Glockenläuter

Von Winfried Wessendorf

Als die Astronauten mit Ulf Merbold zu Besuch in der Bremer Bürgerschaft waren, ließ Präsident Dieter Klink die Türen öffnen. Rund fünfzig Kinder stürzten sich jauchzend auf die Himmelfahrer, bettelten um Autogramme. Präsident Klink weiß, was gefällt.

Klink ist der dienstälteste Landtagspräsident in der Bundesrepublik. Seit dem 20. Januar 1971 nimmt der SPD-Politiker das protokollarisch erste Amt im kleinsten Bundesland ein. Über den politischen Stellenwert des Landtagspräsidenten hat er laut nachgedacht: „Man verliert dabei den politischen Biss. Denn wer vom Präsidentenstuhl aus Entscheidungen zu treffen hat, von dem wird erwartet, daß er die Absicht aufgegeben hat, Parteipolitik machen zu wollen.“ In der Hitze der politischen Auseinandersetzung sei es allerdings schwierig, diesem Anspruch immer Geltung zu verschaffen.

Auch das gehöre zu den Problemen des Landtagspräsidenten: Im Wahlkampf zähle er zu den Spitzenkandidaten seiner Partei. An der Spitze des Parlaments solle er jedoch parteipolitische Abstimmungen ausstrahlen. Klink: „Diese Abstimmungen entfremdet ihn der parteipolitischen Diskussion und der Kontroverse mit anderen Parteien.“

„Dann ist da noch das Verhältnis des Landtagspräsidenten zur Regierung oder, genauer gesagt, zum Regierungschef“, führt der 53-jährige Sozialdemokrat an. „Zeigt der Vertreter des Parlaments nicht Flügge, wird die politische Szene weitgehend von der Regierung beherrscht.“

Dies sei in Bremen ein besonders delikates Problem, weil der Senat in der Tradition der Vollmacht stehe. Klink: „Der Abbau der Vorherrschaft der Regierung im Bewußtsein der Bevölkerung zugunsten des Parlaments ist ein langwieriger, steiniger Weg.“

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### BERLINER MORGENPOST

Das Blatt beschuldigt den Bundeskanzler, daß er gegenüber Washington „unvollständige“ antwortet.

Kohl wird zwischen dem, was bei uns populär ist, und dem, was uns in Washington nutzt oder schadet, eine vernünftige Balance finden müssen. Es kann nur Irritationen im Weißen Haus bewirken, wenn Kohl den amerikanischen Präsidenten unaufhörlich mit dem Vorschlag eines Gipfeltreffens mit Tschernomok traktiert, obwohl Reagan mehrfach abgewinkt hat... Reagan mißfallen europäische Profiteure. Daß sich Amerika eines Tages pazifistisch orientieren könnte, ist keine Erfindung notorischer Schwarzseher. Noch sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen die Basis unserer Außenpolitik. Einen Ersatz hat auch der Kanzler nicht.

### MÜNCHENER MORGEN

Hier heißt es zum Urteil des Bundesfinanzsenats über die steuerliche Abschreibung von Bußgeldern:

Ein staunenswertes Urteil... Denn tatsächlich wissen natürlich auch die Münchner Finanzrichter, daß ihr Urteil dem Gerechtigkeitsgefühl ins Gesicht schlägt. Es ist ordnungspolitisch abwegig, weil es die Sanktionswirkung von Bußgeldern unterläuft. Es ist rechtspolitisch unrichtig, weil die Begleichung einer Geldbuße durch einen anderen, in diesem Falle das Finanzamt, grundsätzlich verboten ist. Es ist aber auch steuertechnisch unpraktisch, weil der Fiskus dem kleinen Bußgeld-Sünder solcherart „Betriebs- oder Werbungskosten“ eigentlich nur pauschal glauben kann, womit – ähnlich wie in der Speisewirtschaft – nur ein weiteres Hintertürchen für Steuer-



Da durften auch mal die Kinder herein: Klink FOTO: DEWEL

der nicht nur von allgemeiner Zustimmung, sondern gelegentlich auch Verärgerung der Regierenden begleitet wird.

Der Landtagspräsident – und auch die Konferenz der Landtagspräsidenten – muß sich mit Klink bei politisch strittigen Fragen um große Zurückhaltung bemühen. Dieser notwendige Verzicht auf direkte politische Gestaltungsmöglichkeiten öffnet aber zumeist die willkommenen Chancen zur Meinung und Besinnung auf das Eigentliche, Gemeinsame, das schließlich zum Kompromiß und zum Miteinander führen soll.

Kein Landtagspräsident könne sich allein auf seine eigene Kraft und auf das Recht einer Geschäftsordnung verlassen. Er benötige die Unterstützung seiner Partei, seiner Fraktion und des gesamten Landtags, darüber hinaus den Zuspruch und die Nähe der Bürger. Der Präsident der Bremischen Bürgerschaft weiß, wie man Bürgernähe herstellt. Er hat eine regelmäßige Bürgersprechstunde eingerichtet.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### WIESBADENER KURIER

Zum Bußgeld-Urteil schreibt die Zeitung: „Der gewählte Gesetzesbrecher wird künftig mit Brutto- und Netto-Bußgeldern kalkulierbar.“ Ein Bau-Unternehmer, den das Kartellamt wegen unerlaubter Preisabsprachen mit einer Million DM Geldbuße belegt, braucht... nur 300 000 DM zu verbuchen. Was ihm die eine Behörde abfordert, gibt ihm das Finanzamt zum großen Teil wieder... Die Richter haben lediglich mal aufgepaßt und eine Gesetzeslücke ausgemacht, die Generationen von Finanzministern übersehen hatten. Jetzt wird es aber Zeit in Bonn, beim Gesetzgeber, nicht, daß noch einer kommt, der seine Buße wegen Steuerhinterziehung steuerlich absetzen will.

LE QUOTIDIEN DE PARIS Die Pariser Zeitung merkt zum Fernsehstreik an: Diese Streikbewegung hat nicht nur Handgemeinsame zur Folge gehabt, sondern leider auch tödliche Unfälle. Dabei haben die Fernsehleute nicht anders gehandelt als die Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke, die Postler und Landwirte, wenn sie einen öffentlichen Dienst lahmlegen. Dieser Streik und seine Entwicklung, die wieder einmal die Ohnmacht des allmächtigen Staates unter Beweis gestellt haben, sind ein weiteres Argument für die bereits allseits verbreitete Meinung, daß in diesem Land auf rechtswegigem Weg nichts zu erreichen ist, daß man mit Gewalt alles durchsetzen kann und daß es lohnender ist, die Verkehrswege zu blockieren, als auf den Wegen der Legalität zu bleiben.



Mittwoch, 22. Februar 1984 - Nr. 45

# In Frankreich häuft sich der politische Sprengstoff

Frankreichs Führerunternehmer lassen ihre Muskeln spielen. Geht es bei ihren Blockaden um mehr als Branchen-Interessen? Braut sich eine mittelständische Protestbewegung gegen die sozialistische Regierung zusammen? Es wäre nicht die erste - das Stichwort Poujadismus ist noch lebendig.

Von JOACHIM SCHAUFUSS

Für die sozialistische Regierung in Frankreich ist der politische Kredit aufgebraucht. Nachdem die anfänglichen Volksbeglückungspolitik vor einem Jahr gefolgte Austerität-Kur ohne größere soziale Unruhen hingenommen wurde, kam es seit Jahresbeginn zu verschiedenen spektakulären Streik- und Protestaktionen. Sie erreichten in der Blockade der Fernfahrer vom letzten Wochenende einen neuen Höhepunkt.

Hunderttausende von Automobilisten wurden von über 3000 auf Straßen und Autobahnen quergestellten Lastkraftwagen in eisiger Kälte am Weiterfahren vor allem in die Winterportorte der Alpen gehindert. Auf der Nord-Süd-Autobahn und in der Rhône-Alpen-Region war der Straßenverkehr total blockiert. Das durch entstandene Chaos war deshalb besonders groß, weil in der Pariser und nordfranzösischen Region gerade die Schulferien begonnen hatten, während sie in Südfrankreich zu Ende gingen. Ein günstigeres Wochenende hätten sich die Kapitane der Straße für ihre Aktion nicht auswählen können. Die in 32 000 mittelständische Unternehmen ausgeplottete Branche zeigte dabei überraschende Geschlossenheit.

Anlaß - oder Vorwand - für die Aktion war der jüngste Streik der

französischen und italienischen Zollbeamten an dem schon häufiger gesperrten Montblanc-Tunnel. Diesmal hatte die Unterbrechung der wichtigsten für Lastkraftwagen befahrbaren Winterroute nach und von Italien den Führerunternehmern den Geduldsfaden reißen lassen. Unter Hinweis darauf, daß die Regierung es nicht zuwege brachte, die Zöllner zur Arbeit zu bewegen, widersetzte man sich allen schlichten Ansätzen, die Lkw-Blockade mit Polizeigewalt zu brechen. Den Franzosen wurde damit auf den Fernsehschirmen gezeigt, wie es um die Autorität des Staates steht.

Inzwischen haben sich die Gemüter etwas beruhigt. Nachdem der (kommunistische) Verkehrsminister Charles Fiterman der Branche Verhandlungen über „alle strittigen Fragen“ angeboten hatte - sie wurden gestern in Paris aufgenommen - forderten die beiden Führerunternehmerverbände FNTR und UNOSTRA ihre Mitglieder auf, die Sperren zu beseitigen oder wenigstens durchlässiger zu machen. Aber dieser Aufruf wurde bisher nur teilweise befolgt. Der Straßenverkehr in Frankreich hat sich noch nicht normalisiert.

Die meisten Führerunternehmer stehen jetzt „Geweih bei Fuß“. Führen die Verhandlungen nicht zu den gewünschten Ergebnissen, dann wollen sie in Frankreich neue Sperren erteilen. Verlangt wird insbesondere eine zügigere Pauschalabfertigung am Montblanc-Übergang, die Lockerung des Fahrverbots an den Wochenenden, eine geschmeidigere Regelung der Arbeitszeit, weniger Polizeikontrollen, die Ermäßigung der Autobahngebühren und die Rückerstattung der auf Dieselöl für Lkw lastenden Mehrwertsteuer. Das sind höchst delicate Punkte, die nicht alle auf nationaler Ebene geregelt werden können.

Generell fühlen sich die Führerunter-

nehmer gegenüber ihren Kollegen aus anderen EG-Ländern diskriminiert. Die sozialistische Regierung bevorzugt außerdem die (staatliche) Eisenbahn gegenüber dem Straßenverkehr, heißt es. Um diesem nicht unberechtigten Vorwurf zu begegnen, hatte Verkehrsminister Fiterman letztes Jahr gegen den Widerstand seiner Partei und der kommunistischen Gewerkschaft CGT eine Mehrwertsteuer-Ermäßigung durchgesetzt, während von den bürgerlichen Regierungen eine derartige Forderung stets abgelehnt worden war, obwohl die Führerunternehmer eher Rechtswähler sind.

Von einem politischen Konflikt kann man also noch nicht ohne weiteres sprechen. Auch die früheren Regierungen waren verschiedentlich mit Straßensperren der Führerunternehmer konfrontiert worden, auch wenn diese nicht ein derartiges Ausmaß erreicht hatten wie jetzt. Am Erpressungspotential der Branche hat sich insgesamt gesehen jedenfalls nichts geändert. Es ist mit dem der Fluglotsen und der Flugkapitäne vergleichbar, was auch andere Länder zu spüren bekamen.

Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings darin, daß hier keine Angestellten sondern Unternehmer massiven Druck ausüben. Dabei geht es im Grunde um die Verteidigung von steuer- und arbeitsrechtlichen Privilegien oder um deren Erweiterung.

Am besten zu vergleichen sind die Ereignisse vom letzten Wochenende wohl mit der Hafen-Blockade vom Sommer 1980 durch die mittelständischen Fischer-Unternehmer. Auch haben protestierende Bauern immer wieder Straßen- und Eisenbahnlinien blockiert, um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen. So gesehen, liegt das Aufbegehren der Führerunternehmer nicht ohne weiteres im derzeitigen sozialistischen Regime



Konfrontation auf der Autobahn: Polizei versucht bei Beaune die Blockade durch Lkw zu brechen

FOTO: UPI

Frankreichs begründet. Im übrigen waren ähnliche Konflikte von der sozialistischen Regierung bisher schneller gelöst worden als von ihren Vorgängern.

So überrascht es nicht, daß die Regierungs- wie Oppositionsparteien zunächst einmal davon Abstand genommen haben, den Konflikt politisch auszuhebeln. Das war ganz anders, als im vergangenen Jahr die Kleinunternehmer mit den Freiberuflern wegen der Steuererhöhungen auf die Straße gingen. Damals marschierten die führenden Vertreter der Opposition an ihrer Spitze. Diesmal übt man beiderseitig aber wohl hauptsächlich deshalb Zurückhaltung, weil die Lkw-Aktion im höchsten Maße unpopulär ist.

Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Der Konflikt könnte durchaus ansteckend wirken. Denn warum sollte das, was den Führerunternehmern recht ist, nicht anderen Be-

rufsgruppen billig sein? Würde durch eine Kettenreaktion ausgelöst, die in einen neuen Poujadismus mündet und damit an den Grundfesten der V. Republik rüttelt? Mit seiner Steuerstreik-Bewegung hatte der Kleinunternehmer Poujade in den fünfziger Jahren wesentlich zur Destabilisierung der IV. Republik beigetragen.

Dies wäre eine mittelfristige Perspektive. Das unmittelbare Problem ergibt sich für die Regierung daraus, daß dieser Konflikt zeitlich mit Protestbewegungen der verschiedensten Arten zusammenfällt, angefangen von dem am Montag begonnenen nationalen Bergarbeiterstreik - dem schwersten seit 21 Jahren - bis zu den spektakulären Elternmärschen gegen die Abschaffung der Privatschulen. Hier kann sich Sprengstoff zusammenbrauen.

Dabei steht der Regierung das Schlimmste erst noch bevor. Ihr Re-

strukturierungsplan betrifft nicht nur den Kohlebergbau, sondern auch die Stahlindustrie, den Schiffbau, die Automobilindustrie und die Textilindustrie. Hier wie dort sollen in bisher nicht erlebtem Umfang und Tempo unrentable Arbeitsplätze beseitigt werden. Selbst wenn das zu einem guten Teil ohne Entlassung von Mitarbeitern gehen sollte, so verbreitet sich doch in der Bevölkerung - vor allem der Umstrukturierungs-Regionen - eine Malaise, die in eine soziale Explosion münden könnte. Es bedarf nur eines zündenden Funkens.

In Frankreich kann die Volksstimmung schnell in revolutionären Unmut umschlagen. Das hat sich zuletzt deutlich 1968 bei den „Mai-Unruhen“ gezeigt. Diesmal steht ein nicht sehr durchsichtiges Verhalten einer Mittelstandsgruppe im Blickpunkt. Was sich dahinter verbirgt und was sich daraus entwickeln kann - wer weiß es?

## „Herr Zeuge“ gibt sich souverän und gelassen

Von STEFAN HEYDECK

Ich kann warten, Sie müssen gehen“, meint Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff schmunzelnd zu den fast drei Dutzend Fotografen und Kameramännern. Wieder einmal haben sie versucht, ihn auf dem Zeugenstuhl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß sitzend abzuzeichnen. Doch auch diesmal bleibt der Graf, dem die Staatsanwaltschaft Bestechlichkeit vorwirft, stur. Bilder, die auch nur den Anschein erwecken könnten, er säße auf der Anklagebank, gibt es auch diesmal nicht.

Außerlich gelassen stellt sich Lambsdorff dann zum zweiten Mal den Fragen der Abgeordneten. Vor sich auf dem Tisch dicke Schnellhefter ausgebreitet, in zwei schwarzen Aktentaschen weitere Unterlagen und neben sich - für kritische Situationen - seinen Rechtsanwalt Egon Müller. Der „Herr Zeuge“, wie der Minister angedeutet wird, präsentiert sich in seinen Antworten souverän. Manchmal scheint es sogar, als mache es ihm einen dicken Spaß, wenn die Vertreter von Koalition und Opposition in an ihn gerichteten Fragen sich gegenseitig zu traktieren oder ihre eigenen Parteien vom Vorwurf finanzieller Vorteilmachung zu entlasten versuchen.

So meint der FDP-Politiker, locker im Sessel zurückgelehnt, zur allgemeinen Erheiterung auf die Frage von Ingrid Rotzsch (CDU), ob es denn damals „Überzeugungsgespräche“ vor Flick-50-Genehmigungen mit Karl Carstens gegeben habe: „Kein Wort.“ Und mit Helmut Kohl? „Auch nicht.“ Oder mit Richard Stücklen? „Erst recht nicht.“ Genauso verfährt er mit seinem „68-Intimfeind“ Dieter Spöri (SPD). Als dieser ihm eine Unterlage mit den Worten „als Ihr Meddiener darf ich Ihnen die Akte geben“ bringt, kontert Lambsdorff trocken: „Ich dachte, Meddiener seien Schwarze.“

Daß Lambsdorff trotzdem „unter Voldampf“ steht, wird während der dreieinhalbstündigen Vernehmung ein einziges Mal deutlich sichtbar: Da bringt ihn unter Berufung auf die Aussage von Hans Friderichs (FDP) Peter Struck von der SPD in direkten Zusammenhang mit einer Flick-Spende an seinen NRW-Verband. Hier braust Lambsdorff regelrecht auf: „So leicht lasse ich mich nicht aufs Kreuz legen.“ Und darauf achtet er auch, wenn er sich trotz aller Versuche von Otto Schily von den Grünen nicht den strafprozeduralen Satz „Ich verweigere die Aussage“ entlocken läßt, sondern andere Formulierungen benutzt.

Auch wenn Lambsdorff praktisch keinen Millimeter von der ihm eigenen kurzen und knappen Art abweicht, so haben Beobachter doch den Eindruck, daß er dem Ausschuß quasi ein „Bonbon“ mitgebracht hat. Er verrät aber nur, daß er der Staatsanwaltschaft zwei neue Entlastungszeugen benennen will. Dem Ausschuß will er trotz aller Proteste diese Namen erst bei der nächsten Vernehmung „bescheren“.

## Das Kartellamt sagt: Wenn wir das gewußt hätten . . .

Wenn eine Firma sündigt, kann sie die Strafe von der Steuer absetzen. Ein überraschendes Urteil; aber der Bundesfinanzhof mußte so entscheiden. Ein Gesetz soll die Lage wieder ändern.

Von HANNA GIESKES

Wir haben Recht zu finden und nicht zu erfinden.“ Franz Klein, Präsident am Bundesfinanzhof in München, ist verwundert über die öffentliche Schelte, die der Große Senat seines Hauses nach der Entscheidung zur steuerlichen Absetzbarkeit betrieblich oder beruflich veranlaßter Bußgelder einstecken muß. Das Gesetz sehe nun einmal kein Abzugsverbot für Geldbußen vor, und daß eines Tages eine entsprechend höchstgerichtliche Entscheidung kommen würde, „wußte der Finanzminister schon, als er noch Matthäier hieß“.

Dem Rechtsempfinden des normalen Bürgers kommt dies allerdings eigenartig vor. Soll denn die Allgemeinheit dafür gerade stehen, wenn

Unternehmer gegen einschlägige Gesetze verstoßen, etwa gegen das Kartellgesetz? Kann es angehen, daß die steuerliche Entlastung beim Bußgeld um so größer ist, je mehr Einkommen der „Sünder“ hat? Das scheint die alte Volksebene zu bestätigen; wonach die Kleinen gehängt werden, und man die Großen laufen läßt.

Präsident Klein läßt dies nicht gelten. Die Kritiker vergessen die progressive Besteuerung. Wer mit einem hohen Steuersatz belastet sei, etwa über 50 Prozent, der werde beim Abzug eben auch mit über 50 Prozent entlastet. Dies gelte im übrigen für alle abzugsfähigen Ausgaben und sei Bestandteil des Steuersystems.

Im übrigen, so klagt er, hätten die Kritiker das Urteil nicht richtig verstanden; es sei keineswegs so, daß nun die Allgemeinheit für die von Minderheiten begangenen Sünden aufkommen müsse. Bisher hätten die Richter die Höhe von Bußgeldern nach dem Nettoeinkommen des Betroffenen festgelegt, nach Abzug sämtlicher Steuern. In Zukunft werde das Bruttoeinkommen zugrunde gelegt, und danach das dann wahr-

scheinlich wesentlich höhere Bußgeld. Wenn es denn betrieblich oder beruflich veranlaßt war, sei es eben steuerlich abzugsfähig. „Untern Strich“ käme für die Allgemeinheit dasselbe heraus.

Beim Bundesfinanzhof verweist man im übrigen darauf, daß bis 1939 ebenso verfahren worden ist: Geldbußen wegen Ordnungswidrigkeiten waren grundsätzlich als Betriebsausgaben absetzbar, wenn sie betrieblich bedingt waren; Geldstrafen wegen krimineller Vergehen waren es grundsätzlich nicht.

### Rechtsprechung aus dem Jahr 1939

Im Jahr 1939 änderte der Reichsfinanzhof seine Rechtsprechung. Seitdem waren Ordnungsstrafen nicht mehr abzugsfähig.

Und die Moral? Ist es nicht unanständig, wenn einer, der gegen Gesetz verstößt, vom Fiskus dann auch noch für das Bußgeld sozusagen Raubbatt bekommt? Der Fiskus wäre mit

Sicherheit überfordert, wenn er sich auch noch um die Moral sorgen müßte. Er kümmert sich um Einkommen, aus denen er Steuern fordern kann, und darum erkennt er alles, was unmittelbar zur Erzielung dieser Einkommen oder Gewinne beigetragen hat, als abzugsfähig an. Dies gilt für Schmiegeldern, die bei Geschäftsabschlüssen in bestimmten Ländern wohl unabdingbar sind ebenso wie für die „betriebsnotwendigen“ Aufwendungen bestimmter Damen (und Herren), die ihr Einkommen auf eine im landläufigen Sinne nicht besonders moralische Weise erzielen. Und nun gilt es eben auch für bestimmte Ordnungsstrafen.

Allerdings muß man sich fragen, welchen Sinn es macht, wenn der Staat auf der einen Seite Bußgelder verhängt, um Einkommenserzielung mit unlauteren Mitteln zu verhindern, und auf der anderen Seite diese Bußgelder als Betriebsausgaben anerkennt. Es macht keinen Sinn. Der Bundesfinanzminister will darum, so schnell wie möglich eine gesetzliche Regelung schaffen, um die Abzugsfähigkeit dieser Bußgelder wieder zu

beseitigen. Die Fraktion der CDU-CSU im Deutschen Bundestag hat ihm bereits ihre Hilfestellung angeboten. Wie eine gesetzliche Regelung aussehen wird, ist freilich noch offen, „denn wir müssen zuerst einmal sehr genau die Begründung des Bundesfinanzhofs studieren“, heißt es dazu im Hause Stoltenberg. Auch das Prozedere ist vorläufig noch nicht entschieden.

### Vorteile für die Sünder aus der Bauwirtschaft

Es besteht die Möglichkeit, eine entsprechende Regelung auf das allerdings jetzt schon sehr umfangreiche Steuervereinfachungsgesetz „draufzusatteln“, aber eine Änderung durch ein gesondertes Gesetz scheint ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Was jedoch auch immer geschehen mag: Die Kartellsünder aus der Bauwirtschaft, Mitte vergangenen Jahres wegen Preisabsprachen mit einem Rekordbußgeld von insgesamt 55 Millionen Mark belegt, kommen nun in den Genuß der neuen Finanzhof-

Rechtsprechung. Im Kartellamt ist man darüber verständlicherweise verärgert, „denn wenn wir das gewußt hätten, dann hätten wir ja ganz anders zugelangt“. Dabei ist es wohl weniger die unerwartete Minderung der Strafe als vielmehr die Befürchtung, daß das ohnehin nur schwach entwickelte Unrechtsbewußtsein gegenüber Kartellverstößen in dieser Branche noch schwächer werden könnte.

Präsident Klein kann dazu nur feststellen, „daß der Gesetzgeber, der die Lücke im Gesetz ja kannte, schon vor Jahren etwas dagegen hätte unternehmen können, wenn er das gewollt hätte“. Nun sei das Kind in den Brunnen gefallen, und erst jetzt werde über eine gesetzliche Regelung nachgedacht.

Es sei keine andere Entscheidung möglich gewesen, sagt Klein dazu und räumt ein, daß die Minderung der Geldbußen den Zweck ihrer Verhängung gefährde. Der Senat habe sich aber an das geltende Recht halten müssen; er könne nicht „politisch oder moralisch“ urteilen.

## Direktor Haag hat kaum Zeit, sich um seine Geldanlage zu kümmern. Und sein Vermögen wächst trotzdem?



Herr Haag arbeitet hart und verdient gut. Aber ihm fehlt die Zeit, sich um seine Geldanlagen zu kümmern. Das tun wir. Unsere Experten haben ihm eine ausgewogene Anlagemischung zusammengestellt. Sie besteht aus festverzinslichen Wertpapieren unserer beiden Hypothekenbanken, Investment-Anteilen und Immobilien-Zertifikaten. Mit einem Teil seines Geldes gehen wir für Herrn Haag an die Börse. Einen weiteren Teil haben wir mehrwertsteuerfrei in Goldzertifikaten in Luxemburg angelegt. Eine renditeträchtige und sichere Mischung also.

Außerdem sichert sich Herr Haag Steuervorteile durch den Petrofonds Nr. 4 und durch einen Bausparvertrag. Um alle diese Anlagemöglichkeiten zu nutzen, brauchte er nur zu uns zu kommen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

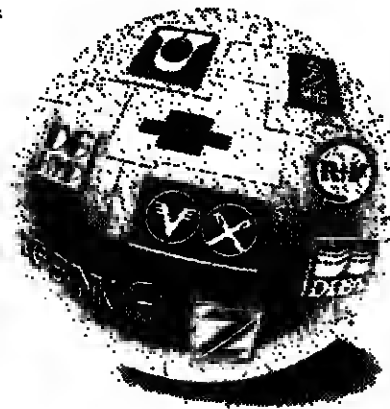
**Der Verbund: Alles aus einer Bank.** Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Geldangelegenheiten bequem und überschaubar zu erledigen

und mehr aus Ihrem Geld zu machen - und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

### Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK  
Deutsche Genossenschaftsbank  
8 regionale Zentralbanken  
8 Bausparkassen  
Schwäbische Hall  
DG HYP  
Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekenbank  
OFA  
Deutsche Immobilien Fonds AG  
Münchener Hypothekenbank eG  
R + V Versicherung  
Union-Investment-Gesellschaft



**Volksbanken Raiffeisenbanken**

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.



## Erste Ansätze zur Vereinfachung der Verwaltung

**MANFRED SCHELL, Bonn**  
Dem Bundeskabinett liegt heute ein Zwischenbericht der durch Regierungsbeschluss berufenen unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vor, der erste konkrete Ansatz zur Entbürokratisierung erkennen lässt. Am konkreten nehmen sich darin die Vorhaben der Bundesminister Oscar Schneider (Wohnungsbau) und Norbert Blüm (Soziales) aus. Danach will Schneider noch in dieser Legislaturperiode eine „einheitliche Konzeption“ des Bundesbaurechts und den Entwurf „eines Bundesbaugesetzbuches“ vorlegen. Das Bundessozialministerium hat der Expertenkommission, die vom Parlamentarischen Staatssekretär Horst Waffenschmidt (Bundesarbeitsministerium) geleitet wird, Gesetzentwürfe in den Jahren 1984 und 1985 angekündigt, in denen die Bereiche der Renten-, Kranken- und Unfallver-

## Apel fragt Bonn nach Aktivitäten für Berlin

SPD-Bundestagsfraktion zwei Tage in der geteilten Stadt

**PETER PHILIPPS, Berlin**  
Manchmal scheinen es Sozialdemokraten fast zu genießen, in Bonn in der Opposition zu sein. Jedenfalls griff die SPD-Bundestagsfraktion gestern auf ihrer Sitzung im Berliner Reichstag Fragen über die Aktivitäten von Bundesunternehmern in der Stadt auf, wie sie in ähnlicher Formulierung einst von der Unionsopposition an die sozial-liberale Bundesregierung gestellt worden sind. Denn, so die Begründung des ehemaligen Bundesfinanzministers und heutigen stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans Apel, die „Gefährdung des industriellen Standorts ist die zentrale Gefahr für die Zukunft Berlins“.

In der Anfrage an die Bundesregierung konzentriert sich die SPD auf die Ergebnisse der von Bundeskanzler Helmut Kohl im Dezember 1983 in der Stadt veranstalteten Konferenz zur Stärkung der Wirtschaftskraft Berlins: Obes beispielsweise stamme, wie vom Berliner DGB berechnet, das von den zugesagten neuen 3200 Arbeitsplätzen bisher nur 434 tatsächlich realisiert worden seien. Welche politischen Möglichkeiten die Bundesregierung sehe, die Standortnachteile Berlins abzubauen und die „Standortvorteile auszubauen, um die Attraktivität für Investition und Beschäftigung zu erhöhen“. Apel sprach von dem „großartigen Eindruck“, den die Wirtschaftskonferenz im Dezember gemacht habe und der sich „inzwischen verflüchtigt“ habe. Wenn zum Ausbau der Aktivitäten von Bundesunternehmen in Berlin Haushaltsmittel notwendig seien, „zum Beispiel zur Kapitalaufstockung“, dann könne die Bundesregierung darüber „mit der Opposition reden“.

Die Lage der Berliner Wirtschaft, der kontinuierlich anhaltende Ver-

lust an Arbeitsplätzen und die bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche standen im Zentrum des zweitägigen Besuchs der Bundestagsabgeordneten. Sie schwärmten in kleineren Gruppen aus und informierten sich „vor Ort“ in mittelständischen Unternehmen und den Landesleitungen der Industrie-Gewerkschaften. Auch der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt kam zur Fraktionssitzung, nachdem er am Vorabend vor dem Lions-Club in der Stadt über Weltwirtschaftliches referiert hatte.

Die Kindeindrücke aus den Betrieben sollen in den kommenden Tagen in Bonn aufgearbeitet werden. Aber bei dem Besuch einiger Abgeordneter unter der Leitung von Rudolf Dreßler und Anke Fuchs bei der Berliner IG Metall wurde deutlich, daß sich bei den Auseinandersetzungen um Verkürzung der Arbeitszeit Berlin kaum von anderen Gebieten des Bundesgebietes unterscheidet. Die Gewerkschafter berichteten von ihren Bemühungen, ihre Basis für den Kampf um die 35-Stunden-Woche zu mobilisieren, um kritische Fragen von Bürgern an Informationsständen auf den Straßen Antwort zu stehen. Und es ging um die Befürchtungen, daß die Arbeitgeber bei der nächsten Verhandlungsrunde ein „ordentliches“ Lohnhöhenangebot vorlegen könnten: Wie solle die Gewerkschaftsleitung den Mitgliedern ein Nein klarmachen?

Ein spezielles Problem der Stadt, die S-Bahn, soll nach den Vorstellungen der Abgeordneten durch Bonner Hilfe weiter verkleinert werden. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walker, bot der Bundesregierung an, daß eine Aufstockung der Bundesmittel für Ausbau und Betrieb „wohlwollend behandelt und unterstützt“ werde.

## Echternach, ein „Königsmacher“

Von HERBERT SCHÜTTE

Die Hamburger CDU hat nicht viele Ämter zu vergeben: Sie drückt seit 27 Jahren die Oppositionsbank in der Bürgerschaft. Der Wechsel in Bonn brachte keinen hessischen Unionspolitiker in ein Regierungsamt, von dem Hamburger Fünf-Mann-Kontingent in der CDU-Bundestags-Fraktion schaffte allerdings einer, der 41-jährige Volker Rühle, den Weg nach oben, in das Amt eines stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Und das auch noch für den zentralen Bereich Deutschland- und Außenpolitik.

Sein Hamburger Abgeordneter-Kollege Jürgen Echternach erscheint im Vergleich dazu als ein Hinterbänkler. Doch nur auf den ersten Blick. Die CDU-Reihenfolge am Rhein gibt keinesfalls Aufschluß über die Elite an der Elbe: Der 46-jährige Pommer, schon als Schüler nach Hamburg geflüchtet, hat an Amtszeit und Stehvermögen alle CDU-Politiker der Hansestadt übertroffen. Seit zehn Jahren steht er an der Spitze des Hamburger Landesverbandes. Wenn die CDU am Samstag zu ihrem Landesparteitag zusammentritt, wird er mit Sicherheit wiedergewählt, es gibt keinen Gegenkandidaten. Bediner Verhältnisse – wie die kürzliche Kampfstimmung zwischen Eberhard Diepgen und Hanna Laurin – sind in Hamburg undenkbar.

Das Einmalige an Echternach im Vergleich zu allen anderen Landesverbands-Vorsitzenden liegt jedoch darin, daß es eine Kandidatur für das Amt des Regierungschefs von ihm noch nie gegeben hat. Der CDU-Chef seit 1974 blieb immer im Hintergrund, wenn es um den Versuch ging, einen SPD-Bürgermeister aus dem Rathaus zu drängen: 1974 und 1978 wagte Erik Blumenfeld diesen Anlauf – ohne Erfolg. Im Juni und dann noch einmal im Dezember 1982 war

es Walther Leisler Kiep, der Klaus von Dohnanyi in die Schranken forderte. Auch das mißlang, wenn auch die Union im Sommer 1982 mit 43,2 Prozent ihr bestes Nachkriegsergebnis und auch wohl das höchstmögliche Potential herausholte. Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl im Herbst 1986 hat Echternach schon jetzt deutlich gemacht, daß er selbst wohl nicht antreten, sondern den CDU-Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft, Hartmut Perschau, ins Rennen schicken werde.

Spricht Selbstbescheidung aus dieser Linie, Resignation, Angst vor ei-



### Landesbericht Hamburg

nem vielleicht negativen Abstimmungsergebnis? Zunächst ist es wohl einmal die Einsicht, daß das Bild, das in der Öffentlichkeit entstanden ist – vor allem, wenn es über den Bildschirm vermittelt wird – der Person Jürgen Echternach nur unvollkommen gerecht wird. Die Optik ist häufig verzerrt, aber auch das Objekt manchmal geblendet, über die Rampe zu kommen. Die Vorstellung weigert sich, man könne mit dem hochintelligenten Juristen einfach einmal ein Bier zusammen trinken. Ein Gefühl der kühlen Distanz, der Sprödigkeit des Mächers, der das Menschliche zu vernachlässigen scheint, spricht aus dieser von vielen Hamburger Parteimitgliedern geteilten Beurteilung. Wenn ein CDU-Vorstandsmittglied die Formel prägte: „Er hat die Arbeitskraft von einem Elefanten, das Gedächtnis von zwei Elefanten und den Gang von einer ganzen Elefantenherde“ – dann spricht daraus auch Anerkennung für die Effektivität und die Präzision von Echternachs Führungsstil.

## Arbeitgeber klagen gegen die ÖTV

GÜNTHER BADING, Bonn

Bund, Länder und Gemeinden wollen auf dem Klageweg die Unzulässigkeit der Warnstreiks im öffentlichen Dienst während der Tarifverhandlungen des vergangenen Frühjahrs feststellen lassen. In der beim Arbeitsgericht Stuttgart gegen die Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) eingereichten Klage vom 23. Januar fordern die öffentlichen Arbeitgeber auch ein Verbot der Wiederholung solcher Arbeitskämpfe in künftigen Tarifrunden. Die Einkommens-Tarifverträge im öffentlichen Dienst laufen am 31. August aus. Die Tarifverhandlungen werden voraussichtlich Ende September beginnen.

Die gemeinsam vom Bundesinnenministerium, der Tarifgemeinschaft der Länder und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände eingereichte Klage führt neun konkrete Warnstreiks im ÖTV-Bereich Anfang Mai 1983 an, darunter Arbeitsniederlegungen auf dem Frankfurter Flughafen, die Blockierung der Einfahrt zum Krankenhaus in Krefeld, Verkehrsblockaden in mehreren Städten und vor allem Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Nahverkehr. Die Arbeitgeber bestreiten zum einen, daß die Warnstreiks – während der noch laufenden Tarifrunde – von Umfang und Dauer her mit dem Ultima-ratio-Grundsatz in Einklang zu bringen sei, daß ein Arbeitskampf nur nach Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten zulässig und Warnstreiks deshalb nur als „milder Druck“ zur Demonstration der Kampfbereitschaft gestattet seien.

Die ÖTV habe mit ihren Aktionen von 300 000 Arbeitnehmern einen regelrechten „Erzwingungsstreik“ geführt. Auch sei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt gewesen, der im öffentlichen Dienst eine besondere Rolle spiele, heißt es in der Argumentation der Arbeitgeber. Durch die Warnstreiks im öffentlichen Nahverkehr seien primär die nicht in den Tarifkonflikt verwickelten Bürger betroffen gewesen. Durch Arbeitsausfälle aufgrund von Verspätungen sei überdies in vielen privaten Betrieben auch wirtschaftlicher Schaden entstanden.

Die ÖTV reagiert gestern auf die Klage mit dem Vorwurf, die öffentlichen Arbeitgeber wollten „das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer“ einschränken sowie „anerkannte Grundsätze des Arbeitskampfrechts“ beseitigen. Hier solle „die Wende auch in der Rechtspolitik“ durchgeführt werden. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte, gewinnen könne bei dieser Auseinandersetzung „nur der Bürger“, zu dessen Lasten solche rechtswidrigen Streiks noch während laufender Verhandlungen gingen. Dem Vernetzen nach hat die ÖTV versucht, über die SPD-Regierungen in den Bundesländern eine Beteiligung der Tarifgemeinschaft der Länder an der gemeinsamen Klage zu verhindern; sie hatte damit allerdings keinen Erfolg.

DIE WELT (Ausg. 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 35.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 580 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

## Verfassungsschutzämter müssen zusammenarbeiten

Bundesverwaltungsgericht in Berlin weist Klage zurück

**AXEL SCHÜTZSACK, Berlin**  
Die Verfassungsschutzämter der Bundesrepublik sind zur Weitergabe von Erkenntnissen untereinander über die Haltung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Dies ist der Tenor einer Entscheidung, die am Dienstag vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin gefällt wurde. (AZ: 10 37/79)

In der Sache ging es dabei um den Fall des Berliner Hochschullehrers Wolf-Dieter Narr, der sich 1974 um eine Professur an der TH Hannover beworben hatte und aus politischen Gründen (Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers) abgelehnt worden war. Die von Narr daraufhin angestregte Klage auf Unterlassung der Weitergabe von Erkenntnissen und Informationen des Verfassungsschutzes wurde vom Verwaltungsgericht abgewiesen, vom Oberverwaltungsgericht aber zugelassen. In dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts wurde die Weitergabe als rechtmäßig bezeichnet. Gegen diese Entscheidung erhob der Verfassungsschutz die Klage.

schutz, vertreten durch das Land Berlin, Einspruch beim Bundesverwaltungsgericht.

In seiner Urteilsbegründung hebt das Bundesverwaltungsgericht hervor, daß die Berliner Verfassungsschutzbehörde nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zur Weitergabe der ihr vorliegenden Informationen und Unterlagen über den Kläger an das Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen verpflichtet gewesen sei. Die Weiterleitung von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes müsse sich entgegen der Annahme des Oberverwaltungsgerichts auch nicht auf die Übermittlung von Tatsachen beschränken, die sich auf eine verfassungsfremde Betätigung des Einstellungsbewerbers beziehen. Das Berliner Verfassungsschutzamt hatte Material und hochschulpolitische Erkenntnisse über Narr nach Niedersachsen weitergeleitet, aus dem hervorging, daß er mit linksradikalen Gruppen sympathisierte.

## Steuerbonus für die Umweltschützer

Fraktionschefs der von der Union regierten Länder verabschieden Forderungskatalog

JOACHIM NEANDER, Mainz

Zum erstenmal ist es der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU in Bund und Ländern gelungen, auf dem Gebiet des Umweltschutzes einen einheitlichen, von allen Mitgliedern mitgetragenen Forderungskatalog zu verabschieden. Der rheinland-pfälzische CDU-Fraktionschef Hans-Otto Wilhelm, der in der Umweltschutzkommission den Vorsitz führt, wertet dies angesichts der unterschiedlichen Struktur der Bundesländer und der unterschiedlichen Interessenlage von Regierung und Oppositionsfaktionen als wichtigen Erfolg. Der Beschluß werde sowohl in die beiden Unionsparteien hineinwirken, als auch die Position der Umweltpolitiker in den einzelnen Fraktionen stärken.

Die im Katalog enthaltenen Forderungen waren bereits auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden in Trier am 12. Dezember 1983 diskutiert, aber nicht verabschiedet worden. Der Konsens wurde erst im Umweltauflaufverfahren erzielt. Zum Teil sind die Forderungen inzwischen durch Initiativen von Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) bereits überholt.

Der Katalog, der sich im einzelnen mit den Themen Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung, Bodenschutz, Wasserhaushalt und Umweltschutz befaßt, zielt vor allem darauf ab, daß Ge- und Verbote stärker als bisher durch marktwirtschaftliche Instrumente (wie zum Beispiel einen Steuerbonus durch die vorzeitige Stilllegung von Anlagen) ergänzt werden sollen. Abgaben wie zum Beispiel die von SPD-Seite favorisierte Schwefelabgabe seien nur dann sinnvoll, wenn sie tatsächlich umweltrelevante Wirkungen nach sich ziehen und nicht lediglich wie eine Steuer wirken.

Den Betreibern von Anlagen soll nicht vorgeschrieben werden, welche konkrete emissionsmindernde Anlage sie zu installieren haben. Statt dessen sollen lediglich Obergrenzen für die Emission festgesetzt werden. Beim Thema Kohle wird gemeinsam die Auffassung vertreten, daß ihre künftige Verwendung eine Chance nur durch verstärkte Bemühungen um ihre Umweltfreundlichkeit haben werde. Hier solle der Staat durch Anreize die Entwicklung neuer Technologien fördern.

In der Frage der Autobahn liegt der Katalog etwa auf der Linie der Bundesregierung. Ergänzend werden zum Beispiel eine wirksamere und eventuell häufigere Abgaskontrolle für alle Kraftfahrzeuge, der verstärkte Einsatz von Flüssiggas und Bio-ethanol aus der Landwirtschaft, eine eventuelle Verkürzung der Überwachungszeiten für bleifreies Benzin sowie steuerliche Präferenzen für umweltfreundliche Fahrzeuge vorgeschlagen.

Auch auf ihrer nächsten Tagung vom 5. bis 7. April in Lüneburg wird die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden sich mit Umweltproblemen beschäftigen, diesmal vor allem mit der Situation der Nordsee, mit der Belastung des Grundwassers und mit Fragen der Abfallwirtschaft. Kritische Einwände, daß auf diese Weise allmählich eine neue politische Entscheidungsebene in Konkurrenz zu den Parlamentsfraktionen und zur Bundespartei installiert werde, weist Hans-Otto Wilhelm zurück. Die Legislative müsse endlich ein Gegengewicht zu den vielfach koordinierenden Aktivitäten der Staatskanzleien der Länder schaffen.

## IMMOBILIEN / KAPITALIEN

**Nähe Montreux u. Top-Skigebieten**  
3-Zi.-Appts., 77 m<sup>2</sup> ab Fr. 138 500,-, 4-Zi.-Appts. 97 m<sup>2</sup> ab Fr. 177 300,-. Küche komplett einger., Spannteppiche, er. Balkon, Bad, sep. Gäste-WC, Parkpl., Keller, ruhige Lage. Ferner: Wunderschöne Chalet-Bauzwecken (800 m<sup>2</sup>), voll ersch., mit fantastisch schöner Aussicht ab Fr. 48 000,-, 5-Zi.-Chalets (96 m<sup>2</sup>) ab Fr. 252 000,-, inkl. Land. Nötiges Kapital ca. 30 %, Hypothek zu 8 %.  
H. SEBOLD, SA, Tour-Gries 6, CH-1017 Lausanne  
Telefon 00 41 / 31 / 25 117

**Holland – zu verkaufen an den Friesischen Seen (Terhorne):**  
Wohnhaus mit Hafen auf 1400 m<sup>2</sup> Eigengrund und Baugenehm. für 2 weitere Häuser. Einl.: Wohnzimmer m. off. Kamin, Küche, Garage mit Abstellraum, 1. Stock: 3 Schlafz., Bad, Dachbodenabstellraum u. Ztg. Ausk.: Interbus, Postfach 141 90, NL-3508 SG Utrecht, Tel. 00 31 / 30 51 64 46

**Renditeobjekte,**  
vollfinanz. Appartements, Kaufpreis DM 39 150,-, provisionfrei. Martinsohn GmbH, Gr. Telegraphenstr. 6, 5 Köln 1, T. 02 21 / 23 59 67

**USA & CANADA AKTIEN**  
Aktien von Gold- und Silberminen sowie Erdölgesellschaften und Technologiewerten als Neu-Emission über die Schweiz erhältlich. Teilweise bis 15 % Dividende.  
Sämtliche USA & Canada Aktien sind MwSt.-frei.  
Erwerben Sie Ihre amerik. und kanadischen Wertpapiere über die Schweiz zum Schutz gegen die Inflation.

**TRUST & INVESTMENT SCHWEIZ**  
Baarstr. 8, 6300 Zug. Tel. 00 41 / 42 21 77 50  
BRD-Vertretung: Tel. 0 21 22 / 20 98 64

COUPON: Name \_\_\_\_\_  
Adresse \_\_\_\_\_  
Tel.-Nr. \_\_\_\_\_

**Neues Naturisten-Paradies**  
Gesucht werden seriöse Immobilien-Agenturen in größeren Ortschaften für den Verkauf von Villen und Wohnungen an der COSTA DEL SOL, die ab Frühjahr 1984 in einer ersten Etappe gebaut werden. Möglichkeit für langjährige, interessierte Zusammenarbeit. Offerten erbeten an case 224, C/O 1211 GENEVE 12, SCHWEIZ.

**MÜNCHEN – SCHWABING**  
30 566,- DM Mietzins p. a., 117 700,- DM Steuerersparnis 111 000,- DM Eigenkap. 355 000,- DM Gesamtaufw. 1, Ladeneinheit. Anl.-Ber. Leissl. 0 77 36 -- 3 23 22

**Gut vermietete Eigentumswohnungen in Bad Lippspringe**  
Das sollten Sie sich nicht entgehen lassen. Direkt am Teutoburger Wald bieten wir Ihnen attraktive Eigentumswohnungen zu einem Preis, der kaum zu unterbieten ist.  
**Z. B. 2-ZW für 114 000,-DM**  
Wir können Ihnen eine hervorragende Finanzierung vermitteln, ohne zusätzliche Kosten. 5 % Zinsen, 5 Jahre fest, ohne Eigenkapital bis 100 % mögl. Die Bundesrepublik Deutschland als sicherer Mieter. Sicher Sie sich Ihr Refugium für später. In einem anerkannten Kurort. Bis dahin profitieren Sie von den Mietzinshöhen.  
Wir informieren Sie gerne. Besichtigung täglich möglich.  
**WOHNBAU BAD OYENHAUSEN GMBH & CO. KG**  
- Frau Garen -  
Gr. Heide 31, 4870 Bad Oeynhaus 2  
Telefon 0 57 31 / 5 11 08 auch Sa./So

**NOVA SCOTIA / Anapolsavally**  
Traumgrundstücke im Ostbanengebiet von Canada. 350 m vom Atlantik, m<sup>2</sup> ab 1,- DM. Alle Grundstücke mit Baugenehmigung. 5000 m<sup>2</sup> bis 100 000 m<sup>2</sup>. Informationsmaterial: Robert Curti Postfach 10 02 02 2850 Bremerhaven, W.-Germany Für Ellige: Vorabinformation: Tel. 0 47 09 / 12 54 od. 04 71 / 4 32 98

**Renditeobjekt**  
ohne Eigenkapital, vollfinanz., 3-Zi.-Wg., 83 m<sup>2</sup>, Kaufpreis DM 112 900,-, provisionfrei. Martinsohn GmbH Gr. Telegraphenstr. 6 5 Köln 1, 02 21 / 23 59 67

**Akt-Bausparkonten**  
SIEBE - Tel. 053 91 / 35319

**HOCHSCHWARZWALD Nähe Schwarzer See**  
Moderne Eigentumswohnungen in Badenweiler/Schwarzwald und Bad Bellingen • Garantierte Preispreise • Keine Maklergebühren • Vermietung möglich • Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten • Bezeugte 1.-ZW 30,90 m<sup>2</sup>, 2.-ZW 62,55/53,97 m<sup>2</sup>, 2.5-ZW 71,93/58,98 m<sup>2</sup>, 3.5-ZW 81,73 m<sup>2</sup>. Fr. WOBAN GmbH, SoSeInformation: Edmund Schäfer, Bürgermeister i. R. 7844 Neuenburg/Steinhardt, Tel. 0 78 35 / 18 47

**Bauherrenmodell**  
voll finanziert, ohne Eigenkapital, durch St.-Option bereits begonnen. Nur 7 Wohnheiten, davon 8 bereits verkauft, Baubeginn erfolgt. Gesamtanlauf DM 194 022,-, gute Rendite, Provisionfrei. Martinsohn GmbH Gr. Telegraphenstr. 6 5 Köln 1 Tel. 02 21 / 23 59 67

**15% Vermögensberatung**  
Zuschüsse nach § 534a m. WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Brigachtal Bau Finanzierungen**

**Schwarzwalddorf wiedererstellt**  
In ruhig gelegener Seitenall von Furtwangen/Nähe Schwarzwald, Grundstücke ca. 100 m<sup>2</sup>, reib. Wohnfläche ca. 120 m<sup>2</sup>. Dachgeschoss für Zweitwohnung ausbaufähig. VB DM 385 000,-. Mo-Fr. 9.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr.

**Andorra - Neubau-Eigentumswohnungen**  
ab DM 120 000,-. Sicher Sie sich jetzt schon einen Platz in Europas letzter Steuerinsel! Provisionsfrei. Martinsohn GmbH Gr. Telegraphenstr. 6 5 Köln 1, Tel. 02 21 / 23 59 67

**Bad Wiessee**  
Wohnung ca. 73 m<sup>2</sup> Wohnz., Schlafz., Bad, große Diele, Küche eingerichtet, z. T. Gardinen vorhanden. Schönebad, ganzjährig benutzbar, in der Anlage, geeignet für 2-Pers.-Haushalt, Miete DM 1200,- p. M. plus Nebenkosten, ab 1. 3. 1984 langfristig zu vermieten. Tel.-Nr. 021 01/820 98

**Renditeobjekte (Häuser + Grundstücke)**  
in Düsseldorf und Köln, gegen Barzahlung, Diskrete Abwicklung zugesichert. Ang. u. E 4183 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Bärenhohle: Die steuerfreie 60%-Chance**  
Zusch. erb. u. V 4284 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Prov. Zeeland, am Veerse See (Holand) LUXURIOUS, 900 m<sup>2</sup> Gr., bel. 255 000,-, zsg. K., Tel. 00 31 / 11 89 / 8 75 94. Privat 00 31 / 11 07 / 18 94**

**GEWERBLICHE IMMOBILIEN**

**Langenfeld - Düsseldorf**  
200 m<sup>2</sup> Neubauhalle m. Büro, vermietet Tel. 0 21 22 / 8 23 94

**MODERNE FERIENHEIM AM ARLBERG/ÖSTERREICH**  
langfristig an Verein oder Unternehmen zu vermieten. 60-70 Betten. Alle Zimmer mit Bad und WC. Zuschritten unter D 4050 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Hamburg-Billbrook Gewerbeobjekt**  
Zu verkaufen oder zu vermieten ab Sept. 1984.  
**2 300 m<sup>2</sup>** Produktionsfläche mit Büro und Sozialteil (teilbar), 8-4-Kranbahn, Gleisanschluss, Trafostation.  
**2 800 m<sup>2</sup>** Lagerfläche im zweigeschossigen Verwaltungsgebäude, Teilkeller, Kantine.  
**230 m<sup>2</sup>** Sozialgebäude  
**2 000 m<sup>2</sup>** Freiflächen, Parkplätze, Umfahrt  
Das gesamte Objekt befindet sich in gutem Erhaltungszustand. Anfragen unter L 4320 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

**Sehr günstige Gelegenheit**  
KO-Antelle zu verkaufen. Keine Verbindlichkeiten. Grundbesitz: gesellschaftl. Baugebiet, Hochhaus. Pro m<sup>2</sup> nur 800,- DM - Gesamtfläche: 2300 m<sup>2</sup>. Z. Z. nicht vermietet. Investition erforderlich, dadurch kurzfristig 500 000,- DM steuerfrei zu verdienen. Von Privat. Telefon 02 31 / 57 42 13, von 9 bis 17 Uhr.



Seit fast vier Jahren führen Teheran und Bagdad einen Stellungskrieg / Die Sicherheit der Golf-Region steht auf dem Spiel

# Irak bremst Khomeini, die Revolution zu exportieren

Von A. GRAF KAGENECK

Ein Ende des fast vier Jahre währenden Krieges am Persischen Golf zwischen Iran und Irak ist nicht abzusehen. Die in dieser Region sehr wachsame Pariser Diplomatie glaubt aber Anzeichen einer gewissen Erschöpfung in beiden Lagern zu erkennen. In Paris vergleicht man die Lage am Golf mit der am Ende des Ersten Weltkrieges, als das deutsche Oberkommando mit einer letzten verzweifelte Offensive im Frühjahr 1918 die Entscheidung noch einmal auf dem Schlachtfeld zu erzwingen versuchte. Die Offensive scheiterte, sie war der Anfang vom Ende.

Ähnlich scheint es sich mit der jüngsten Aktion der iranischen Armee im zentralen Abschnitt der 1000 Kilometer langen Front zwischen Qasr-e-shirin in Kurdistan und dem Persischen Golf zu verhalten. Der Angriff war in Teheran mit Propagandageläusen angekündigt und der eigenen Bevölkerung als der letzte Aufbruch zum Endsieg dargestellt worden. Wieder hatte man, wie schon bei der großen Offensive im Sommer 1983, Greise und Kinder vor den angreifenden Truppen eingesetzt, um die iranischen Minenfelder hochgehen zu lassen. Die iranischen Verluste bei diesem letzten Angriff im Raum der Stadt Mehran schätzte man in Bagdad auf 15 000 Mann. Insgesamt soll der seit September 1980 dauernde Krieg den Staat des Ayatollah Khomeini bereits 200 000 Tote

gekostet haben - etwa die Hälfte seiner zu Beginn des Konflikts einsatzbereiten Truppen.

Der Erfolg des jüngsten Angriffs ist indes begrenzt. Die Iraner eroberten ostwärts von Mehran eigenes Terrain in etwa 50 Kilometer Tiefe zurück, das zu Beginn des Krieges vom Irak besetzt worden war. Das vermutete Angriffsziel, bis zur 100 Kilometer weiter westlich liegenden gegnerischen Hauptstadt Bagdad durchzustoßen, wurde nicht annähernd erreicht. Aus Bagdad liegen dieser Zeit Zeugnisse deutscher Landstreitkräfte vom 18. Februar vor, wonach vom jüngsten Ausbruch der Kriegsoptionen an der Front weder akustisch noch optisch etwas zu bemerken gewesen sei.

## Der Westen nimmt den Konflikt sehr ernst

Gleichwohl nimmt man in Paris, ebenso wie in Washington und anderen westlichen Hauptstädten, den Konflikt am Golf sehr ernst. Selbst wenn es nach einer Aushaltung bei der Lager zu einem Erschöpfungsfrieden kommen sollte, dürfte der eigentliche Grund des Konflikts nicht ausgeräumt sein: der tödliche Gegensatz zwischen einem theokratischen, religiös-fundamentalistisch motivierten und einem sozialistisch-progressiv orientierten Einparteiensystem, in dem der Islam keine Staatsreligion

mehr ist. Selbst wenn Irak dies nicht wäre, würde ein „Religionskrieg“ zwischen dem fanatischen Schiismus des Ayatollah Khomeini in Teheran und den auf die älteren Traditionen pochenenden Sunniten und Alawiten in Bagdad nicht auszuschließen sein.

Khomeini gilt als ein unberechenbarer Fanatiker, der in dem „Abtrünnigen“ irakischen Staatschef Saddam Hussein und seinem Baath-Regime den Todfeind sieht und ihn unter Aufopferung eines großen Teils seines Volkes beseitigen will. Dies hat Saddam Hussein vor einiger Zeit dem französischen Nahost-Spezialisten Charles Saint-Prost in einem Gespräch in Bagdad selbst gesagt. Auch wenn es schwer ist zu erraten, was sich im Kopf dieses Mannes abspielt, so verfolgt Khomeini offenbar zwei Ziele, sagte Hussein. „Einmal will er seine Armee, die er fürchtet, möglichst weit von Teheran entfernt beschäftigen, zum zweiten will er seine Unabhängigkeit, seine Existenz und seine politischen Zielsetzungen verteidigen, sondern der einzige Damm gegen den Expansionismus Khomeinis und seines Regimes ist. Irak ist der oberste Hüter der Stabilität der Golf-Region.“

So sieht man es nicht nur bei den Nachbarn des Irak am Golf und auf

der arabischen Halbinsel, sondern offensichtlich auch in Frankreich. Paris hat sich seit langem energisch auf die Seite des Angegriffenen gestellt (die erste Offensive wurde am 4. September 1980 eindeutig von iranischen Truppen am Schatt-el-arab gestartet). Schon vor Beginn der Feindseligkeiten hatte Paris mit Waffenlieferungen begonnen, so auch mit der Begründung, das wichtige arabische Land nicht in alleiniger Abhängigkeit von sowjetischer Militärhilfe zu lassen. Neben etwa 200 schweren AMX-Panzern, 70 Abfangjägern vom Typ Mira-



Im Krieg zwischen Iran und Irak bahnt sich eine weitere Eskalation an. Seit Beginn der Offensive „Fidschir 5“ versucht die iranische Infanterie auf irakisches Gebiet in Richtung Bagdad vorzustoßen. Die strategisch wichtige Straße von der Hauptstadt zu der am Schatt-el-Arab gelegenen Stadt Basra steht unter arabischer Artilleriebeschuss.

ge F1 und Puma-Hubschraubern hat Frankreich Irak vor allem zwei Atomkraftwerke (Osirak und Iris) geliefert, die 1981 ihren Energie-Ausstoß begannen sollten. 1980 zweimal von der israelischen Luftwaffe unter dem Deckmantel des irakisch-iranischen Krieges bombardiert, dürfte sich dieser Vorgang um mindestens zwei Jahre verzögern. Trotz der Kriegsanstrengungen wird das Programm mit aktiver französischer Hilfe weiterbetrieben.

Um Irak in die Lage zu versetzen, eine Entscheidung an der Front herbeiführen zu können, ging Frankreich im Herbst 1983 einen Schritt weiter und lieferte ein Waffensystem, das im Falkland-Krieg seine Gefährlichkeit bewiesen hatte: das Tandem Super-Exocet, ein Überschallflugzeug, das von einem Flugzeugträger wie von Land starten kann und eine Rakete mit sich führt, die ihr Ziel elektronisch unfehlbar ansteuert.

Mit diesem Waffensystem wurde Bagdad in die Lage versetzt, seinen oft angeordneten letzten Trumpf im Krieg gegen Teheran auszuspielen: die Vernichtung der iranischen Erdölanlagen auf der Insel Kargh und der iranischen oder fremden Öltanker, die dort bunkern. Irans Erdölproduktion ist im Laufe des Krieges nach französischen Angaben auf eine Million Barrel pro Tag zurückgegangen, gegen das Vierfache zur Zeit des Schahs. Eine totale Abdrosselung

des Öl-Exports müsste die Widerstandskraft des Landes, trotz sowjetischer und israelischer Hilfe (Israel unterstützt alle Gegner seiner arabischen Todfeinde) rasch zum Erliegen bringen.

Aber die Reaktion Khomeinis auf ein solches Vorgehen Iraks ist bekannt, und sie bereitet den Strategen des Westens Alpträume: Teheran würde nach einem Angriff auf seine Ölanlagen den Golf sperren, was es mit seiner Marine und der Versenkung eines Supertankers in der Straße von Hormuz, noch dazu im widerrechtlichen Besitz dreier den Golf-Emirate gehörigen Inseln in der Enge, leicht tun könnte. Dann aber wäre eine Situation geschaffen, die unweigerlich einen Weltkonflikt heraufbeschwören müsste. Ein hoher Regierungsbeamter in Washington erklärte noch kürzlich dem Korrespondenten der „Zürcher Zeitung“, daß die USA die „feste Verpflichtung“ eingegangen seien, in einem solchen Fall die Durchfahrt für die Tanker „mit militärischen Mitteln“ offenzuhalten.

## Der Ayatollah liebt vor allem die Macht

Bremst Paris daher irakischen Eifer? Außenminister Chaysson erklärte dieser Zeitung vor einigen Tagen auf die Frage, welche Kontrollmöglichkeiten Frankreich in dieser Frage habe, ausweichend: „Sie wissen, daß die Super-Exocet ein Trägerflug-

zeug ist.“ Hat Irak Flugzeugträger? Militärs sagen erlösend, die Maschine könne zwar auch von einer Landbasis aus starten, solche aber lägen für Irak außerhalb ihres Aktionsradius.

Wie dem auch sei, Frankreich hätte die Mittel, Irak den militärischen Vorteil zu verschaffen, den es zu einem Zwangsfrieden benötigt. Präsident Saddam Hussein hat im Gespräch mit Charles Saint-Prost versichert: „Irak hat keinerlei Interesse an Iran. Wenn Iran unsere Souveränität respektiert, können beide Länder zusammenleben und zusammen die Sicherheit am Golf garantieren. Nichts ist in der Politik unmöglich. Khomeini ist vor allem ein Politiker, der die Macht liebt. Wenn das Schicksal seines Regimes vom Frieden abhängt, wird er ihn machen.“

Daß das Schicksal von Ayatollah Khomeini von Krieg oder Frieden abhängen könnte, wird in Paris zunehmend als wahrscheinlich beurteilt. Aus Kreisen des iranischen Widerstandes und von desertierten iranischen Soldaten an der irakischen Front weiß der französische Geheimdienst, daß die Stimmung im iranischen Volk äußerst schlecht ist, daß der Krieg auch unter den Anhängern Khomeinis immer unpopulärer wurde und die Zahl der Deserteure zunimmt. Allein diese letztere wird von französischen Kennern mit 80 000 angegeben.

## Optimismus über EG-Gipfel schwindet

Treffen der Außenminister / Keine Fortschritte bei Agrarpolitik und Finanzfragen

ULRICH LÜKE, Brüssel

Die Erfolgsaussichten für das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. März in Brüssel werden immer geringer. Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand, der zur Zeit die Präsidentenwahl in der EG innehat, beendete gestern seine Rundreise durch die EG-Mitgliedsstaaten mit einem Besuch beim irischen Ministerpräsidenten FitzGerald, nachdem er am Montag mit dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi in Mailand zusammengetroffen war. Am Freitag wird Mitterrand in einem zweiten Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl, diesmal in Paris, eine Bilanz seiner Sondierungskommission ziehen.

### Skeptische Äußerungen

Am Rande des regulären Ministertreffens der Außenminister in Brüssel, das vorletzten von dem EG-Gipfel, wurde gestern bestätigt, daß es bisher kaum Fortschritte in den strittigen Fragen gibt. Dazu zählen vor allem die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, die Verabschiedung einer allgemeinen Sparpolitik und eines neuen Finanzrahmens für die Gemeinschaft sowie die Lösung des britischen Beitragsproblems. Auch auf dem zweitägigen informellen Treffen der Außenminister am vergangenen Wochenende in La-Celle-St-Cloud bei Paris hatte es nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Brüssel keinerlei Durchbruch, höchstens Annäherungen in Detailfragen gegeben. Die wesentlichen

Punkte sind nach wie vor ungeklärt, hieß es gestern.

Die Detailannäherungen betreffen die vor allem zwischen Deutschen und Franzosen umstrittenen Fragen des Finanzausgleichs und die Einschränkung der Garantiepreise für Milch. Von einer Einigung ist man auch hier jedoch noch weit entfernt, weil einige EG-Mitgliedsstaaten Sonderregelungen fordern. In der Frage des Finanzausgleichs ist Außenminister Genscher offenbar bereit, weiterzugehen: als Finanzminister Stoltenberg. Eine erste echte Senkung des Grenzschutzes würde die Bundeskasse mit rund zwei Milliarden Mark belasten.

Größere Beachtung als diese Detaildiskussion fanden in Brüssel allerdings die immer skeptischeren Äußerungen Mitterrands über die Erfolgsaussichten des März-Gipfels. In der belgischen Hauptstadt hatte er bereits in der letzten Woche erklärt, er sei nicht mehr allzu optimistisch. Nach einem nur fünfzehnmündigen Gespräch mit Dänemarks Ministerpräsident Poul Schlüter sagte er, ein Scheitern des Gipfels könne für die EG eine „heilsame Lektion“ sein - Qualifizierung, die schon für die ergebnislosen Gipfel von Stuttgart und Athen gefunden worden waren.

Brüsseler Diplomaten fragen sich zudem, wie Kompromisse eigentlich gelingen können, wenn einerseits die Regierungschefs bilateral verhandeln, andererseits die regulären Treffen des EG-Ministerrates stattfinden, ohne daß es zwischen beiden Ebenen offenbar zu echten Abstimmungen

kommt. Die für die EG zuständigen Bonner Ministerien (Auswärtiges, Finanzen und Landwirtschaft) sind bis heute zum Beispiel nicht im Detail über den Verhandlungsstand Kohl/Mitterrand unterrichtet.

### Gemeinsames Sparinteresse

Erschwerend kommt überdies hinzu, daß der Gipfel vermutlich mit der aktuellen Agrarpreissenkung belastet werden dürfte. Die französische Präsidentschaft gerät immer stärker in den Verdacht, die Briten auf dem Gipfel wegen ihrer finanziellen Sonderwünsche isolieren zu wollen. Großbritannien Außenminister Sir Geoffrey Howe steuerte dem in Brüssel bereits dadurch entgegen, daß er sich betont europäisch gab, von notwendigen neuen Politiken der Gemeinschaft sprach und das gemeinsame Sparinteresse betonte, das seine Regierung mit der Bundesregierung verbinde.

Der Ministerrat kam Großbritannien jetzt nur dadurch entgegen, daß er das Europäische Parlament schriftlich zu einer Sondersitzung vor der nächsten Ministerratstagung am 12. März aufforderte, um die Sperre der Rabatzzahlungen an Großbritannien aufzuheben. Das Parlament hat jedoch eine langfristige Lösung des Finanzierungsproblems der Gemeinschaft zur Bedingung für eine Aufhebung der Sperre gemacht. In Parlamentenkreisen galt deshalb gestern ein Eingehen der Abgeordneten auf die Wünsche des Ministerrates als ausgeschlossen.

## KPI: Distanz zu Moskau wird bleiben

Tschernenko gilt als Gegner des Eurokommunismus Berlinguers / Kritik am Sowjetsystem

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Nie zuvor ist ein neuer Herrscher im Kreml von der italienischen KP-Führung dem Parteivolk mit derart kühler Zurückhaltung vorgestellt worden, wie jetzt Konstantin Tschernenko. Begreiflich wird diese Reserviertheit, die in den Artikeln der Parteipresse gelegentlich sogar die Grenzen offener Kritik überschreitet, vielleicht am ehesten aus einem Pessimismus der ausgewählten Reden und Schriften“ des Andropow-Nachfolgers, deren Publikation auf Englisch der Oxford-Verlag Pergamon Presse vorbereitet.

Der Pessimismus lautet: „Auf der Grundlage unserer Erfahrungen sind wir fest überzeugt, daß die kommunistischen Parteien auch in Westeuropa zwei Prinzipien treu bleiben müssen, wenn sie eine Antwort auf ihre nationalen Probleme erhalten wollen. Das erste ist die Respektierung des Marxismus-Leninismus, das andere die Treue zu den Ideen des proletarischen Internationalismus.“

### „Politisch farblos“

Tschernenko, den die ideologische KPI-Zeitschrift „Rinascita“ in ihrer letzten Ausgabe als eine „politisch farblose Persönlichkeit“ präsentiert, hat sich damit zumindest auf einem Gebiet noch als „Kronprinz“ Breschnevs - profiliert: als Gegner des von der Berlinguer-Partei vertretenen autonomen Eurokommunismus. „Mit schwerfälliger Rhetorik, aber nicht ungeschickt“, so erinnert sich „Rinascita“-Autor Fabio Bettanin, habe er schon immer gegen den

„ideologischen Pluralismus“ angekämpft.

Tschernenkos Machtbasis ist nach Ansicht Bettaninis „außer einer mehr oder weniger gefährdeten Mehrheit im Politbüro auch eine heterogene soziale Koalition aus Bürokraten, die um ihre Stellung bangen; mittleren Führungskadern, denen die zentralistischen Implikationen der Andropow-Politik Sorge machten; Managern, Wissenschaftlern und Technikern, die entschlossen sind, ihre professionelle Autonomie gegen eine mögliche Ausdehnung des rüstungsindustriellen Kompetenzbereichs zu verteidigen; enttäuschten Reformatoren; ungeliebten Arbeitern, die weitere Lohndifferenzierungen, wie sie von Andropow versprochen worden waren, ablehnen; sowie Kolchosbauern und Rentnern, die ein Abbrücken von jener Sozialpolitik befürchten, die ihnen einen annehmbaren Lebensstandard verschaffte.“

So sei ein Politiker zum neuen Generalsekretär gewählt worden, „der seine Hauptkraft aus der Schwäche des gegnerischen Lagers und aus dem eigenen Geschick zu ziehen scheint, sich politisch nicht allzusehr zu profilieren“. Angesichts dieser Voraussetzungen müsse man befürchten, daß die Ernennung Tschernenkos „der Beginn einer langen Phase des Machtkampfes“ sei, der das Risiko einer Lähmung der Entscheidungsfähigkeit an der Spitze der Sowjetunion einschleife.

Die Enttäuschung der italienischen Kommunisten über den Führungswechsel in Moskau wird auch daran deutlich, daß Bettanin die Wahl

Tschernenkos zum Anlaß für eine scharfe grundsätzliche Systemkritik nimmt. „Es ist anormal“, heißt es in „Rinascita“, „daß, sobald ein politischer Führer gestorben ist, sich auch seine Ideen und politischen Vorstellungen regelmäßig in Nichts auflösen, anstatt in das kollektive Gedächtnis und in die kollektive Reflexion einzugehen. Wer spricht heute in der UdSSR noch von Chruschtschow? Sogar Breschnev wird in den offiziellen Reden nicht mehr erwähnt... Damit fehlt eine essentielle Voraussetzung... dafür, daß sich eine öffentliche Meinung bilden und ausdrücken kann, um den eigenen Führern ein festumrissenes Mandat zu übertragen.“

### Mauer von Ablehnung

Der „Rinascita“-Artikel signalisiert nach Überzeugung römischer Beobachter die Befürchtung der KPI-Führung, daß sich Enrico Berlinguer bei seinem nächsten Moskau-Besuch, der für April geplant ist, der alten Mauer von Ablehnung und Verständnislosigkeit für den eurokommunistischen Weg zum Sozialismus gegenübersehen wird. Unter Andropow schien diese Mauer etwas durchlässiger geworden zu sein. Das war zumindest der Eindruck, den die italienischen Genossen aus der von dem verstorbenen Generalsekretär gelegentlich bekundeten Bereitschaft zu größerer Beweglichkeit gewonnen hatten. Der „Ris“ in den Beziehungen zwischen der kommunistischen Vormacht und der stärksten KP der westlichen Welt hat offenbar neue Aktualität erhalten.

## Das Leistungsspektrum der WestLB. So vielseitig wie unsere Wirtschaft.

Die WestLB ist ein international operierendes Kreditinstitut. Auf der Grundlage ihrer universellen Bankleistungen bietet sie ihren Kunden zusammen mit den ihr verbundenen Spezial-Unternehmen für die Finanzierung- und Serviceprobleme komplette Leistungsbündel. Mit System. Individuelle Beratung und schnelle Entscheidung durch direkte Wege sind Bestandteile der WestLB-Konzeption. Vielseitigkeit ist ihre Stärke.

**Kreditgeschäft:**  
Investitionsfinanzierung  
Betriebsmittelkredite  
Diskontkredite  
Importfinanzierungen  
Exportfinanzierungen  
Einführung von Importkreditlinien  
Finanzierung und Restzahlung von Exportkreditlinien  
Garantien in Auslandsverkehr  
Kontokorrentkredite  
Eigenkapitalfinanzierungen  
Haufnanzierungen  
Immobilienkredite  
Leasing  
Landes- und Kommunalkredite  
Agrarkredite  
Europakredite  
DWA-Auslandskredite  
Internationale Kapitalmarktfinanzierungen  
Geldhandel

**Einlagen und WestLB Wertpapiere:**  
Sichteinlagen  
Fremdgeldanlagen  
WestLB Pfandbriefe  
WestLB Kommunalkreditobligationen  
WestLB Bankschuldverschreibungen  
WestLB Kassenscheine  
WestLB Schuttscheine  
WestLB Namens- Pfandbriefe  
WestLB Namens- Kommunalkreditobligationen

**Wertpapiergeschäft:**  
Handel in eigenen und fremden Wertpapieren  
Schuldenscheinhandel und -platzierung  
Handel in Aktien  
Handel in Investmentanteilen  
Wertpapier-Kontrahentengeschäft  
Wertpapiervermittlung  
Auftrag von individueller Wertpapierauswahl  
Verkauf von Wertpapieren und Anleihen  
Anlageberatung  
Anlage von geschlossenen Immobilienfonds

**Dienstleistungsgeschäft:**  
Unternehmensverwaltung und -beratung  
Geldverkehrs- und Kassendienst im Inland und im Ausland  
Abwicklung von Dokumenten- und Kredit- und Dokumentenbankkassen

**Devisen- und Kurssicherungsgeschäfte:**  
Sorten- und Edelmetallhandel  
Handelsvermittlung mit dem Ausland

**Bauspargeschäft der LBS:**  
Bauspareinlagen  
Bauspardarlehen  
Zwischenspenden  
Finanzierung aus einer Hand  
Immobilienvermittlung  
Verkauf von Wohnungseigentum und Ferienheimen

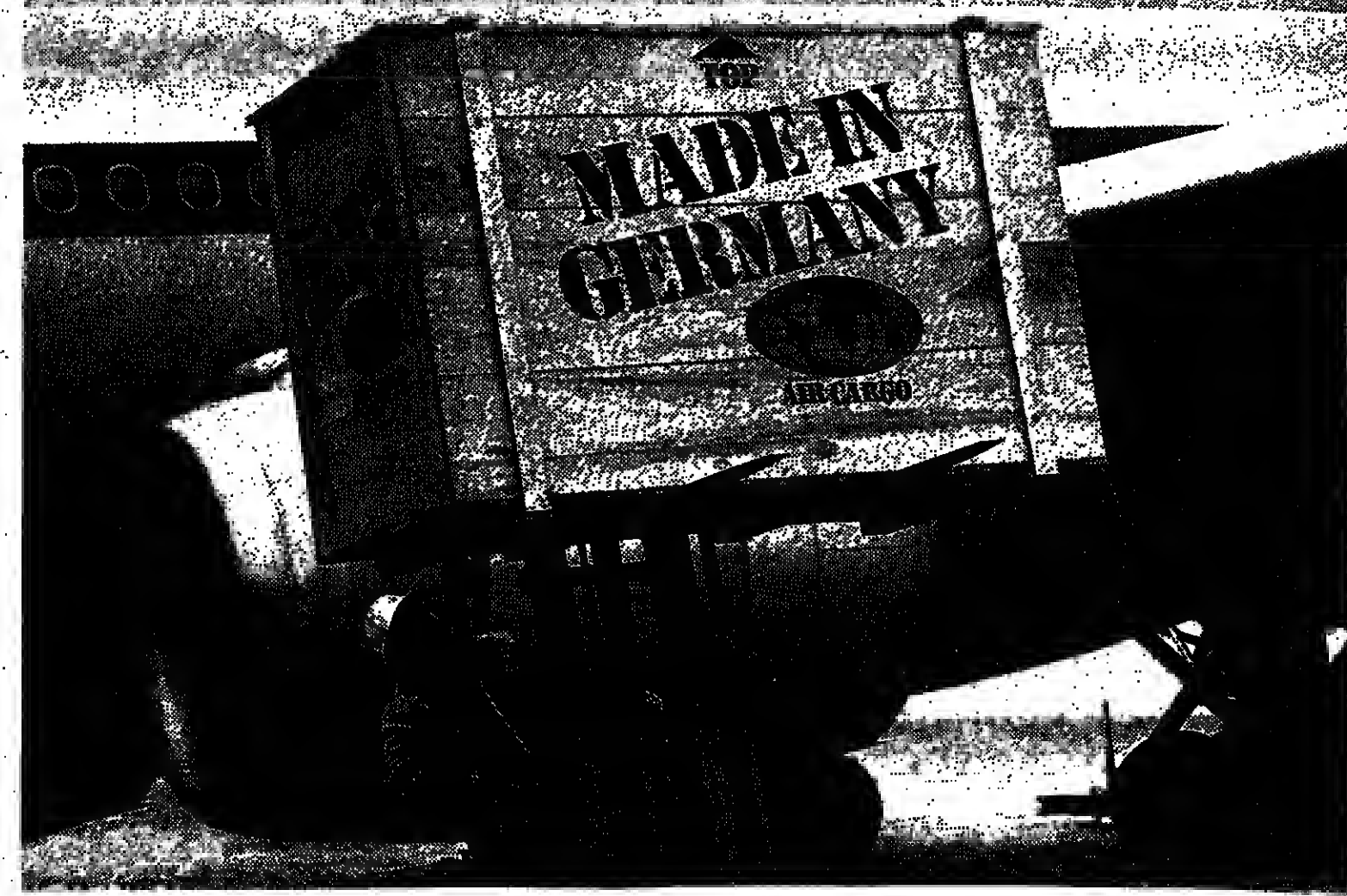
**Zentralinstitut der nordrhein-westfälischen Sparkassen:**  
Hausbank des Landes Nordrhein-Westfalen und Kommunalbank  
Treuhandstelle für öffentliche Wohnungsbauämter

**Ihre Erfolgschancen wachsen mit Ihrer Flexibilität. Dafür brauchen Sie eine Flexible Bank.**  
Die WestLB ist Ihre Finanzierungs- und Anlagebank. Sie praxisgerechten Bündeln zusammen. Passend genau für Ihre Interessenlage.

## WestLB

Westdeutsche Landesbank  
Sitz: Düsseldorf  
Zentrale: Münster  
Zentralrat: der Sparkassen in NRW

WestLB  
Ihr Finanzmanager





## Moçambique und Südafrika einig über Nichtangriff

MONIKA GERMANI, Johannesburg

Ein Nichtangriffspakt zwischen Moçambique und Südafrika soll in den nächsten Tagen unterzeichnet werden. Das ist das Hauptergebnis der am Montag in Moçambique Hauptstadt Maputo von Delegierten beider Länder geführten Verhandlungen. Südafrikas Außenminister Roelof Botha war dazu mit Verteidigungsminister Magnus Malan und Polizeiminister Louis Le Grange nach Maputo gereist. Besondere Bedeutung wird dem überraschenden Treffen des Außenministers Botha mit Präsident Samora Machel beigegeben, bei dem sie Übereinstimmung darüber erzielen, daß ein dauerhaftes Gleichgewicht in der Region notwendig sei.

Es war der erste Kontakt auf so hoher Ebene zwischen Vertretern beider Länder nach Jahren gespannter Beziehungen. In naher Zukunft – so wird vermutet – könnte es möglicherweise in Portugal zu einem Treffen zwischen dem südafrikanischen Premierminister Pieter Botha und Präsident Machel kommen.

In Maputo wurde auch über die Rückgabe südafrikanischen Eigentums verhandelt, das vor Jahren bei der Machtübernahme der marxistischen Frelimo-Regierung konfisziert worden war.

## Folgt Moskau wieder Breschnews Linie?

pa, Moskau

Die sowjetischen Medien haben gestern zum ersten Mal den im Dezember 1980 verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten Alexei Kossygin ausführlich gewürdigt. Anlässlich des 90. Geburtstages dieses Politikers lobte ihn die Parteizentrale „Prawda“ als „talentierten Organisator“ und Wirtschaftsfachmann, der die Methoden und Formen der sozialistischen Wirtschaft vervollkommen habe. Im außenpolitischen Wirken Kossygins habe sich die Bereitschaft der Sowjetunion zur Lösung internationaler Probleme auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Anerkennung der gegenseitigen Interessen widerspiegelt.

Kossygin hatte gegen den Widerstand des damaligen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew eine Verringerung der Militärausgaben durchgesetzt und war maßgeblich an der Entspannungspolitik der 70er Jahre beteiligt. Westliche Beobachter sahen in der Hervorhebung Kossygins einen Hinweis auf eine mögliche Wiederbelebung der Politik der Ära Breschnew unter dem neuen Parteichef Konstantin Tschernenko.

## SED-Mahnung an „Friedensbewegung“

AFP, Berlin

Die Friedensbewegung in den westlichen Ländern sollte nach Auffassung der Ostberliner „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ bestimmte ideologische Meinungsverschiedenheiten auf „kameradschaftliche Weise“ abklären. Dieser Rat schlag aus der „DDR“ bezieht sich vor allem auf drei Grundthesen: Die Zeitschrift nennt zunächst die „Supermachtkonzeption“, deren Kern in gleichrangiger Bewertung der USA und der UdSSR und deren Politik bestehe. Zum zweiten moniert das SED-Blatt, daß große Teile der westlichen Friedensbewegung Rüstung im Osten und im Westen „einfach gleichsetzen“. Damit werde deutlich, daß es in der Friedensbewegung vieler kapitalistischer Staaten eine pazifistische Grundströmung gebe. Schließlich wird beklagt, daß im Westen die „von den bürgerlichen Massenmedien permanent vertretene These“ weiterwirke, wonach es in den sozialistischen Ländern keine Friedensbewegung gebe, oder daß diese dort unterdrückt werde.

## Koalition in Helsinki steht vor dem Bruch

Unversöhnliche Haltungen bei Arbeitslosenhilfe

REINER GATERMANN, Helsinki  
Finnlands Ministerpräsident Kalevi Sorsa hält es für nicht mehr ausgeschlossen, daß die derzeitige Kabinetskrisis noch in dieser Woche zum Zusammenbruch der Vier-Parteien-Koalition führt.

Auch wenn die meisten politischen Beobachter in Helsinki die Lagebeschreibung des sozialdemokratischen Regierungschefs als zu pessimistisch bezeichnen, kommt man nicht um die Feststellung umhin, daß sich das Koalitionsklima in letzter Zeit verschlechtert hat, vor allem wegen der Reibereien zwischen den Sozialdemokraten und dem bürgerlichen Zentrum. Hinzu kommen innere Richtungskämpfe dieser beiden Parteien.

Eine weitere Dimension erhielt diese Krise jetzt, als der Gewerkschaftsbund seine umfassenden Streikankündigungen präsentierte, die vom 6. März an weite Teile der Wirtschaft betreffen. Die Regierung könnte erheblich zur Entschärfung des Arbeitsmarktkonflikts beitragen, wenn sie seiner Auffassung wäre.

Bei der Kabinetskrisis handelt es sich hauptsächlich um die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Während die Sozialdemokraten sich bei ihrer Festlegung weitgehend an dem zuletzt erzielten Einkommen orientieren wollen, fordert die Zentrums- und rechtliche Abstriche. Hinter diesem Sachstreit verbirgt sich allerdings auch ein Machtkampf innerhalb der Koalition. Der größte nichtsozialistische Partner, das Zentrum, mit seinem aggressiven jungen Außenminister Paavo Väyrynen an der Spitze, will sich stärker profilieren, was naturgemäß auf Kosten des sozialdemokratischen – des stärksten – Kabinettpartners geschehen muß.

### Kritik am Führungsstil

Deren Vorsitzender und Ministerpräsident Kalevi Sorsa sieht sich allerdings in den eigenen Reihen der immer stärker werdenden Kritik ausgesetzt, die Partei würde allzusehr zur Mitte abdriften. Mit ihrer Politik des Kompromisses um jeden Preis habe sie bereits vieles von ihrem ursprünglichen Charakter eingebüßt. Sorsa müßte sich nun endlich gegenüber dem Zentrum durchsetzen. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung scheint parteipolitisch ein hierfür geeignetes Thema zu sein.

Sorsa bedauert es, daß man sich in einer Koalition nicht immer die Personen, mit denen man zusammenarbeiten möchte, aussuchen kann. In Helsinki weiß jeder, daß diese Spitze vor allem gegen Väyrynen gerichtet ist. Der 37jährige Außenminister hat allerdings nicht nur Zusammenarbeitschwierigkeiten im Kabinett, sondern auch in seiner eigenen Partei. Nachdem er auf dem Weg zu ihrem Vorsitz sämtliche Konkurrenz kaltgestellt hat, braucht er auf dem Kongreß im Sommer um seine Wiederwahl nicht zu fürchten, aber in den unteren Etagen wächst die Unzufriedenheit mit seinem Führungsstil.

### Keine Lösung in Sicht

Fraktionschef Kauko Juhantalo äußerte bereits zweimal gegenüber dem Vorsitzenden widersprechende Ansichten. So plädiert er für die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung. Schließlich muß das Koalitionsgerangel auch vor dem Hintergrund der im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen gesehen werden.

Bisher zeichnet sich keine Lösung der Kabinetskrisis ab, sie ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für eine Einigung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenunterstützung ist einer von drei strittigen Punkten. Im Vordergrund stehen die Tarifforderungen des Gewerkschaftsbundes, sie belaufen sich für dieses Jahr auf 4,6 und für 1985 auf 4,4 Prozent. Dem steht ein Arbeitsangebot von zwei beziehungsweise 2,5 Prozent gegenüber. Darüber hinaus wollen die Gewerkschaften von 1985 an eine Herabsetzung der jährlichen Arbeitszeit um 60 Stunden, die Gegenseite ist von 1986 an zu 24 Stunden bereit.

Trotz der umfassenden Streikdrohungen, zu denen drei „gesamte Streiktage“ am 8., 15. und 18. März gehören (während dazwischen nur bestimmte Branchen wechselweise die Arbeit niederlegen), sind nicht alle Brücke zwischen den Tarifparteien abgebrochen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Außerdem hat der Reichsschlichter Teuvo Kallio seine Arbeit aufgenommen. Finnland strebt wieder eine einheimische politische Gesamtlösung an, zu der neben dem Tarifabkommen auch die Festlegung der landwirtschaftlichen Produktionspreise und der Einkommenssteuersätze zählen.

## Rote Pazifikflotte bedroht westliche Fahrtrouten

800 sowjetische Kriegsschiffe / USA unterlegen

FRED de LA TROBE, Tokio  
Der 42 000 Tonnen tragende Flugzeugträger „Novorossysk“ hat sich mit vier Begleitschiffen – darunter einem Kreuzer – der sowjetischen Pazifikflotte angeschlossen. Damit verfügt die Marine Moskaus jetzt zusammen mit der „Minsk“ über zwei Flugzeugträger in der fernöstlichen Region zwischen Vietnam und Kamtschatka. Durch die rasante militärische Kraftentfaltung der Sowjets haben die Vereinigten Staaten ihre Überlegenheit zur See in diesem Gebiet verloren.

Die sowjetische Pazifikflotte, die jetzt die größte unter den vier Marinekampfeinheiten Moskaus in der Welt ist, umfaßt nach Angaben des internationalen Instituts für strategische Studien annähernd 800 Kriegsschiffe. Darunter sind 140 U-Boote, einschließlich 30 nukleartreibender, mit Interkontinentalraketen bestückter Schiffe. Hinzu kommen Kampf- und Aufklärungsgeschwader mit 330 Flugzeugen und 115 Hubschraubern. Diesen mächtigen Verbänden stehen 335 amerikanische Kriegsschiffe einschließlich 134 U-Booten und 410 Kampfflugzeugen und Aufklärern gegenüber. Moskau hat auch seine Marine- und Luftstützpunkte in Vietnam – Cam Ranh und Da Nang – im letzten Jahr beträchtlich ver-

stärkt und damit den Operationsradius seiner Kriegsschiffe erheblich ausgedehnt. Die wachsende sowjetische Bedrohung in der Region richtet sich vor allem auch gegen wirtschaftliche Lebenslinien des Westens. Der Gütertransport der Vereinigten Staaten mit den westpazifischen und südostasiatischen Ländern hat den der USA mit Europa längst überflügelt. Japans Versorgung und Exporte sind von der freien Passage durch dieses Gebiet abhängig. Mit der rasch anwachsenden Stärke ihrer in pazifischen Gewässern kreuzenden Flotte wollen die Sowjets auch den Japanern demonstrieren, daß sie immer besser in der Lage sind, die lebenswichtigen Zufahrtsrouten zu sperren.

Gleichzeitig ist auch das Drohpotential gegen China gestiegen und der Hebel gegen eine Annäherung Pekings an Washington angesetzt. Die Sowjets wollen den Chinesen vorexerzieren, daß den Amerikanern Mittel und Wille fehlen, entsprechende militärische Muskeln anzusetzen. Außer der Vorherrschaft auf See hat Moskau 52 Divisionen – eine halbe Million Mann – und 12 000 Panzer an der chinesischen Grenze in Sibirien stationiert. 144 SS-20-Raketen sind außerdem auf China, Japan und Südostasien gerichtet. (SAD)

## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

### Phrasen und Wirklichkeit

Parlamentarische Klänge in Kahl Is-  
rael-Reise, WELT vom 18. Februar

Ich denke, es ist an der Zeit, einigen führenden SPD-Politikern entgegenzutreten und sie auf den ihnen zustehenden Platz zu verweisen. Es ist einfach nicht mehr erträglich, sich dieses anmaßende Geschwätz des Herrn Ehmkte oder der Frau Renger anzuhören. Wer diese Reden im bundesdeutschen Parlament vom 9. Februar '84 zur Kenntnis nahm, erhielt den Eindruck, daß die SPD den Staat Israel schütze und verteidige, sich für sein Existenzrecht einsetze, und dies insbesondere aus Gründen deutscher Vergangenheitsbewältigung.

Da müssen sich Frau Renger und Herr Professor Ehmkte doch einmal fragen lassen, was sie in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung im Interesse Israels unternommen haben, wenn sie sich in dieser Zeit für den so oft in Bedrängnis geratenen Staat eingesetzt haben? Da sie alle in der SPD sich keine Lorbeeren in Sachen Verteidigung des Staates Israels erworben haben (und das dürfte jeder wissen, der sich mit der Geschichte des Staates Israel in den letzten 30 Jahren befaßt hat), steht es ihnen sehr schlecht zu Gesicht, in dieser Form zu sprechen.

Zur Klarstellung möchte ich auf die folgenden Begebenheiten und Aussagen hinweisen:

Zwei große Politiker unserer Zeit waren Israels Ben Gurion und Deutschlands Konrad Adenauer. Konrad Adenauer hat mit Ben Gurion eine Abmachung getroffen, aus der Wiedergutmachungs- und Wirtschaftshilfeszahlungen an den Staat Israel hervorgingen, was wesentlich den Aufbau des Staates mitgefordert hat.

Bei der älteren Generation in Israel ist auch heute noch ein geschätzter bundesdeutscher Politiker Franz Josef Strauß. Strauß hat in außenpolitischen Dingen den Staat Israel betreffend nie leere Phrasen gedroschen. Ohne Worte zu machen, hat er Israel als Verteidigungsminister geholfen.

Welcher SPD-Politiker hat sich je zu Taten hinreißen lassen? Viele große Worte hat man in all den Jahren von den Politikern auf der linken Seite gehört, Worte, die auch oft nach einigen Tagen schon widerrufen oder abgeändert wurden.

Ich denke dabei an Willy Brandts Reden in Israel und seine Reden eini-

ge Tage später in der Bundesrepublik.

Golda Meir, Israels ehemalige Ministerpräsidentin, eine große Sozialistin ihres Landes und stellvertretende Präsidentin der Sozialistischen Internationalen, berichtet in ihrer Autobiographie: „Ich habe Brandt häufig in der sozialistischen Bewegung getroffen, und ich war immer sehr beeindruckt von ihm, ganz besonders, als er als Regierender Bürgermeister von Berlin zum ersten Mal nach Israel kam. Er sprach mit bewundernswertem Freimut und Verständnis über die Vergangenheit und mit Optimismus und Vorstellungskraft von der Zukunft.“

Aber als er als Bundeskanzler Israel im Juni 1973 wieder besuchte, schien er beunruhigt darüber zu sein, daß die Beziehungen seiner Regierung zu uns das Verhalten der Araber weitgehend beeinflussen könnten. Ich hatte das größte Verständnis für Brandts Wunsch, mit den Arabern zu einer engeren Verbindung zu kommen; schließlich ist es genau das, was auch wir uns wünschen. Aber ich konnte seine Überlegungen nicht teilen, daß es für Deutschland keinen Grund mehr gäbe, dem jüdischen Staat gegenüber eine „besondere“ Haltung beizubehalten.“

Und ebenfalls Golda Meir über Willy Brandt anlässlich seiner Weigerung, Israel im Jom-Kipur-Krieg zu helfen: „Auch ich hatte Fragen, die man nicht zufriedenstellend beantwortet hatte. Ich war noch immer über die Weigerung meiner sozialistischen und sozialdemokratischen Genossen in Europa aufgebracht, die für Israel bestimmten Phantoms und Skyhawks zum Auftanken zwischenlanden zu lassen. Ich rief Willy Brandt an, der in der Sozialistischen Internationale großes Ansehen genießt, und sagte: „Ich möchte an niemanden Forderungen richten, sondern nur mit meinen Freunden sprechen. Ich würde nur zu gern wissen, welchen Sinn der Sozialismus haben kann, wenn nicht eines der sozialistischen oder sozialdemokratischen regierten Länder Europas sich bereit zeigt, dem einzigen demokratisch regierten Land im Nahen Osten zu Hilfe zu kommen. Ist es denkbar, daß Demokratie und Brüderlichkeit in unserem Fall nicht genügen sind?“

Was wäre gewesen, wenn Richard Nixon gesagt hätte: „Es tut mir leid, aber da wir in Europa nirgends zwischenlanden können, können wir nichts für Sie tun.“ Was hätten Sie alle dann getan? Sie kennen uns und wissen, wer wir sind. Wir sind alle alte Genossen und seit langer Zeit bewährte Freunde. Was haben Sie gedacht? Was hat Sie bewegt, die Flugzeuge nicht landen zu lassen? Glauben Sie mir, ich möchte nicht die Tatsache wegdiskutieren, daß wir ein winziger jüdischer Staat sind und daß es auf der anderen Seite mehr als zwanzig arabische Staaten gibt, die über riesige Territorien, unendlich viel Öl und Milliarden Dollar verfügen. Ich würde heute aber gern von Ihnen erfahren, ob diese Dinge auch im sozialistischen Denken eine entscheidende Rolle spielen.“

Es bedarf wohl zu diesem Zeitpunkt keiner weiteren Ausführungen über die rühmreiche Zusammenarbeit der sozialistischen Bundesrepublik und der Sozialistischen Internationalen mit dem Staat Israel.

Rolf Levi,  
Ketsch

### Eindeutiges Ziel

„Der Nürnberger Ernährungsbeschluß und seine Probleme“, WELT vom 21. Oktober

Wer es bis dahin noch nicht gewußt hat, der hat es spätestens zum Ende des Gewerkschaftstages – fast ist man versucht zu sagen „Parteitages“ – der IG Druck und Papier gemerkt: Es geht nicht mehr um typische Aufgaben der Gewerkschaft, es geht auch nicht mehr um die Mitglieder dieser Gewerkschaft, es geht vielmehr um die Durchsetzung politischer Macht. Dies mit dem Ziel: „Wer 35-Stunden-Woche sagt, der muß auch Sozialismus sagen!“

Dem wird alles untergeordnet. Auch die demokratische Legitimation von Streikbeschlüssen. Der Vorstand ist jetzt zum Handeln ermächtigt, ohne lange Mitglieder fragen zu müssen.

Sieht man sich daraufhin das Forderungspaket der IG Druck und Papier an, das sie zur Neufassung des Manteltarifvertrages vorgelegt hat, dann gibt es auch keinen Zweifel mehr, daß die Politik vor der Sache und die Ideologie vor dem Willen des einzelnen rangiert. Allegeantenen Gewerkschaftern muß eigentlich angesichts dieses gradlinigen Marsches in

Richtung auf eine Veränderung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur angst und bange werden. Immer dann, wenn Mechanismen demokratischer Willensbildung durch Ermächtigungen gleich welcher Art außer Kraft gesetzt wurden, stand am Ende die Katastrophe. Haben wir so wenig aus der Geschichte gelernt?

Carl-Wilhelm Bussé  
Bielefeld

### Tierversuche

„Kein Totalverzicht auf Tierversuche“, WELT vom 18. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, die auch in unserem Land geübte Praxis der Tierversuche läßt mich ohnehin schon nicht mehr schlafen, und ich enthalte mich daher der vielen Argumente, die ich dagegenzubringen hätte.

Statt dessen lassen Sie mich Alexander von Humboldt zu diesem Thema zitieren: „Grausamkeit gegen Tiere ist eines der kennzeichnendsten Laster eines niederen und unedlen Volkes. Wo man ihrer gewahr wird, ist es ein sicheres Zeichen der Unwissenheit und Rohheit, welches durch alle Zeichen des Reichtums und der Pracht nicht überblincht werden kann. Grausamkeit gegen Tiere kann weder bei wahrer Bildung, noch bei wahrer Gelehrsamkeit bestehen. Dem Tier gegenüber sind heute alle Völker mehr oder minder Barbaren, es ist unwar und grotesk, wenn sie ihre vermeintlich hohe Kultur bei jeder Gelegenheit betonen und dabei täglich die schrecklichsten Grausamkeiten an Millionen von wehrlosen Geschöpfen begehen.“

Rohheit zeichnet die Tierversuchsbefürworter aus.

Mit freundlichen Grüßen  
H. Baagø,  
Hamburg 61

### Wort des Tages

„Man wirft den Menschen vor, sie könnten ihre eigenen Schwächen nicht. Es gibt vielleicht ebenso wenige, die ihre eigene Stärke kennen. Mit den Menschen ist es wie mit den Grundstücken. Manchmal ist eine Goldader darin, und der Besitzer weiß von nichts.“

Jonathan Swift, brit. Autor (1667-1745)

## Personalien

### EHRUNG

Für seine Verdienste um die deutsch-amerikanische Freundschaft haben die Krefelder Unternehmer Bundespräsident Karl Carstens mit dem von ihnen gestifteten „Concorde-Preis“ ausgezeichnet. Den mit 10 000 DM dotierten Preis zur Erinnerung an 300 Jahre deutsche Auswanderung nach Amerika und zur Förderung der transatlantischen Beziehungen wird Carstens dem Jugendaustausch zur Verfügung stellen. 25 Schüler und Auszubildende aus Krefeld sollen im Sommer sechs Wochen Alltag und Arbeitswelt in den USA kennenlernen.

### GRÜNDUNG

In Bonn gibt es seit kurzem eine deutsch-spanische Juristenvereinigung. Ihr Präsident ist Professor Dr. Klaus Adomeit, Berlin, erster Vizepräsident der Spanier Dr. Guillermo Frühbeck, Madrid. Zum Generalsekretär wählt die Vereinigung den Bonner Ministerialrat Albrecht Götz vom Bonner Justizministerium. Ziel der neuen Vereinigung ist eine vertiefte Kenntnis der Rechtsordnung beider Länder durch per-

sönliche Kontakte und durch den Austausch von Informationen.

### EMPFANG

Das Waldemar-Koch-Haus in der Schnoor Nr. 27-28 in Bremen gehört nach Meinung vieler zu den schönsten Presseclubs in der Bundesrepublik. Genau vor zehn Jahren konnten Bremens Journalisten hier Einzug halten. Der Aufbau des Hauses in der romantischen Altstadt ist in erster Linie der damals großzügigen Spende des Bremer Autokauffahrers Waldemar Koch zu verdanken, der für diesen Zweck mehr als eine Million

DM zur Verfügung gestellt hat. Das Waldemar-Koch-Haus ist heute bundesweit das einzige Gebäude, das Journalisten selbst gehört. Mit Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen macht der Club gerne von sich reden. Zu seinen besonderen Aufgaben gehört die Förderung des journalistischen Nachwuchses. Der Club in der Schnoor zählt 265 persönliche und 34 korporative Mitglieder. Zum zehnjährigen Geburtstag in der Schnoor hat sich heute unter vielen anderen Gästen Bremens Finanzsenator Moritz Thape angemeldet.

### VERANSTALTUNG



Überreicht General Tschernjomochin bekam Rosa von Göttsche, Leiterin der Industriellengattin Anna Göttsche, Fotos: Kref.



Sowjetbotschafter Vladimir Semjonow, rechts und Ewald Moldt, Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR“.

# DELTA FLIEGT NONSTOP VON FRANKFURT NACH ATLANTA UND WEITER NACH 80 US-STÄDTEN.

Nehmen Sie Deltas Wide-Ride (TM) TriStar von Frankfurt nach Atlanta, und ohne die Fluggesellschaft zu wechseln, erreichen Sie Ihr Reiseziel an der Ost- oder Westküste. Delta fliegt nonstop von Frankfurt nach Atlanta.

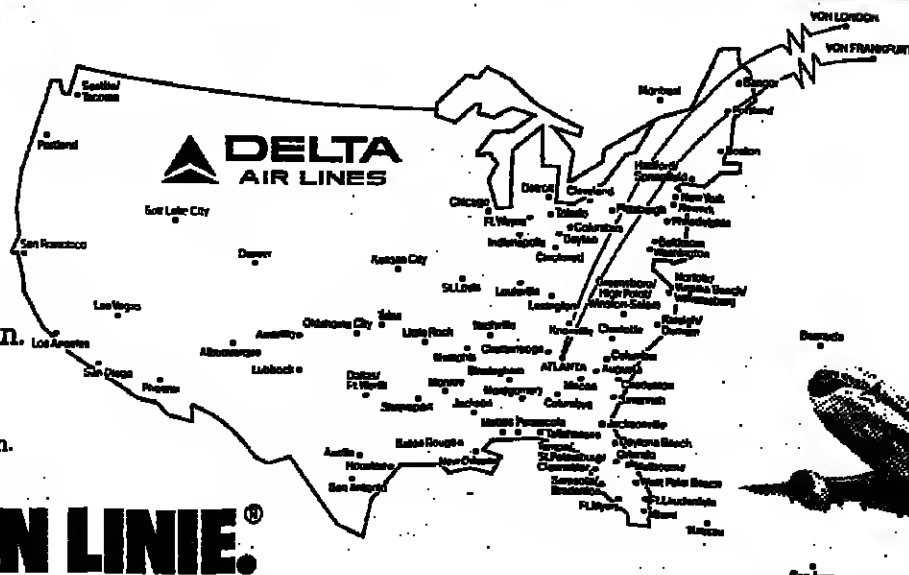
Nonstop fliegen Deltas Wide-Ride Lockheed L-1011 TriStars, die von Rolls-Royce-Motoren angetrieben werden, nach Atlanta. Genießen Sie die ausgezeichnete internationale Feinschmeckerküche und Unterhaltung an Bord.

Die Medallion-Business-Klasse ist Deltas spezielle Klasse für Geschäftsleute. Sie genießen Luxus zum Sparpreis.

Für Informationen und Buchungen wenden Sie sich an Ihr Reisebüro oder rufen Delta Air Lines in Frankfurt unter der Nummer 0611/233024, Telex 416233, an. Das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main.

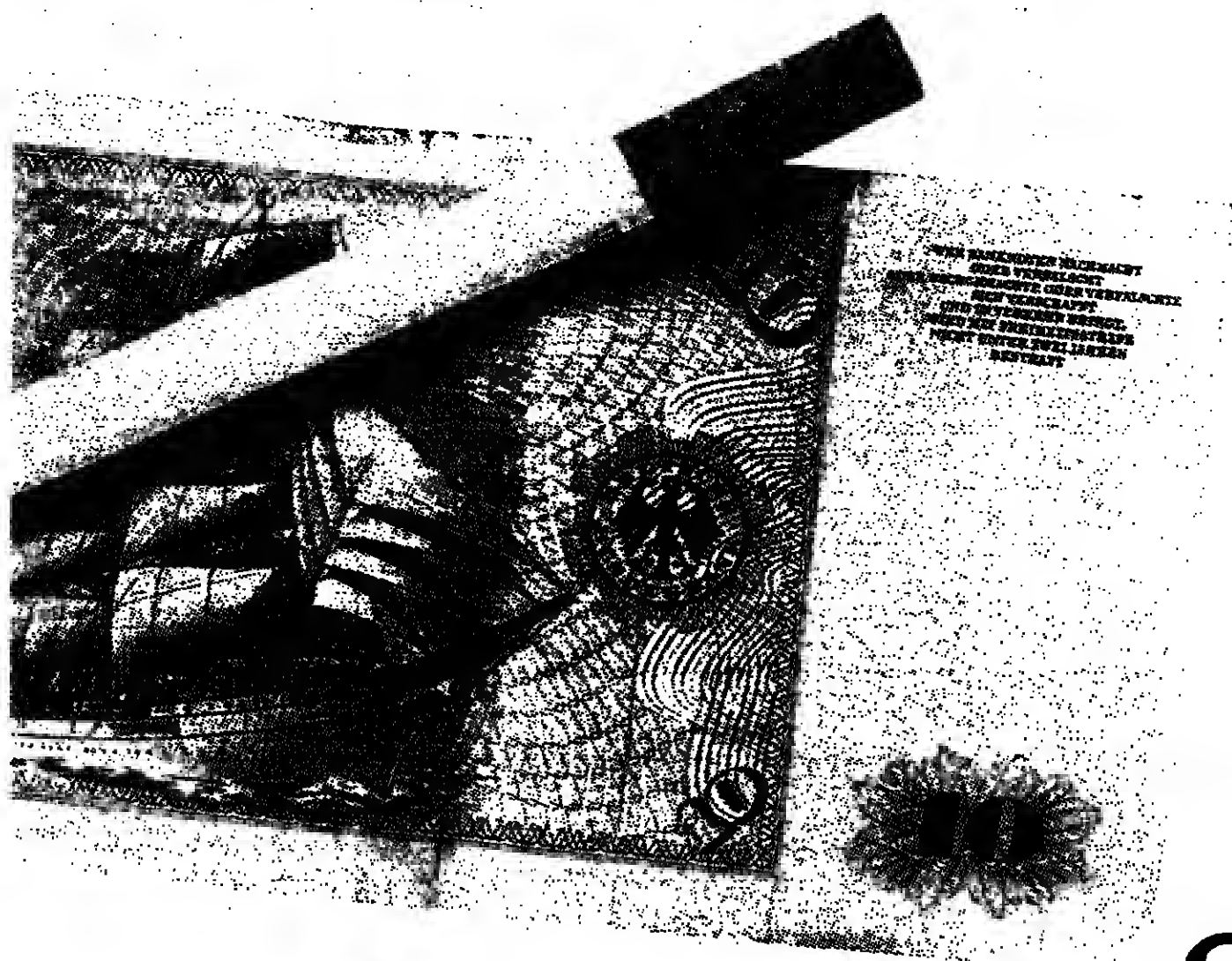
DELTA

Tarife und Flugpläne können ohne vorherige Ankündigung geändert werden.



DELTA. PROFIS AUF DER GANZEN LINIE.®





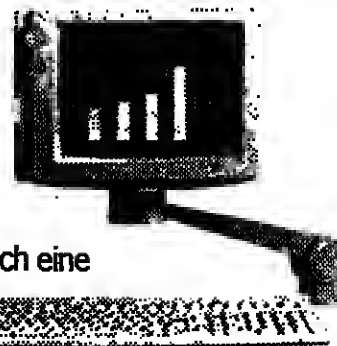
# Schließen Sie sich an, wo jeder Anschluß hat.

**Die AG und die KG. Der Handel und die Bank. Der Export und der Import. Gewerkschaft und Partei.**

Ganz gleich, welches Unternehmen Sie führen und wie groß es ist, Wang bietet Ihnen in der integrierten Bürokommunikation die besten Anschlußmöglichkeiten, mit seinem umfassenden Gesamtkonzept.

Alle Computer-Systeme von Wang sind aneinander anzuschließen. Und an nahezu alle Systeme, die nicht Wang heißen. In Text und Daten. Intern und extern. Sie arbeiten reibungslos miteinander. Eins paßt zum anderen. Alles ist nahtlos mit allem zu verbinden. Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Damit Ihre Mitarbeiter besser miteinander arbeiten können. Ganz gleich wo sie sitzen und welche Arbeit sie tun. Auch in Zukunft werden Sie jedes Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein.

In seiner Vielseitigkeit, seiner Perfektion und seiner Einfachheit ist Wang auch weiterhin unübertroffen. Das liegt daran, daß wir uns von Anfang an mit nichts anderem beschäftigt haben als mit integrierter Bürokommunikation. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen für alle Aufgaben die richtige Lösung bietet. Nutzen Sie das.



## WANG

**The Office Automation  
Computer People.**

WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71, TEL: 0611-66750. WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRUGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

## USA: Moskau forciert Aufbau von SS-20-Basen

Fortsetzung von Seite 1

tere Kurzstreckenraketen stationiert. Dies ist nach Burts Worten - wie auch der Ausbau der SS-20-Stellungen - durch nichts gerechtfertigt und stehe im "scharfen Gegensatz" zu den selbstauferlegten Kürzungen des Atomwaffenbestandes der NATO. Das Atlantische Bündnis hatte den Abzug von insgesamt 2400 Atomspengköpfen in zwei Schritten beschlossen. Davon sind mindestens 1000 bereits abgezogen worden.

Unter diesen Vorzeichen drängen die Amerikaner darauf, weiterhin zweigleisig vorzugehen, also neue Raketen in Westeuropa aufzubauen und zugleich das Gespräch mit der Sowjetunion zu suchen. Allerdings wächst in der NATO die Sorge, daß bei einem weiteren Ausbleiben neuer Verhandlungsrunden mit den Sowjets in einigen europäischen Hauptstädten die Unruhe wächst und damit zugleich die Versuchung, Druck auf die USA auszuüben mit dem Ziel, Moskau mit neuen Konzessionen an den Verhandlungsstisch zurückzuholen. NATO-Experten befürchten, weiterer europäischer Druck auf Washington müsse der Sowjetunion signalisieren, daß sie Erfolgswünschen haben werde in dem Ziel, die Abkoppelung Europas von den Vereinigten Staaten durchzusetzen.

aps, Genf

Die Sowjetunion hat sich bereit erklärt, die Vernichtung chemischer Waffen durch eine internationale Kontrollkommission an Ort und Stelle überwachen zu lassen. Das betonte gestern in Genf der sowjetische Delegationschef bei der Internationalen Abrüstungskommission, Viktor Issraelian. Seine Erklärung wurde von westlichen Konferenzteilnehmern als "erstes abrüstungspolitisches Signal" der neuen sowjetischen Führung gewertet. Israelian unterstrich die Bereitschaft seiner Regierung, die ständige Anwesenheit von Inspektoren an den für die Vernichtung verbottener Chemikalien vorgesehenen Anlagen zuzulassen. Sogenannte "Verdachtskontrollen" lehnte er jedoch ab. Dabei handelt es sich um Inspektionen, die auf Wunsch eines Landes oder mehrerer Länder vorgenommen werden sollen, wenn der Verdacht eines Verstoßes gegen die Bestimmungen der Konvention vorliegt.

## Kewenigs Thesen auf der Linie des Senats

Diepgen will auf „Kontakte mit der DDR“ eingehen

hrk, Berlin

Der Berliner Senat bestätigte gestern, daß sich die Äußerungen von Wissenschaftssenator Professor Wilhelm Kewenig über ein neues Verhältnis zwischen West-Berlin und der DDR (WELT vom 20. 2.) auf der Linie der Landesregierung bewegen. Der neue Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen will morgen in seiner Regierungserklärung ausführlich das Thema „Kontakte mit der DDR“ erörtern. Während Senatssprecher Winfried Fest Kewenigs Gedankengänge „sehr interessant“ fand, äußerte sich Justizsenator Hermann Oxfort eher distanziert. Gewisse Irritationen werden auch in Bonn nicht verhehlt.

„Text war bekannt“

Auf Anfrage erklärte Senatssprecher Fest: „Kewenigs Äußerungen liegen auf der Linie des Senats, der bei allen seinen Überlegungen und Kontakten mit großer Akribie auf die Rechtslage Berlins achtet. Das betrifft den Status, der nicht Selbstzweck ist, sondern die Freiheit sichert, und das betrifft die Einbindung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland, die die Lebensfähigkeit garantiert. In diesem Rahmen kann und sollte Berlin unverkrampt die Rolle des Vordenkens, Anregens und Beobachtens spielen - in der Linie, nicht vor der Linie.“

Kewenig selbst erläuterte gegenüber der WELT: „Der Text meines Vortrages war vorher sowohl dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker als auch seinem Nachfolger bekannt. Es gab von ihnen weder Kritik noch Hinweise, daß meine Äußerungen abseits der bisherigen oder künftigen Senatslinie liegen.“ Er, Kewenig, habe sich seit geraumer Zeit mit diesem Sachkomplex beschäftigt und im übrigen „sehr deutlich“ an die Tabus erinnert, an die bei einer solchen Politik des vorsichtigen Versuchs nicht gerührt werden dürfe.

„In der Tendenz“, meinte Kewenig, hätten seine Äußerungen („Wir haben darüber nicht etwa vorher im Senat diskutiert“) denselben Ansatz wie die der SPD in Deutschland- und berlinpolitischen Fragen. Kewenig

wies dabei auf „volles Einverständnis“ hin, das beispielsweise der damalige SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel im Sommer 1981 mit entsprechenden Passagen in Weizsäckers Regierungserklärung betont habe.

SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock begrüßte die „Gelehrigkeit“, die sein Gegenkandidat Diepgen nunmehr auf dem Feld der Politik gegenüber der „DDR“ an den Tag lege. Damit mache er sich abermals „einige SPD-Grundpositionen zu eigen“. Kewenigs Äußerungen seien mit „hohem Interesse“ zur Kenntnis genommen worden. Er teile dessen Auffassung über die Gefahr, „den Status Berlins zum Selbstzweck werden zu lassen“.

Auf Anfrage der WELT wies der FDP-Politiker Hermann Oxfort auf den wichtigen Umstand hin, daß Kewenig seinen Vortrag nicht als Senator, sondern als Staats- und Völkerrechtler gehalten habe. Im übrigen müsse er zum Inhalt zwei Anmerkungen machen:

Keine eigene Außenpolitik

„Es muß alles vermieden werden, was in der Welt den Anschein erweckt, der Senat betreibe eine eigene Außenpolitik. Berlin kann nur im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes handeln.“

„Die Beachtung rechtlicher Fragen spielt eine sehr viel größere Rolle, als in der deutschen Politik üblicherweise angenommen und gemeint wird. Es gibt niemanden, der rechtliche Fragen strenger behandelt als die Sowjetunion und mit ihr der gesamte Ostblock. Dies geschieht in dem Wissen, daß es bei Rechtsfragen gerade auch um Politik geht.“

Als Justizsenator prüft Oxfort gemeinsam mit seinem Kollegen Professor Rupert Scholz (Bundesangelegenheiten) sämtliche Senatsvorlagen und -papiere auch darauf, ob sie berlin- und deutschlandpolitisch korrekt sind. Oxfort gehörte seinerzeit zu den internen Kritikern einiger Begleitumstände der Fahrt von Weizäckers zu Erich Honecker nach Ost-Berlin.

## Syrien: Präsenz in Libanon sichern

Der Vier-Punkte-Plan aus Damaskus / „Marines“ auf Schiffe verlegt

DW, Beirut/Tel Aviv

Der bedrängte libanesische Präsident Amin Gemayel hat gestern noch nicht zu den jüngsten Forderungen Syriens zur Beilegung des Libanon-Konflikts Stellung genommen, die ihm vom saudiarabischen Vermittler Rafik Hariri überbracht worden waren. Damaskus hatte, nachdem es am Wochenende einen saudiarabischen Acht-Punkte-Plan zurückgewiesen hatte, Gemayel einen eigenen Vorschlag unterbreitet.

Nach Angaben aus libanesischen Regierungskreisen fordert Syrien in dem Vier-Punkte-Plan unter anderem die Aufkündigung des israelisch-libanesischen Abkommens vom Mai vergangenen Jahres, das den gleichzeitigen Rückzug der israelischen und syrischen Truppen aus Libanon forderte. Weiter verlangt Damaskus die Lösung der Frage des syrischen Truppenrückzugs vom Abzug der israelischen Armee aus Libanon, einen Beschluß der Arabischen Liga über die künftige syrische Präsenz in Libanon sowie die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit unter angemessener Berücksichtigung al-

ler im Lande vertretenen Konfessionen. Akzeptiert Gemayel den syrischen Vorschlag, so legitimiert er nach Ansicht von Beobachtern auf unabsehbare Zeit die militärische Präsenz syrischer Truppen in seinem Lande sowie eine weitgehende politische Einflußnahme von Damaskus.

Damaskus hat im Gegensatz zu den schiitischen und drusischen Kräften, die offenbar im Einklang mit Damaskus einen Rücktritt Gemayels verlangt hatten, keine derartige Forderung an Gemayel erhoben. Damit soll dem libanesischen Präsidenten offenbar die Gelegenheit gegeben werden, ohne offensichtlichen Gesichtspunkt die syrischen Vorschläge zu akzeptieren.

Der Chef der schiitischen Milizen, Nabih Berri, und der Führer der drusischen Verbände, Walid Dschumblatt, haben sich nach einem Bericht der Zeitung „Al Safir“ auf einen Sicherheitsplan für das muslimische West-Beirut geeinigt. Danach soll die Sicherheit dort von der libanesischen Gendarmerie und der 6. Brigade der libanesischen Armee gewährleistet werden.

Zum zweiten Mal in dieser Woche griffen israelische Kampfflugzeuge gestern Stellungen palästinensischer Freischärler in Zentrallibanon und in unmittelbarer Nähe der von syrischen Truppen besetzten Bekaa-Ebene an. Nach Angaben des israelischen Militärsprechers wurden dabei „zwei Kommandostellen der Terroristen“ in el Mansurije, am Rande vom Bann-doun, und im Dorf el Hadeidscha an der strategisch wichtigen Straße Beirut-Damaskus beschossen. Begründet wurden die Bombardierungen mit der Notwendigkeit, eine Reorganisation palästinensischer Freischärler in Libanon zu verhindern. Die israelischen Angriffe erfolgten einen Tag nachdem die israelische Armee in Süd-Libanon von Guerrillas angegriffen worden war.

Am selben Tag wurden die ersten Verbände des multinationalen Friedenstruppe in Beirut auf die vor der libanesischen Küste liegenden US-Kriegsschiffe verlegt. Nach Angaben des Sprechers der amerikanischen Truppen in Beirut, Brooks, soll die Verlegung innerhalb einer Woche abgeschlossen sein.

## Spione des Ostens bleiben „aggressiv“

BKA: Hauptoperationsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland

WERNER KAHL, Bonn

Die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Spionage von Nachrichtendienstleistungen kommunistischer Staaten hat 1983 nach Angaben des Bundeskriminalamtes unvermindert „aggressiv“ angehalten. Nach Feststellungen des Staatsschutzes zielt die geheimdienstliche Ausspähung in erster Linie auf die Bereiche der Politik (Ministerien, Verwaltung und Parteien), Bundeswehr und NATO, ferner auf Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie auf Polizei, Grenzschutz, Abwehrdienste und Fernmeldewesen.

Der vorläufige BKA-Jahresbericht für 1983 hebt Operationen sowjetischer und Ostberliner Geheimdienste hervor, die vor allem gegen hochsicherheitsempfindliche Bereiche gerichtet seien. Dort würden Agenten eingesetzt, um Technologien zu beschaffen, deren Besitz von weitreichender Bedeutung für wirtschaftliche und militärische Belange sei,

heißt es in der Analyse des Bundeskriminalamtes. So traten Mitarbeiter dieser Geheimdienste zur Beschaffung von Industriegütern und technischen Know-how „auch unter dem Deckmantel von Wirtschaftsunternehmen“ und ähnlichen Etiketten auf. Mit westlichen Partnern steuerten sie den illegalen Transfer von Waren, die Handelsbeschränkungen unterliegen. Solche Geheimdienstaktionen werden nach Angaben des BKA wegen der offenen Behandlung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten und Produktbeschreibungen in der Bundesrepublik Deutschland begünstigt.

Wesentliche Unterstützung erfährt die Ausspähung durch legale Verbindungen östlicher Institutionen - wie Handelsorganisationen und Hochschulen - sowie durch nachrichtendienstliche Aktivitäten über diplomatische und konsularische Vertretungen einschließlich Handelsmissionen, heißt es in dem Bericht der

BKA-Hauptabteilung Staatsschutz, dessen Zentrale sich im Bonner Vorort Meckenheim befindet.

Unter Ausnutzung persönlicher und sozialer Situationen ist der „DDR“-Staatssicherheitsdienst weiterhin intensiv um Spionagerwerb bemüht. Dazu gehören Nebenerwerbsberufstätige unter Tarnnamen; die Anbahnung von Kontakten bei Reisen in die „DDR“, auf Transitstrecken oder in osteuropäischen Ländern.

Die Auswertung 1983 erkannter Agententätigkeit läßt, wie das Bundeskriminalamt betonte, „auch für die Zukunft eine aggressive Strategie der Geheimdienste der Warschauer Paktstaaten mit dem Hauptoperationsgebiet Bundesrepublik Deutschland vorhersagen“. Die Polizei empfiehlt daher Bürgern, die in geheimdienstliche Machenschaften verstrickt sind, sich zu offenbaren. Sie erwiesen in einem solchen Fall nicht zuletzt sich selbst einen Dienst.

## „Reform nicht über höhere Steuern“

Fortsetzung von Seite 1

Verfügung; beim ledigen Durchschnittsverdiener sind es nur 37 Mark (1985 waren es dagegen noch rund 58). Bis 1986 werde die Grenzbelastung weiter steigen. Von einer Einkommenserhöhung um 100 Mark werden dem Verheirateten nur 50, dem Ledigen 33 Mark übrigbleiben.

Würde der Tarifvorschlag Gesetz, so ermäßigte sich der Grenzsteuersatz bei einem Jahreseinkommen von zum Beispiel 50 000 Mark für einen Ledigen von 47,8 auf 39,8 Prozent und damit um acht Prozentpunkte. Das bedeutet, daß ihm von zusätzlich verdienten 100 Mark nicht 47,80, sondern 39,80 Mark einbehalten würden.

Der Bund der Steuerzahler erhofft sich von der Steuerentlastung in dieser Größenordnung Impulse für das Wachstum und die Beschäftigung sowie eine Begrenzung der Schattenwirtschaft - mit Mehreinnahmen und Minderausgaben in den öffentlichen Haushalten. „Auf diese Weise finanziert sich der Tarifvorschlag bis zu einem gewissen Grade selbst“, heißt es. Dieser Selbstfinanzierungsbeitrag wird für 1986 auf knapp vier Milliarden Mark veranschlagt.

Die verbleibende Lücke von 15 Milliarden Mark sollte vor allem durch Ausgabenbeschränkungen bei Bund, Ländern und Gemeinden ausgeglichen werden. Der Bund der Steuerzahler macht konkrete Kürzungsvorschläge bei Subventionen (zum Beispiel Regional-, Wohnungsbau-, Agrar- und Spermförderung sowie Vermögensbildung), bei Personalausgaben und der Mischfinanzierung von Bund und Ländern in Höhe von etwa zehn Milliarden Mark. Der Restbetrag von etwa fünf Milliarden könne durch Abbau von Steuervergünstigungen und durch Privatisierung öffentlicher Wirtschaftsvermögen finanziert werden. Sobald sich die wirtschaftsbelebenden Effekte der Tarifreform voll durchgesetzt hätten, werde die Selbstfinanzierungsquote auch höher ausfallen. „Daher dürfte eine Privatisierung zur Restfinanzierung des Tarifvorschlags nur kurzfristig erforderlich sein“, heißt es.

Zum Thema Familienlastenausgleich plädieren die Experten für die Beibehaltung des Ehegattensplittings in Verbindung mit angemessenen Kinderfreibeträgen.



In der Nordsee liegt das größte Ölfeld Europas - wir erschließen es.

Mobil nimmt die dritte Förderplattform im Statford-Feld in Betrieb.

Mit einem Anteil von fast einem Drittel ist die Nordsee Deutschlands wichtigster Öllieferant geworden. Das Nordsee-Feld Statford, das größte Ölfeld Europas, wurde 1974 von Mobil entdeckt. Seitdem sind riesige Summen investiert worden, um dieses Feld zu erschließen. Wenn Statford C die Arbeit aufnimmt, fördern die größten Plattformen der Welt - unter der Betriebsführung von Mobil - Erdöl und bald auch Erdgas. Bis 1990 soll die Erdölförderung auf 80.000 t pro Tag gesteigert werden. Bereits seit 1980 bezieht die Mobil-Raffinerie in Wilhelmshaven Rohöl aus dem Statford-Feld. Jetzt ist eine Pipeline im Bau, durch die ab 1986 das Statford-Erdgas in Emden angeliefert wird.

Weitere Informationen erhalten Sie unter dem Stichwort „Statford“ von der Mobil Oil AG, Steinstr. 3, 2000 Hamburg 1.

**Mobil**  
macht Energie mobil



## „Schnelle Post“

Bel - Konkurrenz belebt das Geschäft. Diese goldene Regel der Marktwirtschaft bewahrt sich von neuem, wenn man die Information für Postkunden liest. Dort wird die Deutsche Bundespost dafür, daß nun „jeder“ am internationalen Express-Kurierdienst „Data-post“ teilnehmen kann. Die Privaten haben es vorgemacht, wie man ohne große Formalitäten Schriftstücke und Waren rasch und sicher zum Empfänger befördert. Nun will die Post nicht länger zurückstehen und preist ihren Versender-Service nach 27 Ländern an - und das sogar für jeden. Daß dieses extra angepreisene Werk, ist eine grobe Ungeschicklichkeit.

Ungeschicklichkeit scheint auch der Hinweis zu sein, daß die Verbindung ins Ausland „zuverlässig und schnell“ zustandekommen. Heißt das, daß jede andere Versendungsart langsam und schlammig ausgeführt wird? Und wenn die Deutsche Bundespost nicht eine rasche und sichere Beförderung zu den Selbstverständlichkeiten ihrer Dienstleistungen zählt, wer denn dann? Oder schaut hier die bestirnte Einteilung in Post erster und zweiter Klasse um die Ecke?

Schließlich heißt es noch: Einen Preisvergleich mit anderen Kurierdiensten brauche der Datapostdienst nicht zu scheuen. Das wäre ja noch schöner. Niemand hat

soviel eingespieltes Personal, soviel Beförderungskanäle, so lange, weite und alte Verbindungen um die ganze Welt wie die Post. Da sollte sie wohl in der Lage sein, schnell und zuverlässig auch eine Einzelsendung preiswert ins Ausland zu expedieren!

## Preisstabilität

J. Sch. (Paris) - Die Konjunkturbelebungen in den westlichen Industriestaaten (OECD) hat den Preisen bisher keinen neuen Auftrieb gegeben. Im Gegenteil: Die Inflationsrate ging weiter zurück. Nach 12,6 Prozent 1980, 10,5 Prozent 1981 und 7,8 Prozent 1982 erreichte die gewichtete Jahressteigerung im OECD-Durchschnitt 1983 mit 5,3 Prozent ihren niedrigsten Stand seit elf Jahren. Damit wurde sogar die erste im Dezember vom OECD-Sekretariat aufgestellte Schätzung von fünfprozentiger Preisstabilität unterschritten. Nunmehr hält das Sekretariat auch seine damals für 1984 gegebene Prognose von ebenfalls fünfprozentiger Preisstabilität für zu pessimistisch. Eine weitere Reduzierung der Preissteigerungen sei in diesem Jahr durchaus möglich. Allerdings müßten dazu jetzt vor allem die Mitgliedstaaten mit noch hohen Inflationsraten beitragen. Denn in den Ländern mit den niedrigsten Raten (Japan, Holland, Bundesrepublik, USA) scheint der Spielraum für weitere Fortschritte schon wegen des dort verstärkten Wirtschaftswachstums vorläufig erschöpft zu sein.

AUSSENWIRTSCHAFT / Aufwärtsentwicklung hat sich weiter fortgesetzt

## DIHT fordert Unterstützung durch Bonn gegenüber Schuldnerländern

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn  
Eine Anpassung des außenwirtschaftlichen Instrumentariums an die sich häufenden Risiken für die deutsche Exportwirtschaft fordert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) von der Bundesregierung in einer Untersuchung. Dabei gehe es vor allem um die Exportfinanzierung und um die Exportkreditversicherung. Allerdings weist der DIHT auch darauf hin, daß sich immer wieder Anzeichen bemerkbar machten, daß deutsche Unternehmen das Vertrauen in die eigene Kraft und ihren Pioniergeist bei der Erschließung der Weltmärkte verloren haben.

Der Außenwirtschaftsbeirat beim Bundeswirtschaftsministerium, der sich gestern unter anderem auch mit der Verschuldensproblematik beschäftigte, hat jedoch keine konkreten Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Der Beirat bekräftigte noch einmal die Einschätzung, daß sich die Aufwärtsentwicklung in der Weltwirtschaft, vor allem jedoch in den Industriestaaten, zu Beginn dieses Jahres weiter fortgesetzt habe. Daher habe sich die Nachfrage aus dem Ausland bei deutschen Firmen seit Jahresbeginn erheblich erhöht. Dramatische Darstellungen über die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seien unbegründet.

Nach Ansicht des Beirats könnte die internationale Verschuldensproblematik nur durch eine gemeinsame mittelfristige Strategie von Schuldner- und Gläubigern gelöst werden. Von den Schuldnerländern werde eine glaubwürdige Anpassungspolitik erwartet, um Verschuldung und Schuldendienstfähigkeit wieder in Einklang zu bringen. Dadurch könne das Vertrauen der internationalen Kapitalgeber und Investoren zurückgewonnen werden. Allerdings könnten die Entwicklungsländer ihren Beitrag nur leisten, wenn in den Industriestaaten es zu einem stabilen und inflationsfreien Wachstum kommt. Dadurch würde der Spielraum für Zinssenkungen größer und die Nachfrage nach Rohstoffen gestärkt. Wichtig sei aber auch eine weitere Öffnung der Märkte für Produkte aus den Industriestaaten. Eingewiesen wurde aber auch auf die besondere Rolle des internationalen Währungsfonds, der durch seine konditionale Kreditvergabe Einfluß auf die Wirtschaftspolitik in den Schuldnerländern nehmen könne. Der DIHT streicht heraus, das außenwirtschaftliche Instrumentarium der Bundesregierung habe bisher nur sehr begrenzt auf die verschlechterte Exportsituation und die sich tendenziell auch langfristig aufbauenden Risiken reagiert. Positiv wird herausgestrichen, daß sich der Bund um eine flexible Deckungspolitik bemühe. Immer mehr klagten jedoch vor allem mittelständische Unternehmen über bürokratische Reibungen bei der Schadensabwicklung und allge-

mein eine nicht immer unternehmergerechte Auslegung der Richtlinien.

Hier müsse Abhilfe geschaffen werden, um die Akzeptanz des Instrumentariums zu steigern. Die Einführung des Ausfuhr-Pauschalgewährleistungssystems habe jedenfalls einen solchen Effekt noch nicht gezeigt. Es sei auch durchaus noch ungewiß, welche Folgen die für den 1. April vorgesehene Erhöhung der Hermes-Entgelte haben wird. Es wäre jetzt auch an der Zeit, endlich die zum Teil schon lange ins Auge gefaßten Verbesserungen sowohl bei der Exportfinanzierung als auch bei der Exportkreditversicherung durchzusetzen.

Ein Sonderproblem stellten bei Umschuldungen die nicht bei Hermes gedeckten Forderungen dar. Hier bestünden grundsätzliche Schwierigkeiten bereits in der Sammlung und Aufbereitung der nötigen Daten, um diese Forderungen bei den Verhandlungen vertreten zu können. Der DIHT fordert eine stärkere politische Unterstützung der Bundesregierung gegenüber den Schuldnerländern.

Allerdings appelliert die Kammerorganisation auch an die Firmen, sie müßten in ihren außenwirtschaftlichen Strategien die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs wieder bewußt aufnehmen. Dabei hat der DIHT die Märkte der ostasiatischen Schwellenländer im Visier.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

## Spanien ist mit dem Angebot aus Brüssel nicht zufrieden

WILHELM HADLER, Brüssel

Frühestens 1990 werden die Landwirte der EG die spanische Konkurrenz stärker zu spüren bekommen, falls sich die Gemeinschaft bei den Beitrittsverhandlungen mit ihrem Agrarkonzept durchsetzt. Das 64seitige Dokument, das die EG gestern den Spaniern präsentierte, geht für die „sensiblen“ Obst- und Gemüseerzeugnisse von einer Übergangszeit von zehn Jahren aus. Vier Jahre davon sollen als „Anpassungsperiode“ betrachtet werden. Während dieser Zeit will die EG ihren Markt noch nicht öffnen.

Der spanische Außenminister Fernando Moran äußerte sich denn auch unzufrieden über die EG-Offerte. Die Vorstellungen der Gemeinschaft, sagte er, liefen auf eine Diskriminierung Spaniens hinaus. Er hoffe, daß es sich lediglich um eine Ausgangsposition handle. Auch unter den „Zehn“ herrschte zum Teil Unbehagen über den Kompromiß im Ministerium. Im gewerblichen Bereich fordert die EG von Beginn des Beitritts an Zölle.

Immerhin muß die Einigung auf eine gemeinsame Position als ein politischer Durchbruch bewertet werden, nachdem die Gemeinschaft über Jahre hin die Formulierung der Beitrittsbedingungen im Agrarsektor immer wieder hinausgezögert hatte. In der letzten internen Verhandlungsrunde war Frankreich weitgehend isoliert. So konnte es sich nicht mit seiner Forderung durchsetzen, schon

vom Beitritt an überschüssiges Obst und Gemüse auf Kosten des Brüsseler Agrarfonds aufzukaufen.

Die EG schlägt vor, daß Madrid bereits von 1986 (dem geplanten Beitrittsdatum) an Geld aus Brüssel erhält, um die notwendigen Anpassungen an die gemeinsame Agrarpolitik finanzieren zu können. Die bestehenden mengenmäßigen Beschränkungen und Importabgaben sollen für weniger empfindliche Waren (Getreide und Milchzeugnisse) innerhalb von sieben Jahren, sonst beginnend mit dem fünften Jahr abgebaut werden. Auch danach will die EG sich gegen spanische Exporte wehren.

Das EG-Papier enthält nach Darstellung von Diplomaten nach wie vor eine Reihe von „Formelkompromissen“, die die Verhandlungen noch belasten könnten. Trotzdem hat die Gemeinschaft Madrid die Bereitschaft wissen lassen, die Gespräche bis Ende September abzuschließen.

Unterdessen hat der israelische Premierminister Yitzhak Shamir in Brüssel die Besorgnisse seines Landes über die bevorstehende EG-Erweiterung zum Ausdruck gebracht. Er nahm unter anderem an einer Sitzung des im gemeinsamen Handelsabkommen vorgesehenen „Kooperationsrates“ teil und führte Einzelunterstützungen mit mehreren Außenministern. Israel, das rund 70 Prozent seiner Agrarausfuhr in die EG liefert, befürchtet eine starke Beeinträchtigung seiner Exportchancen durch den Beitritt Spaniens.

## Die „Leitenden“ melden sich

Von KAREN SÖHLER

Die scheinbar am Rande liegenden Probleme gehen oft im Wust der großen Turbulenzen unter. Dieser Gefahr will die Union der Leitenden Angestellten (ULA), der Spitzenverband der Führungskräfte der deutschen Wirtschaft, entgegen. Deshalb startet sie unter dem Motto „Sprecherausschüsse jetzt“ eine bundesweite Aktion, die mit zahlreichen Informationsveranstaltungen die Schwierigkeiten dieser Minderheit im Heer der Beschäftigten in das Bewußtsein der Bevölkerung und vor allem in das der Entscheidenden in Bonn rücken soll.

Im Kern geht es um zwei Punkte: Erstens fordern die leitenden Angestellten die gesetzliche Verankerung einer eigenen Interessenvertretung. Auf freiwilliger Basis hat der 1951 gegründete Verband dieses Problem schon gelöst durch die Sprecherausschüsse in rund 360 deutschen Unternehmen.

Diese selbst organisierten Gremien versuchen zu gewährleisten, daß die Führungskräfte ständig in den Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Denn, so meint die ULA, es seien schließlich die leitenden Angestellten, die wirtschaftliche Entscheidungen vorzubereiten, zu treffen und durchzusetzen hätten. Daher sei eine regelmäßige Absprache mit der Unternehmensleitung zwingend, ansonsten dürfe diese Gruppe der Beschäftigten aber nicht mittelbar den Mitspracherechten des Betriebsrates unterliegen. Daß diese Anforderungen erfüllt werden, hängt bei der jetzigen freiwilligen Regelung jedoch von dem Verständnis der jeweiligen Unternehmensführung ab. Dieser Willkür wollen sich die Leitenden nicht länger aussetzen.

In diesem Zusammenhang erscheint der ULA auch unlogisch, daß die leitenden Angestellten seit dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 zwar einen Pflichtvertreter in den Aufsichtsrat entsenden, damit also in der Mitbestimmung des Unternehmens verankert sind, aber die Mitbestimmung im Betrieb bleibt ihnen weiterhin verweigert.

Die zweite Kernforderung betrifft die genaue Definition eines leitenden Angestellten. Zur Zeit ist dieser Begriff nur sehr vage abgegrenzt durch den Paragraphen 5 Abs. 3 im Betriebsverfassungsgesetz. Danach gilt

als leitender Angestellter, wer mit Rat und Tat unternehmerische Aufgaben hat oder vorbereitet. Eine „sonstige“ Wichtigkeit für das Unternehmen ist nicht von Bedeutung. Durch diese arbeitgeberähnliche Stellung sind die Führungskräfte häufig der Ablehnung durch die Betriebsräte ausgesetzt. Denn daß die Betriebsräte und die Gewerkschaften kein fremdes Mitbestimmungsgremium sind, ist insofern verständlich, als daß sie ihre Alleinvertretungsmacht verlieren würden. Kein Wunder also, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärt, bei einer gesetzlichen Anerkennung der Sprecherausschüsse befürchte er einen Rückfall in Weimarer Verhältnisse. Dennoch würde gerade die gesetzliche Verankerung diese unliebsamen Diskussionen aus der Welt schaffen.

Doch wie es scheint, betrachten Arbeitsminister Norbert Blüm und seine Sozialausschüsse eher die kurzfristig auftretenden Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften, die mit Sicherheit verstärkt entstehen würden, gäbe die Regierung den Forderungen der ULA nach. Und vor diesen Aussichten schreckt Blüm offensichtlich zurück. Die ULA blickt auf diese Zurückhaltung mit Unverständnis. Denn sie erinnert sich gut an die ermutigenden Worte durch die CDU/CSU, als sie noch die Rolle der Opposition spielte. Zahlreiche CDU-Mitglieder wie Hans-Jörg Häfke, parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium, oder Wolfgang Vogt, parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium, hatten 1979 den von der ULA entworfenen Vorschlag für ein „Gesetz über Sprecherausschüsse und Abgrenzung der Leitenden Angestellten“ mit unterschrieben. Der Rollenwechsel hat die grundsätzliche Überzeugung zwar nicht weggeblasen, aber inzwischen heißt es im Hause Blüm: „Wir haben dringendere Probleme zu lösen.“ So weist Staatssekretär Vogt darauf hin, daß die Änderung an einer Stelle des Betriebsverfassungsgesetzes zahlreiche andere Änderungswünsche nach sich zöge. Dafür sei eben keine Zeit - zumindest, so klingt es, in diesem Jahr nicht. Das mag der Regierung für den Augenblick Ruhe an der Gewerkschaftsfront bringen. Schließlich ist solche Zurückhaltung indes nicht.

## AUF EIN WORT



Das Bausparen hat sich aus dem Zangengriff widriger Umstände gelöst und wieder Tritt gefaßt.

Walter Englert, Sprecher der Geschäftsführung der Bausparkasse Wismar, Ludwigslburg.

FOTO: WOLFF P. FRÄNKE

## Mehr Aufträge im Baugewerbe

AP, Bonn

Die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe der Bundesrepublik ist im November 1983 erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes berichtete, mit rund 1,3 Millionen waren in diesem Monat 1436 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Auch der Anstieg der Auftragslage habe sich weiter fortgesetzt. Im Wohnungsbau nahmen sie um 11,6 Prozent, im Tiefbau um 14,4 Prozent zu, was eine durchschnittliche Steigerung um 10,3 Prozent ergibt. Bei anhaltenden Kostensteigerungen klammerten die Preise im Wohnungsbau in diesem Zeitraum um 3,1 Prozent, bei gewerblichen Betriebsgebäuden um 3,3 Prozent und im Straßenbau nur um 0,7 Prozent. Die Zahl der Konkurse verringerte sich im vierten Quartal 1983 weiter auf 413. Das waren 16,5 Prozent weniger als vor Jahresfrist.

## ARBED-SAARSTAHL

### Lambsdorff: Auf dem Wege zu einer guten Lösung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Wir sind auf dem Wege, die akuten Liquiditätsprobleme bei Arbed Saarstahl einer guten Lösung zuzuführen. Dies erklärte gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, nachdem am Abend zuvor ein weiteres Spitzengespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer stattgefunden hatte, an dem diesmal auch die Minister Lambsdorff und Stoltenberg teilgenommen hatten. Ähnlich positiv wird das mehrstündige Gespräch, über dessen Einzelheiten Stillschweigen vereinbart wurde, auch von der saarländischen Regierung kommentiert. Dort hieß es, die Kuh dürfe noch in dieser Woche vom Eis sein.

In dem Gespräch beim Kanzler ging es um die Voraussetzungen für die Auszahlung einer zweiten Tran-

che aus den am 8. November von der Bundesregierung zugesagten 100 Millionen Mark Betriebsbeiträgen. Mitte dieses Monats hatte die Bundesregierung den Antrag des Unternehmens auf 45 Millionen Mark abgelehnt, nachdem um die Jahreswende bereits 40 Millionen gezahlt worden waren. Daraufhin war die saarländische Regierung mit einer Bürgschaft von 30 Millionen in die Bresche gesprungen, um die Zahlungsfähigkeit vorerst zu sichern.

Vom Unternehmen wird der Bedarf für diesen Monat noch auf 14,2 Millionen veranschlagt. Wie es heißt, sei ein Aufstocken der Beihilfen nicht im Gespräch, weil der Bund auch auf die Belange anderer Länder Rücksicht nehmen müsse. Am Freitag findet ein Spitzengespräch statt, an dem auch Vertreter der luxemburgischen Regierung teilnehmen.

## GRÖNLANDS EG-AUSTRITT

### Zehnjähriges Abkommen über Fischereifragen

WILHELM HADLER, Brüssel

Zwei Jahre, nachdem sich die Inselbevölkerung gegen die weitere Mitgliedschaft ausgesprochen hat, einigten sich die Außenminister der Gemeinschaft auf ein zehnjähriges Rahmenabkommen über Fischereifragen. Es regelt die künftigen Fangrechte der deutschen Hochseeflotte und schafft damit die Voraussetzung für den von der Regierung in Godthaab gewünschten Sonderstatus als (mit der EG assoziiertes) „Überschüssiges Gebiet“ (ÜLG).

Die Grönländer erhalten wie bisher freien Zugang für ihre Fischexporte in die Gemeinschaft. Außerdem können sie auf eine Finanzhilfe von jährlich mindestens 28,5 Mill. DM rechnen. Als Gegenleistung werden den Fischern der EG (vor allem der Bundesrepublik) Fanglizenzen für Kabeljau und

Rotbarsch eingeräumt, die etwa dem gegenwärtigen Anteil an den Gesamtfangen entsprechen.

Sollten sich die verfügbaren Bestände vergrößern, so steht den EG-Trawlern ein Anteil an diesem Zuwachs von mindestens 20 Prozent zur Verfügung.

Die Bundesregierung mußte in den Verhandlungen zurückstecken und sich der dänischen Devisen „Kein Geld - kein Fisch“ beugen. Für die Beteiligung am Zuwachs wird es jeweils neuer Verhandlungen bedürfnis und eine Aufstockung der Finanzhilfe für die Insel. Trotzdem stimmte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, von Geldern, dem Kompromiß ad referendum zu. Die endgültige Entscheidung will das Bundeskabinett erst heute treffen.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Millionen-Bußgelder gegen Isolierfirmen

Berlin (Wz) - Das Bundeskartell-

amt hat wegen verbotener Preis- und Quotenabsprachen gegen 16 Montagefirmen für Wärme- und Kälteschutzisolierungen sowie deren verantwortliche Mitarbeiter Geldbußen von 6,7 Mill. DM verhängt. Wie das Amt mitteilt, haben diese Unternehmen seit mehreren Jahren sämtliche Aufträge von Kunden nach festen Quoten aufgeteilt. Dabei haben die Unternehmen ihre Angebotspreise jeweils so festgesetzt, daß das für den Auftrag vorher bestimmte Unternehmen von den übrigen Kartellmitgliedern überboten wurde. Die Bußgeldbescheide sind rechtskräftig.

### Klageverzicht unwirksam

Kassel (tz) - In einem Sozialplan

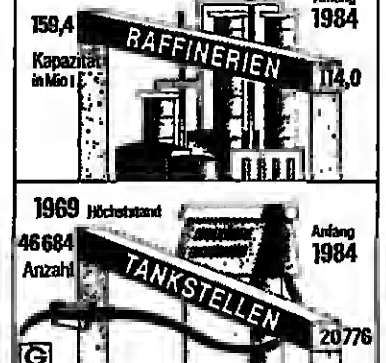
darf die Zahlung von Abfindungen an entlassene Arbeitnehmer nicht davon abhängig gemacht werden, daß diese gegen ihre Kündigung keine rechtlichen Schritte unternehmen. Eine solche Bestimmung ist nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) unwirksam. Wie es in dem jetzt veröffentlichten Urteil des Ersten BAG-Senats heißt, dient ein Sozialplan allein dem Schutz der betroffenen Arbeitnehmer. Er dürfe nicht als Instrument eingesetzt werden, dem Unternehmer die geplante Betriebsänderung zu erleichtern und ihm das Risiko von Rechtsfehlern abzunehmen. (AZ: AZR 442/82)

### Neuer „Weiser“

Bonn (DW) - Auf Vorschlag der Gewerkschaften wird das Wirtschaftsministerium Professor Dieter Mertens zum neuen Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ernennen. Mertens leitet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit. Mertens ist Hans-Jürgen Krupp ab, der seinen Rückzug nach nur zwei Jahren aus diesem Gremium mit seiner Doppelbelastung begründete. Krupp ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin. Mertens plädiert für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

### Öl baut ab

in der Bundesrepublik



Als Reaktion auf die gesunkene Nachfrage nach Ölprodukten hat die Mineralölwirtschaft die Raffineriekapazität seit 1978 von knapp 160 auf 114 Millionen Tonnen abgebaut. Bei den Tankstellen hatte die Schrumpfung schon früher eingesetzt. Seit 1969 ist ihre Zahl um mehr als die Hälfte zurückgegangen. QUELLE: GLOBUS

### Warnung an die USA

Brüssel (Ha) - Die Europäische Gemeinschaft hat Washington erneut an die beim Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg eingegangene Verpflichtung erinnert, sich protektionistischen Tendenzen zu widersetzen. In einer Erklärung, die gestern in Brüssel verabschiedet wurde, bezeichneten die zehn Außenminister den gegenwärtigen Stand der Handelsbeziehungen zu den USA als „alarmierend“. Die jüngsten handelspolitischen Schutzmaßnahmen Washingtons betrafen Exporte der Gemeinschaft von rund 4,7 Milliarden Dollar.

### Wochenausweis

	15.2.	7.2.	15.1.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,3	67,6	68,4
Kredite an Banken	7,8	7,8	7,9
Wertpapiere	74,3	79,7	85,0
Bargeldumlauf	100,9	102,1	110,3
Einkl. v. Banken	47,0	49,8	52,1
Einklagen v. öffentl. Haushalten	3,4	1,8	1,1

# Ob Sie 50, 500 oder 5.000 Mark ausgeben - die American Express Karte macht sich immer bezahlt.

Mit der American Express Karte können Sie bei über 30.000 Vertragspartnern in Deutschland so selbstverständlich wie mit Bargeld bezahlen. In guten Fachgeschäften, Restaurants, bei Dienstleistungsunternehmen. Ganz egal, wie groß oder wie klein Ihre Rechnung ist. Und Ihr Geld bleibt zinsbringend auf Ihrem Konto, denn zwischen Ausgabe und Abrechnung durch das Liegen oft mehrere Wochen. Je öfter Sie also die American Express Karte nutzen, desto mehr Zinsen können Sie sparen.

Wenn Sie wissen möchten, wie es sich auch für Sie bezahlt machen kann, nicht mit Geld zu bezahlen, rufen Sie einfach 06 11/72 00 16 an. Oder schreiben Sie an American Express International, Inc., Karten-Organisation, Postfach 11 01 01, 6000 Frankfurt 11.



Die American Express Karte. Bezahlen Sie mit Ihrem guten Namen.



## INVESTMENT / Fonds sind optimistisch gestimmt

## Erfolge mit Spezialitäten

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die deutschen Investment-Fonds sind auch für das Jahr 1984 insgesamt optimistisch gestimmt. „Die sich verstärkende wirtschaftliche Erholung verbunden mit steigenden Unternehmenserträgen sollte sich weiterhin positiv auf die Aktienkurse auswirken und zu entsprechenden Höherbewertungen führen“, meinte Ernst Bracker, Vorstandssprecher des Bundesverbandes Deutscher Investment-Gesellschaften (BDI) in Frankfurt.

Für das deutsche Zinsniveau erwartet er eine tendenzielle Abschwächung, „wobei das Ausmaß nicht überschätzt werden sollte“. Auch der nach wie vor überbewertete Dollar könne noch schwächer werden, sei aber wegen der starken politischen Einflüsse nur „bedingt prognostisch“.

In den vergangenen fünf Jahren ist nach Einschätzung des BDI der Stellenwert der Investment-Branche deutlich gestiegen. Bracker belegt das mit Zahlen: Von Ende 1978 bis Ende 1983 stieg das Vermögen der Publikumsfonds um 14 Prozent auf 39,8 (34,8) Mrd. DM. Daran waren die offenen Immobilienfonds mit einer besonders ausgeprägten Steigerung um 74 Prozent auf 6,7 (3,9) Mrd. DM beteiligt, während die Aktien- und Rentenfonds zusammen nur auf ein Plus von knapp 7 Prozent auf 33,1 (30)

Mrd. DM kamen, und das mit einer deutlichen Verschlebung hin zu den Renten.

Wirklich bemerkenswerten Auftrieb hatten aber die Spezialfonds, die exklusiv für institutionelle Großanleger (zum Beispiel Versicherungen) eingerichtet werden, die „ihr Vermögen nicht selbst verwalten wollen oder können“. Diesen Fonds sind seit 1977 Jahr für Jahr Milliardenbeträge zugeflossen, allein 1983 waren es 3,7 Milliarden. Und ihr Fondsvermögen hat sich seit 1978 auf 27,9 (10,8) Mrd. DM mehr als verdreifacht.

Auch den Vergleich mit anderen Investment-Nationen wagt Bracker, leider ohne Bezug auf die zugrundeliegenden Bevölkerungszahlen. So erreichten die US-Fonds 1983 insgesamt einen Vermögensbestand von 310 Mrd. DM (ohne 260 Mrd. DM Geldmarktfonds) nach Mittelzuflüssen von 70 Mrd. DM. Die Japaner kamen mit neuen Mitteln von 8,5 Mrd. DM auf 92 Mrd. DM Vermögen, und die Franzosen nach - dank staatlicher Förderung enorm hohen - Zuflüssen von 12 Mrd. DM (Schätzwert) auf einen Bestand von 60,5 Mrd.

Die bundesdeutschen Fonds schließlich erreichten mit Zuflüssen von 7,5 Mrd. DM ein Volumen von 67,7 Mrd. DM. Neuen Schwung verspricht sich die Branche auch von dem im Januar abgesetzten neuen Vermögensbildungsgesetz.

## KONKURSE

**Konkurse eröffnet:** Bad Homburg: Möbius & Co. GmbH, Oberursel/Ts. Brühl: Gänsehof Gaststättenbetriebs GmbH, Hürtel-Siedelort, Burgwedel: BCI Bau-Chemie Handels GmbH, Isernhagen: Degendorf: BW Leitungs- u. CO. KG, Plating-Pankofen: Othorn: Hans Schäfer GmbH, Wittingen: I. Göppinger: Friedrich Wenzel, Inh. e. Baugeschäfts, Birenbach: Heilbronn: Nachl. d. Arthur Böke, Gippers: Herford: Günter Coring & Co. KG, Möbelwerkstätten; In-vorm-bau GmbH & Co., Bad Oeynhausen; Karlsruhe: HVB Hotel Verwaltungs- u. Betriebsges. mbH; Schloß Augustenburg GmbH, Hotel, Restaurant u. Wohnstift; Kassel: Schreiner Engel, Schmidt & Bredt Meisterbetrieb GmbH, Holzhäuser: Heizungs-, Schweiß- u. Klimatechnik GmbH, Kempten: Nachl. d. Alfred Eichenlohr, Lindau: Leer: Hilrich Düsel, Inh. Elektromeister Hermann Mäcken, Leer-Löge: planbau-Wohnbau-GmbH; Mannheim: ZIBA-Ges. f. Hausbau mbH, Hockenheim: Neunkirchen: Montages. f. Industrieanlagen Kambüßler GmbH; Sigmaringen: u. Holzverarbeitung Kambüßler GmbH; Kranzvermittlung u. Kranmontage Kambüßler GmbH; Stahl-,

Maschinen- u. Apparatebau Kambüßler GmbH; Neustadt: RÖWU Erd- u. Landschaftsbau GmbH, Wunstorf: I. Neu-Ulm: Baunternehmung Spreiter GmbH & Co. KG; Newstedt: Hermann Krauscheid Hoch- u. Tiefbau; Oldenburg: Egon Gries; Stuttgart: Nachl. d. Peter Klaus Matzel, Murrhardt: St. Wendel Inge Simon, Inh. d. Getränke Simon; Weiburg: Karl Hunnenröder, Merenberg-Allendorf; Wiesbaden: Deutsches Kameradenwerk (DKW), Sozialwerk d. Deutschen Soldatenbundes Kythäuser e. V. (DSBK) u. d. Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen u. Vermisstenangehörigen Deutschlands e. V. (VdH); Wittlich: Thielen - Bau GmbH, Damm/Elfel.

**Anschluss-Konkurse eröffnet:** Albstadt: I. Lothar Rockenlehner; Bonn: Deutsches Luftfrachtkontor GmbH & Co. KG; Seligenstadt: Radix-Bau Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH; Stuttgart: Platz & Haus GmbH, Nürtingen: Vergleich eröffnet: Kassel: Otto Haack, Holzbau, Sägewerk.

**Vergleich beendet:** Düsseldorf: Raphael Wolfgang Berndt; Hechingen: Karl-Heinz Braun, Schreinermeister u. Möbelaufbau; Lahr: Gerätewerk Lahr GmbH.

## NIEDERLANDE / Handel mit Bundesrepublik profitiert von Konjunkturerholung

## Wichtigster deutscher Lieferant

HENNER LAVALL, Bonn

Deutlich günstiger als zunächst erwartet hat sich der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden im Jahr 1983 entwickelt. Bei Vorlage der jüngsten Zahlen konnte der Präsident der Deutsch-Niederländischen Handelskammer, W. von Iseman, gestern in Den Haag mit Genugtuung feststellen, daß der Warenverkehr beider Länder vom konjunkturellen Aufwind profitiert habe.

So gelang es der niederländischen Wirtschaft, den Exportwert um insgesamt fünf Prozent auf 48,2 Mrd. DM zu steigern. Vom Volumen her haben die Ausfuhr in die Bundesrepublik sogar um sechs bis sieben Prozent zugenommen. Der Anteil der Niederlande am deutschen Einfuhrmarkt erhöhte sich erneut leicht auf 12,3 Prozent, womit das Land unser wichtigster Lieferant bleibt.

Nach wie vor bedeutender Pfeiler war nach Iseman's Ausführungen der Bereich landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Genussmittel, auf den 22 Prozent der

Ausfuhr entfielen. Insgesamt lieferten die Niederlande hier Waren für 10,5 Mrd. DM nach Deutschland, vor allem Molkereiprodukte, Blumen und Pflanzen.

Erhebliche Steigerungsraten gab es im vergangenen Jahr bei den Lieferungen von Mineralölprodukten (plus 14 Prozent in der Menge), die mit einem Wert von über zehn Mrd. DM inzwischen etwas mehr als ein Fünftel der Exporte in die Bundesrepublik ausmachen. Die Erdgaslieferungen erhöht sich in der Menge um knapp vier Prozent auf rund sechs Mrd. DM. Als weiteren Wachstums-träger nannte Iseman ferner chemische Erzeugnisse, die mit sieben Mrd. DM gleichfalls von beachtlichem Gewicht seien.

Die Warenexporte der deutschen Wirtschaft in die Niederlande stiegen nach den Feststellungen der Deutsch-Niederländischen Handelskammer ebenfalls um knapp fünf Prozent auf 38 Mrd. DM. Im Volumen gab es 1983 einen Zuwachs von vier bis fünf Prozent. Auf Holland entfielen jetzt rund neun Prozent der deut-

schen Wareneinfuhren nach 8,5 Prozent im Jahr zuvor.

Tragende Säule der deutschen Exporte sind mit einem Anteil von 75 Prozent industrielle Fertigerzeugnisse, darunter vor allem chemische Produkte und Maschinenbauerzeugnisse. Beschäftigt fallen nach Iseman's Worten aber auch die Absatzfolge der deutschen Ernährungswirtschaft auf den niederländischen Markt aus. Im letzten Jahr erreichte der Lieferwert drei Mrd. DM, im Volumen betrug die Steigerung zehn Prozent. Die größten Zuwächse wurden dabei mit Molkereiprodukten, Getreide, Kaffee und Schokoladenerzeugnissen erzielt.

Zur künftigen Entwicklung der Warenströme beider Länder zeigte sich Iseman, der auch Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Shell ist, recht zuversichtlich. Eine internationale Arbeitsteilung kann nach seiner Ansicht aber nur dann erfolgreich vorwärtsschreiten, wenn einige künstliche Barrieren zwischen den beiden Nachbarländern noch abgebaut werden.

## UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## Ektat-Stahl in Konkurs

**Rietigheim (VWD)** - Über das Vermögen der Ektat-Stahl Service-Center GmbH, Rietigheim-Bismingen, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Einen entsprechenden Antrag hatte das Unternehmen, eine Tochtergesellschaft der ebenfalls in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Ektat Riedinger Verwaltungs-AG (ERAG), Augsburg, am Freitag beim Amtsgericht Heilbronn gestellt, nachdem Wechsel nicht mehr eingelöst werden konnten.

## Dividende bei DBS?

**Darmstadt (VWD)** - Die gut 30 000 Kleinaktionäre der DBS Deutsche Bausparkasse AG, Darmstadt, können für 1983 auf eine Dividende hoffen. Dies war den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Dr. Gerhard Hoensch in einem Pressegespräch zu entnehmen. Einen Jahresüberschuss in Vorjahreshöhe hält er durchaus für realistisch. Der 1982er Jahresüberschuss/Bilanzgewinn von 1,0 Mrd. DM war voll in die Rücklagen eingestellt worden. Am 9.7. Mrd. DM betragenden Grundkapital halten der Deutsche Lloyd knapp 60 und die Allbank (Allgemeine Privatkundenzbank AG, Hannover) 25,1 Prozent. Die Bilanz-

sitzung des Aufsichtsrats soll am 28. April statt stattfinden.

## Scharlachberg unverändert

**Bingen (dpa/VWD)** - Die Weinbrenner Scharlachberg, Sturm & Co., Bingen, gibt sich für 1984 nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters und Geschäftsführers Hans Schmitt zuversichtlich. 1983 setzte die Gruppe nahezu unverändert 185 Mill. DM (einschließlich Brannwein, aber ohne Mehrwertsteuer) um, lag damit allerdings noch um 15 Mill. DM unter dem 1981er Wert. Parallel dazu gab es einen Mengenzuwachs um 6,3 Prozent nach 3,5 Prozent Rückgang 1982.

## Mönninghoff am Ende

**Hattigen (dpa/VWD)** - Über das Vermögen der Hattinger Metallwarenfabrik Mönninghoff GmbH ist gestern vom Amtsgericht Essen das Anschlusskonkursverfahren eröffnet worden. Für einen Vergleich, der am 25. Januar beantragt worden war, bestand nach Angaben des zuständigen Richters „absolut keine Möglichkeit“. Ende März soll die erste Gläubigerversammlung einberufen werden. Neben mehreren Firmen und Banken sind die Westdeutsche Landesbank

und die Bank für Gemeinwirtschaft größte Gläubiger. Der Vergleichsverwalter hat nach eigenen Angaben die Belegschaft bei einer Betriebsversammlung von der Arbeit freigestellt. Die Beschäftigten wollen nach seinen Worten den Betrieb jedoch weiter betreiben. Ausstehende Löhne und Gehälter seit Ende Dezember haben die Mitarbeiter kein Geld mehr erhalten - sollen vom Arbeitsamt im Rahmen des Konkursausfallgeldes übernommen werden. Das Unternehmen beschäftigte zuletzt 800 Mitarbeiter.

## Zuwachs bei Brinkmann

**Herford (hdt)** - Die im Bereich Herrenoberbekleidung tätige Brinkmann-Gruppe, Herford, konnte ihren Umsatz 1983 um 6 Prozent auf 218 (206,4) Mill. DM erhöhen, real ein Plus von 4 Prozent. Der Exportanteil bewegte sich bei 30 Prozent. Die Gruppe, zu der neben dem Stammwerk in Herford u. a. auch die Odemark-Bekleidungswerke, Goslar, sowie je ein Betrieb in Italien und Griechenland gehören, beschäftigt insgesamt etwa 2000 Mitarbeiter. Rund die Hälfte des Gruppenumsatzes wird mit Herrenmänteln getätigt, ein Viertel entfällt auf Anzüge, Sakkos und Hos-

## OECD / Überangebot an Agrarerzeugnissen

## Für Produktionskontrolle

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die wichtigste Aufgabe für die Landwirtschaftspolitik der westlichen Industriestaaten besteht in der Kontrolle der Produktion, meint der Agrarausschuß der OECD. Denn andernfalls könnten die Agrarmärkte nicht im Gleichgewicht gehalten werden. Sowohl in der OECD-Zone selbst als auch auf den solventen Drittmarkten werde die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur in sehr begrenztem Umfang wachsen.

Die Wiederbelebung der Weltkonjunktur wird nämlich auf Jahre hinaus den Lebensmittelverbrauch kaum befähigen, heißt es in dem OECD-Bericht. Andererseits führt der technologische Fortschritt in der Landwirtschaft zu einer immer größeren Produktion. Demzufolge müsse das Überangebot an Agrarerzeugnissen weiter zunehmen, wenn die Erzeugung in den Mitgliedsstaaten nicht begrenzt wird.

Eine Kontrolle und Drosselung der Agrarerzeugung ist dem Bericht zu-

folge allerdings nur langfristig durchsetzbar. Deshalb empfiehlt der Ausschuß zusätzlich kurzfristige Maßnahmen, die durch multilaterale Absprachen ergänzt werden sollen, um die Spannungen auf den Weltmärkten zu vermindern und so einen Zusammenbruch der Weltmarktpreise zu verhindern. Diese Maßnahmen müßten sofort ergriffen werden.

Außerdem hielt der Ausschuß eine verstärkte internationale Zusammenarbeit für erforderlich, bei der die verschiedenen Formen von Exporthilfen einschließlich besonders günstiger Kredite geprüft und eine angemessene Lagerpolitik unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit diskutiert werden sollte.

Das Gleichgewicht der Agrarmärkte herzustellen oder zu erhalten ist nach Auffassung des Ausschusses von großer politischer Bedeutung. Denn davon hängt die künftige Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen wie überhaupt der Agrarstruktur in der OECD-Zone entscheidend ab.

## STAHLSTREIT / USA fordern Gatt-Sondersitzung

## EG-Vergeltung befürchtet

rtr/AFP, Genf

Die USA haben eine Sondersitzung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt gefordert, um doch noch in letzter Minute die Gegenmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) im transatlantischen Stahlstreit abzuwenden. Ein Gatt-Sprecher erklärte, dies sei das erste Mal, daß das Gatt nach Artikel 19 des Abkommens aufgefordert wurde, eine Vergeltungsmaßnahme „zu mißbilligen“. In Handelskreisen hieß es allerdings, es sei unwahrscheinlich, daß eine solche Mißbilligung ausgesprochen werde.

Die Sondersitzung des Gatt-Rates sei für den 22. Februar anberaumt worden, sagte der Gatt-Sprecher weiter. Das Gatt will dann über einen Antrag der USA entscheiden, die von den USA als „übertrieben“ bezeichneten Gegenmaßnahmen der EG für US-Importrestriktionen bei Spezialstahl zu verurteilen.

Die EG-Einfuhrbeschränkungen, die Sportartikel, Kunststoff- und Chemieprodukte aus den USA betreffen, sollen am 1. März in Kraft treten. Die EG-Kommission hatte am 7. Februar einen US-Antrag abgelehnt, die Einführung der Beschränkungen um

zwei Wochen zu verschieben. EG-Sprecher bezeichneten die Maßnahmen der EG als „angemessen“.

Unabhängig von dem Streit EG-USA sprach sich der Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt, Arthur Dunkel, in London vor der „European Atlantic Group“ für eine neue Runde multilateraler Handelsverhandlungen aus. Er bezeichnete dies als das einzige Mittel, aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen.

Dunkel erinnerte daran, daß Japan bereits vor einigen Monaten neue Gatt-Verhandlungen forderte und seitdem von den Vereinigten Staaten und Australien darin unterstützt wird. Er wies auf die protektionistischen Maßnahmen hin, die von zahlreichen Ländern ergriffen wurden und erklärte, diese Beschlüsse müßten rückgängig gemacht werden. Die 1983 auf dem westlichen Wirtschaftsgipfel in Williamsburg geäußerte Erwartung, daß die wirtschaftliche Erholung das Verschwinden zahlreicher protektionistischer Maßnahmen zur Folge haben werde, erfüllte sich bisher nicht, erklärte der Generaldirektor des Gatt.

# Cathay Pacific Airways,

## Airline des Jahres '83

### nach Fernost\*, eröffnet am

# 4. April das fliegende

# Restaurant nach Hong Kong.

CX 280	FRANKFURT	ABU DHABI	ABU DHABI	HONG KONG
MI., FR., SO.	13.45	21.50	22.45	10.00*
CX 281	HONG KONG	ABU DHABI	ABU DHABI	FRANKFURT
DI., DO., SA.	22.30	2.10	3.05	7.30*

\*Ankunft am nächsten Tag



ABU DHABI, AUCLAND, BAIRAIN, BANGKOK, BOMBAY, BRISBANE, DUBAI, FRANKFURT, FUKUOKA, HONG KONG, JAKARTA, KOTA KINABALU, KUALA LUMPUR, LONDON, MANILA, MELBOURNE, OSAKA, PENANG, PERTH, PORT MORESBY, SEOUL, SHANGHAI, SINGAPORE, SYDNEY, TAIPEI, TOKYO, VANCOUVER.

Cathay Pacific und Lufthansa sind Partner auf der Strecke Frankfurt-Hong Kong. Beide Flugpläne zusammen bieten Ihnen 8 Flüge in der Woche.

\*Alljährlich fragt die englische Zeitschrift „Executive Travel - the magazine for the frequent business traveller“ ihre Leser nach der Airline des Jahres. Sie wählten Cathay Pacific Airways 1983 (wie auch schon 1982) zur Airline des Jahres nach Fernost. Unter anderem wegen eines „genuine desire to satisfy the customer and the high standard of cuisine“. Darüber hinaus wurde uns eine besondere Ehre zuteil: La confrérie de la Chaine des Rôtisseurs - eine der ältesten und wichtigsten Gastronomievereinigungen der Welt - beschloß, Cathay Pacific wegen des hohen Niveaus der Küche zum Mitglied zu ernennen. Wenn Sie Einzelheiten über unsere Flüge von Frankfurt über Abu Dhabi nach Hong Kong und das Anschlußnetz innerhalb Fernost wissen wollen, fragen Sie Ihr Reisebüro oder rufen Sie uns an: 06 11 - 72 09 00. Anschrift: Cathay Pacific Airways Ltd., Feuerbachstraße 26, 6000 Frankfurt 1.

CATHAY PACIFIC. IM GEISTE MARCO POLOS.

Vor 700 Jahren war Marco Polo der erste Geschäftsreisende zwischen West und Ost. Er vereinigte westliche Effizienz mit fernöstlicher Lebenskunst. Heute gibt es diese glückliche Verbindung wieder. Als Fluglinie.

# CATHAY PACIFIC

The Swire Group



## WILKENS

## Aufwärtstrend hielt an

Ww. Bremen

Bei Wilkens Bremer Silberwaren AG stieg der Umsatz 1983 um 6,5 Prozent auf 83,2 Mill. DM. Der Konzernumsatz betrug 101 Mill. DM (plus 5,3 Prozent). Die Umsatzentwicklung bei der Tochtergesellschaft M. H. Wilkens & Söhne GmbH lag mit einem Plus von 3,3 Prozent (knapp 42 Mill. DM) unter der Muttergesellschaft. Traditionell und vom Anspruch her liegt bei dieser Gesellschaft ein besonderer Schwerpunkt beim Silber, entsprechend führte der hohe Silberkurs in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres zu nicht unerheblichen Umsatzeinbußen bei echt silbernen Erzeugnissen. Bei der zweiten Tochtergesellschaft BSF Bremer Silberwaren GmbH stiegen die Gesamterlöse „erfreulich“ um knapp acht Prozent auf 33,5 Mill. DM. Noch stärker fiel die Umsatzerweiterung bei der wichtigsten Produktgruppe der BSF aus – beim qualitativ hochwertigen Edelmetallbesteck. Der Aufwärtstrend der letzten Jahre hielt damit unverändert an.

## Schwachtes Geschäft für Mietwaggons

Py. Düsseldorf

Die über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der EVA GmbH (Gruppe Bruxelles Lambert S.A.) verbundene Eisenbahn-Verkehrsmittel-AG für Transport und Lagerung (EVA AG), Düsseldorf, beklagt auch im Geschäftsjahr 1982/83 (30.9.) die mangelnde Nachfrage der chemischen Industrie nach Mietwaggons. Auch von der Mineralölindustrie seien seit Jahren keine Impulse für Investitionen in den Wagenpark gekommen. Der Geschäftsbericht weist nur Investitionen von 18,7 (19,9) Mill. DM aus, die Abschreibungen lagen im gleichen Zeitraum bei 32,5 (31,6) Mill. DM. Dem gezahlten Pachtzins der EVA GmbH entsprechen die Umsätze der AG von 39,3 (39,9) Mill. DM. Dazu kommen 1,5 (1,5) Mill. DM an Beteiligungserträgen sowie 2,1 (1,1) Mill. DM an Erträgen aus Anlageabgängen und aus der Auflösung von Rückstellungen. An die EVA GmbH werden 3,1 (1,3) Mill. DM Gewinn abgeführt.

## RAIFFEISENBANKEN BAYERN

## Wachstum über Durchschnitt

DANKWARD SEITZ, München  
Ein überdurchschnittliches Wachstum nicht nur innerhalb des bayerischen, sondern auch des deutschen Kreditgewerbes erzielten 1983 die bayerischen Raiffeisenbanken. Als Gründe für das gute Abschneiden nannte Helmut Horlacher, Vorstandsvorsitzender des Bayerischen Raiffeisenverbandes, die Konjunkturbelebungen im zweiten Halbjahr 1983, die hohe Bankstabilität sowie ein wachsendes Interesse an gewerkschaftlichen Leistungen. Besonders positiv habe sich das zinsgünstige Sonderkreditprogramm der genossenschaftlichen Bankengruppe zur Finanzierung von Investitionen in mittelständischen Betrieben ausgewirkt, das von der DG-Bank, Frankfurt, angeboten wurde. Von den insgesamt fünf Mrd. DM seien allein in Bayern 1,2 Mrd. DM vermittelt worden.

## AIRBUS / Bonn will Entwicklung des A 320 fördern

## „Wende am Flugzeugmarkt“

dpa/vwd, Bonn, J. Sch, Paris  
Das Bundeskabinett wird heute grünes Licht für die Förderung der neuen Kurzstreckenversion des Airbus geben. Das verläutete aus Regierungskreisen in Bonn. Danach wird die Ministerkonferenz für den rund 150-sitzigen A 320 insgesamt über 1,5 Milliarden Mark an bedingt rückzahlbaren Zuschüssen für die Entwicklung des Flugzeugs bis 1990 billigen. Sehr zurechtweisend beurteilt das europäische Flugzeugbaukonsortium Airbus Industrie die Entwicklung des zivilen Flugzeugmarktes. Bereits in den nächsten Monaten könnte nach dreijähriger Rezession die Erholung beginnen, heißt es in einer Pressemitteilung der Gesellschaft. Das würde ab 1985 zu einer Zunahme der Auslieferungen auch von Airbus-Flugzeugen führen. Ihren Optimismus stützt die Gesellschaft auf die Tatsache, daß sich weltweit, vor allem in den USA, ein wirtschaftlicher Aufschwung angebahnt hat. Und die Nachfrage nach neuen Flugzeugen sei bisher immer

Schnitt einen Zuwachs von 7,3 Prozent verzeichnen. Günstige Konditionen sowie zunehmende Investitionsneigung ließen die Kreditnachfrage steigen. Das gesamte Kreditvolumen erhöhte sich um 12,4 (10,1) Prozent auf 34,2 Mrd. DM. Dabei nahmen die langfristigen Forderungen um 15,8 (10,1) Prozent auf 21,3 Mrd. DM zu, während die kurz- und mittelfristigen Ausleihungen nur um 7,3 (9,4) Prozent auf 12,9 Mrd. DM stiegen. Auf der Einlagenseite, die einen Zugang von 9,3 (11,9) Prozent auf 45,6 Mrd. DM verzeichnete, kam es zu einer deutlichen Verschiebung der Anlagepräferenzen. Favorisiert wurden die Spareinlagen, die ein Plus von 10,2 (7,1) Prozent auf 25,6 Mrd. DM ausweisen. Die Termineinlagen erhöht sich dagegen nur leicht um 1,1 (1,7) Prozent auf 10,3 Mrd. DM. Bedeutend verbessert hat sich 1983, so Horlacher, die Größenstruktur der bayerischen Raiffeisenbanken. Der Anteil der Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme von unter 10 Mill. DM hat sich halbiert. Nur von 21 angeschlossenen Instituten wird dieser Wert nicht erreicht.

## PHILIP MORRIS

## Ertragskraft ist ungebrochen

J. BRECH, Hamburg

Für den US-Konzern Philip Morris endete das Geschäftsjahr 1983 zum 30. Mal in Folge mit einem Rekordergebnis. Der zweitgrößte Zigarettenkonzern der Welt steigerte den Umsatz um 12 Prozent auf 13 Mrd. Dollar (rund 35 Mrd. DM) und den Betriebsgewinn um 14,1 Prozent auf 2 Mrd. Dollar. Als Reingewinn weist Philip Morris mit 903 Mill. Dollar 15,6 Prozent mehr aus. Die Nettorendite verbesserte sich von 4,7 auf 4,9 Prozent. Für deutsche Tabakkonzerne ist eine solche Rentabilität auf absehbare Zeit ins Reich der Träume entrückt. Tragende Säule blieb bei Philip Morris das weltweite Zigarettengeschäft. In den USA verbesserte das Unternehmen den Marktanteil von 32,8 auf 34,4 Prozent. Im Gegensatz zur Branche hielt Philip Morris den Absatz trotz einer Verdoppelung der Bundesverbrauchsteuern.

## KKB / „Vorwürfe sind falsch und unzulässig“

## Streit um den Ratenkredit

J. GEHLHOFF, Düsseldorf  
„Wenn nötig, setzen wir uns auch weiterhin gerichtlich zur Wehr.“ Mit diesem Tenor nimmt jetzt die KKB Bank KKAa, Düsseldorf, zu den „falschen und unzulässigen“ Vorwürfen Stellung, mit denen deutsche Verbraucherzentralen seit Mitte 1983 und neuerdings mit Hauptzielrichtung auf diesen Marktführer unter den deutschen Teilzahlungsbanken die Ratenkredit-Konditionen mit dem Odium des sittenwidrigen Übervorteilens ahnungsloser kleiner Kunden brandmarkten. Erste Etappen der Gegenwehr: Per einstweiliger Verfügung wurde der Verbraucherzentrale Düsseldorf das weitere Verbreiten „falscher Behauptungen gegen die Bank“ untersagt, die sich Schadenersatzansprüche offenbarte. Aus sechs von KKB-Kunden angestrengten Gerichtsverfahren wurden bislang vier erstinstanzlich so entschieden, daß der Vorwurf der Sittenwidrigkeit gegen das Geschäftsgeheimnis der Bank unberechtigt sei. Das Angebot der Verbraucherzentra-

## PEINE-SALZGITTER / Vorstandschef Adams geht

## Vor hohen Investitionen

DOMINIK SCHMIDT, Salzgitter

Beim bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehen die „Aufräumarbeiten“ im personellen Bereich weiter. Jüngstes Glied in der Kette ausscheidender Top-Manager ist Peter Adams, seit sieben Jahren Vorstandsvorsitzender der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S). Im gegenseitigen Einvernehmen, so heißt es, ist Adams mit Wirkung vom 20. Februar aus dem Vorstand ausgeschieden. Nachfolger des 54-jährigen Adams, ist Kurt Stähler, im P+S-Vorstand bislang zuständig für den Bereich Technik. Außerdem wurde Jürgen Meyer mit dem Zuständigkeitsbereich Verkauf in den Vorstand berufen. Meyer ist zugleich Vorstandsmitglied der Holding Salzgitter AG und dort verantwortlich für den Bereich Großanlagenbau und Energie. Auf seiner Sitzung am 20. Februar genehmigte der Aufsichtsrat ferner ein Investitionsprogramm in Höhe von 450 Mill. DM. Die einzelnen Vorhaben sind Bestandteile des Umstrukturierungskonzeptes mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 700

Mill. DM. Die Schwerpunkte der Investitionen liegen nach Angaben des Unternehmens beim Profilstahl (Werk Peine) und im Flachstahlbereich (Werk Salzgitter). Die Rationalisierung und Umstrukturierung der Fertigung von schwerem Profilstahl erfordert 80 Mill. DM. Im Flachstahlbereich zielen die Investitionen auf Feinblech. Neben der Installation eines fünften Gerüsts (70 Mill. DM) wurde der Bau einer elektrolytischen Verzinkungsanlage genehmigt (80 Mill. DM). Damit erhöhe sich die Verarbeitungstiefe für oberflächenveredeltes Feinblech. Die Großprojekte, so heißt es weiter, würden durch investive Einzelmaßnahmen zur Qualitätssicherung, Rationalisierung und Energieeinsparung ergänzt. Verbunden damit sei die Reduzierung der Belegschaft um 3250 Mitarbeiter bis Ende 1985 und die technische Anpassung der Kapazitäten. P+S weist für 1982/83 (30.9.) bei 90 Mill. DM außerordentlichen Erträgen einen Bilanzverlust von rund 160 Mill. DM aus.

## PHB WESERHÜTTE

## Starkes Bein in Frankreich

J. G. Düsseldorf

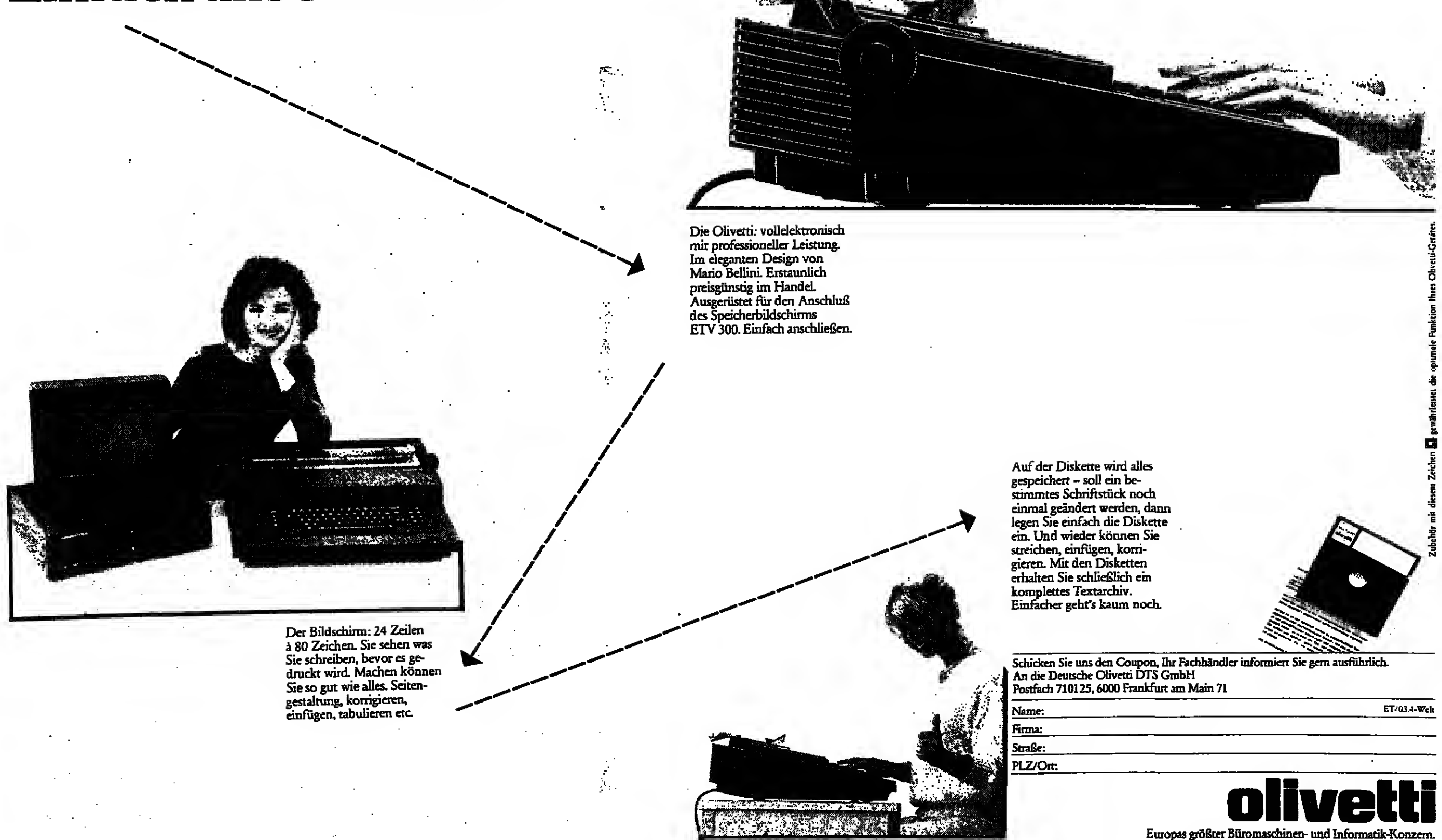
Eine „breit angelegte Kooperation“ im internationalen Anlagenbau mit Frankreichs Creusot-Loire-Konzern hat die Kölner PHB Weserhütte AG begonnen. Aus dem Pariser Konzern wird der auf Massengut-Transportanlagen spezialisierte Bereich Delatre-Levivier (etwa 100 Mill. DM Umsatz) in eine neue Gesellschaft eingebracht, an der sich PHB mit 65 Prozent beteiligt. Gleichfalls in die neue Gesellschaft bringt PHB seine ungenutzte auf verwandtem Arbeitsgebiet erworbenen zwei Frankreich-Beteiligungen ein. Mit einem Gesamtumsatz von dann 200 Mill. DM schafft sich PHB auf diese Weise einen großen und durch weitere Zusammenarbeit mit Creusot-Loire noch ausbaufähigen Stützpunkt in Frankreich. Er rangiert im Geschäftsvolumen schon jetzt dicht hinter den Australien-Engagements der PHB-Gruppe. PHB gehört zu etwas mehr als der Hälfte der Kölner Otto-Wolf-Gruppe und mit dem Rest fast nur dem Hoechst-Konzern.

## Müller eröffnete 100. Drogeriemarkt

nl. Stuttgart

Mit einer Neueröffnung in Füssen verfügt die Drogeriemarkt Müller GmbH, Ulm, nun über ein Netz von über 100 Filialen. Der geschäftsführende Gesellschafter Erwin Müller plant weiterhin, die Zahl der Filialen um jährlich zehn bis zwölf aufzustocken. Der Ulmer Unternehmer, der über die Umsatzentwicklung keine Auskunft gibt, hatte sich vor drei Jahrzehnten als Friseurmeister selbstständig gemacht. Vor zehn Jahren begann er in Ulm mit dem Aufbau einer Drogeriemarkt-Kette. Mit seinem Filialnetz, das aus Läden mit Verkaufsflächen zwischen 150 und 1300 qm besteht, deckt er ein Gebiet von Wetzlar bis Garmisch-Partenkirchen ab. Eine Ausdehnung weiter nach Norden sei nicht vorgesehen. Sein Rezept: Großsortiment zu dauerhaften Niedrigpreisen, gute Ausstattung und Fachberatung. Im Sortiment des Unternehmens, das 2250 Mitarbeiter beschäftigt, befinden sich neben Drogerie-Artikeln auch Handwerksartikel, Schallplatten und Cassetten.

## Zur Olivetti-Schreibmaschine: der Bildschirm. Einfach anschließen.



Die Olivetti: vollelektronisch mit professioneller Leistung. Im eleganten Design von Mario Bellini. Erstausstattung preisgünstig im Handel. Ausgerüstet für den Anschluß des Speicherbildschirms ETV 300. Einfach anschließen.

Auf der Diskette wird alles gespeichert – soll ein bestimmtes Schriftstück noch einmal geändert werden, dann legen Sie einfach die Diskette ein. Und wieder können Sie streichen, einfügen, korrigieren. Mit den Disketten erhalten Sie schließlich ein komplettes Textarchiv. Einfacher geht's kaum noch.

Der Bildschirm: 24 Zeilen à 80 Zeichen. Sie sehen was Sie schreiben, bevor es gedruckt wird. Machen können Sie so gut wie alles. Seitengestaltung, korrigieren, einfügen, tabulieren etc.

Schicken Sie uns den Coupon, Ihr Fachhändler informiert Sie gern ausführlich. An die Deutsche Olivetti DTS GmbH Postfach 710125, 6000 Frankfurt am Main 71

Name: \_\_\_\_\_ ET-03.4-Wch  
Firma: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

**olivetti**  
Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern.



## Bei äußerst geringer Kaufneigung abgeschwächte Aktienkurse

„Frügelknebel“ waren erneut die Waren, die die Bank für Benz und Mercedes Holding wurden um jeweils 8 DM zurückgenommen. Am Farbenmarkt gingen die Notierungen bis um 3 DM zurück (BASF und Bayer). Bei den Rohstoffen, die die Bank wiederum wieder unter die Vierhundertmarke, zeitweise um sieben DM auf 395 DM Versorgungswerte ebenfalls nachgeben. Am Bankmarkt sanken Bayerische Versorgungswerte um 4 DM auf 414 DM. Gewinnrücknahme unter den Stahlpapieren bei Klöckner (minus 1,50 DM). Maschinebauer auch abgeschwächt. Warenhäuser gaben bei den Waren um 1 DM nach.

Düsseldorfer AEG Kabel Rheyd verminderten um 5 DM auf 280 DM und Keramag um 7 DM auf 180 DM. Leffers gaben um 4 DM auf 451 DM auf.

113,50 DM. Süßinger erhöhten um 4 DM auf 117,50 DM. Kopsch Adorf um 15 DM auf 395 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leboe 50 DM auf 3900 DM und Allianz Vers. 16 DM auf 801 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte der Aktien der Industrie und Gewerbetreibenden blieben Chemiewerke 315 DM plus 15 DM, Deutsche Atlantik 411 DM minus 14 DM, Stollberger Zink 100 DM plus 60 DM, Hochtief-Konzern 15,10 DM, 100 DM Stück 100 DM, 100 DM 435 DM minus 19 DM und Deutsche Linoleum 283 DM minus 7 DM.

Hamburg: HEW gaben um 1 DM auf 100 DM und NWG um 1 DM auf 138 DM. Das größte Abschlag erlitten Beiersdorf bei 360 DM (minus 8 DM). Reibsch wurden mit 137 DM (minus 2 DM) und Triton mit 137,25 DM (minus 1 DM) am stärksten gedrückt. Die meisten stiegen.

[illegible]

Nachbörse: abwartend	VW	711,5-11-9,5G	712,5G
	Wako		712,5G
	Philipp	39,6-1-1,1	
	Royal D.-	137,4-7,1-4dG	39,5
	Unilever	718,5G	138,5
			717,5G

\_\_\_\_\_

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]















„Mascha“: Bilder aus dem Leben einer Zehnjährigen

## Wie durch ein Brennglas

Mascha ist die Geschichte eines zehnjährigen Mädchens, das seiner Mutter zu helfen versucht, die nach der Trennung vom Vater zur Alkoholikerin geworden ist. Da Mascha die Hintergründe der Krankheit nicht verstehen kann, hat sie sich daran gewöhnt. Sie übernimmt die Pflichten der Mutter, versorgt den kleineren Bruder und kann an diesen Tagen nicht zur Schule gehen. Zur Belohnung macht die Mutter an Tagen, wo es ihr besser geht, mit den Kindern Ausflüge.

In der Schule liegt sich Mascha so durch, erzählt von Kinobesuchen, Treffen mit bekannten Schauspielern, mit denen die Mutter (eine ehemalige Balletttänzerin) früher engagiert war. Als die Mutter schließlich

ter, gebündelt wie durch ein Brennglas, die Kraft von Menschen darstellen, Kraft, die sowohl zerstören kann (wie bei der Mutter) als auch Kraft zum Überleben (wie bei der Tochter).

Quelle versteht sich als ein Anhänger des „magischen Realismus“, der nicht naturalistisch zeichnet, sondern die Wirklichkeit überhöht und sich dadurch schon wieder so weit von der platten Realität entfernt, daß eine eigene, neue entsteht. Sein Kameramann Rudolf Blahacek unterstützt ihn bei diesem Vorhaben durch ein sehr artifizielles Licht und eine symbolisierende Bildsprache.

Die Umwelt, Vater, Geschwister, Großeltern, Nachbarn und Freunde, spielt nur eine untergeordnete Rolle und unterstreicht die Einsamkeit der beiden Hauptfiguren besonders intensiv. Die Umwelt nimmt nur Anstoß am Fehlverhalten von Mutter und Tochter, denn beide benehmen sich nicht so, wie es die Gesellschaft von ihnen erwartet. Beide kapseln sich von der Realität ab und schaffen sich eine neue, eigene. Auch sie sind nicht bequem, aber es sind Überlebensstrategien, die Überwintungsbedingungen schaffen – bis zu einem neuen Frühling. Bei aller Melancholie, die in diesem Film liegt, läßt er doch eine Spur von Hoffnung erkennen, denn der zehnjährigen Mascha traut man durchaus zu, daß ihr ein neuer Frühling offensteht. DW

Mascha – ARD, 20.15 Uhr

in eine Klinik kommt, beantragt der Vater die Scheidung und das Sorgerecht für die Kinder.

Der Autor und Regisseur Hans Eberhard Quelle betritt mit seinem Spielfilm stilistisches Neuland. Er hat zwar Erfahrungen sammeln können beim Drehen mit Kindern und bei der Produktion von Dokumentarfilmen – aber „Mascha“ ist kein Kinderfilm und keine dokumentarische Entwicklungsgeschichte einer Sichtigen. Quelle will vielmehr durch das realistische Aufzeigen weniger Wochen aus dem Leben von Mutter und Tochter



Mascha (Eva Ordonez) und ihre Mutter, eine ehemalige Balletttänzerin (Rosel Zech), haben sich in eine Scheinwelt geflüchtet. FOTO: RÖHNERT

## Pflasterlast für Freimut Duwe

Er – Daß sich ausgerechnet die öffentlich-rechtlichen Programm-Strategen nach dem Komplott mit dem Dallas-Clan nun auch noch mit 007 auf Zuschauer-Jagd begeben, verschlug den sonst so ungefragt daher-tönenden Lautsprechern des neuen deutschen Medien-Vorgesterns vier Tage lang die Sprache.

Die 220 Millionen-Mark, die die ARD für den Erwerb von 1500 jener ohnehin des Hollywood-Kommerzialismus verdächtigten US-Streifen hinblättert, legt sich wohl wie eine Pflasterlast auf den Brustkorb der sozialdemokratischen Stimmungsbildner. Erst am Wochenende schickte sich der ob seiner putzigen Schläumeereien bewährte Freimut Duwe an, in geschraubter Sozialsemantik den Filmeinkauf der ARD gleichsam gebremst zu begrüßen, weil damit ... ein drohendes Hortungs- und Handelsmonopol von Zwischenhändlern verhindert wurde.\*

Im Klartext: Weil Leo Kirchs Betafilm-Aufschläge bei Verkäufen an die öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Tat gespart wurden, kann sich selbst die SPD-Linke dem knakligen Millionen-Geschäft nicht verschließen.

Aber bitte schön: kein kommerzieller Coup ohne doppeltes Sozialnetz.

Duwe: „Wer tausende von amerikanischen Filmstunden an gros einkauft, muß sich in detail an der Förderung des im wesentlichen genossenschaftlichen, mittelständisch und kleinwirtschaftlich betriebenen deutschen Films in entsprechender Form und mit angemessenen Beträgen beteiligen.“

Die Herren Schlöndorff+Co lassen grüßen. Man kann nur von Glück sagen, daß nicht Bundesinnenminister Zimmermann die Chuzpe besaß, halb Hollywood zu kaufen, sondern der „rote Freiherr“ und Degeto-Chef von Sell. Und derselbe wird sich allerdings hüten, Gelder an mißverständliche Subventions-Artisten zu verteilen, die in dem Maße nach harter Mark gieren, wie sie den freien Filmmarkt scheuen.

Auch Freiherr von Sell weiß mittlerweile angesichts der aufkeimenden Konkurrenz privater Programm-anbieter zwischen Äpfeln und Birnen zu unterscheiden: Wer Millionen DM für Zuschauer investiert, kann daraus nicht die Folgerung ziehen, Gelder für jene Neufilmer hinauszuerwerfen, die den Zuschauer bestenfalls nur verhöhnen wollen. Duwes Donnergroll wird in den öffentlich-rechtlichen Medien ungehört verhallen.



Der Gründer und langjährige Leiter der Feature-Abteilung des Deutschlandfunks, Rudolf Fiedler, wird heute 70 Jahre alt. Der 1914 in Meißen geborene Journalist machte sich nach dem Krieg, den er fünf Jahre als Soldat und sechs Jahre in russischer Gefangenschaft durchlitten hatte, einen Namen als Autor großer zeitgeschichtlicher Dokumentationen für den Hörfunk. Im Deutschlandfunk schuf er eine Sendereihe, die sich damals grundlegend von den Feature-Abteilungen anderer Sender unterschied. Denn hier wurde an jedem Dienstagabend – gestützt auf historische Tondokumente – die jüngste Geschichte ohne Respekt vor Legenden aufgearbeitet. Die Vorgeschichte und Geschichte des Nationalsozialismus und des Kommunismus (jedoch nicht aus sozialistisch-marxistischem Blickwinkel) standen

dabei im Mittelpunkt und brachten der Sendereihe hohes Ansehen, besonders in der „DDR“.

Die Messung der Fernsehnutzung in der Bundesrepublik und in Berlin soll vom 1. Januar 1985 an ausgedehnt werden. Die Medienkommission ARD/ZDF teilte mit, daß künftig die Einschaltzahlen auf einer garantierten täglichen Berichtsbasis von 2 000 Haushalten erhoben werden, in denen repräsentativ die empfangenen Programme aufgezeichnet werden. Zusätzlich zu den bisherigen Möglichkeiten werden auch die Nutzungen von Videotext, Bildschirmtext, Teletexten, an das Fernsehgerät angeschlossenen Heimcomputern sowie die Aufzeichnung und Wiedergabe von Fernsehsendungen durch Videorecorder festgehalten. Damit sei eine umfassende Berichterstattung über die Nutzung des Fernsehgerätes im Rahmen der kontinuierlichen Fernsehzuschauerforschung gesichert.



III.

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sonntags  
10.00 Tagesschau und Tagesspeisen  
10.25 Kulturzeit  
Die eigenen vier Wände

11.25 New York, New York  
12.10 Report  
12.55 Presseschau  
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau

16.10 Frauenberufe

Die Zukunft begann vor 100 Jahren  
2. Im Dienst der Post: „Fräulein, gehören Sie dem Amt?“

16.55 Geheimprojekt Doomdolt

Letzter Teil: Der Countdown läuft

17.20 Dabblinggeschicht

Inge filmt Shakespeares  
Film von Lutz Neumann, Jürgen Wesche

17.50 Tagesschau

dazu: Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Mascha

Fernsehfilm von Hans-Eberhard  
Quelle  
Mit Eva Ordonez, Rosel Zech u. a.

22.00 Insektentiere

Leo, Marder und Co.  
Neuer Boom im Waffenexport  
Deutsche Waffenexporteure  
drängen im weltweiten Rüstungs-  
geschäft nach vorn. Für politi-  
schen Zündstoff hat in den letzten  
Tagen die Nachricht gesorgt, die  
Krauss-Maffei AG plane den Bau  
einer Panzer-Fabrik in Ägypten.  
Mit dem „Blaupausen-Export“ von  
Rüstungsgütern in Länder außer-  
halb der NATO bekäme das Waf-  
fengeschäft eine neue Dimension.  
Moderation: Gerd Ruge

22.50 Tagesschau

23.00 Ohne Filter

Musik live  
Moderation: Frank Lautenberg

0.05 Tagesschau

15.25 Esam in Form

16.00 heute

16.04 Rappeltüte

Anschl. heute-Schlagzeilen

16.55 Die Bären sind los

17.00 heute / Aus dem Landern

17.15 Tele-Markt

Zu Gast: Die Minnesänger mit  
„Der Widdieb von Herzogen-  
brom“

17.50 Bret Maverick

Alles für einen Freund  
Dazu: heute-Schlagzeilen

19.00 heute

19.30 Kino-Hitparade

Filme, Fakten und Favoriten vorge-  
stellt von Sabine Sauer

20.15 ZDF Magazin

Roboter – Fluch oder Segen? / Fra-  
gen am Ministerpräsident Lohar  
Spöth / Betriebsräte ferngesteu-  
ert?

Moderator: Gerhard Löwenthal

21.00 Der Deserve-Clan

Josephs schöne Tochter

21.45 heute-journal

22.05 mittwochletzte – 7 aus 28

22.10 Werben auf Schienenwegen

Kleine Szenen um einen großen  
Theologen – zum 150. Todestag

22.40 Exil und Rückkehr

Kamerarfilm von Carlos Echeverria  
Mitwirkung und Texte: Oswaldo  
Bayer

Der argentinische Autor Oswald  
Bayer lebte acht Jahre in Berlin im  
Exil. Sein junger Landsmann Car-  
los Echeverria, Studierender an  
der Hochschule für Film und Fer-  
sehen in München, hat über ihn  
und mit ihm einen Film in zwei Tei-  
len gemacht.

0.05 heute



Dariusz Cori als Mary Lou Springer in der ZDF-Serie „Bret Maverick“ (17.50 Uhr). FOTO: TELEBUNK

WEST

18.00 Telekolleg  
18.30 Sonntags  
19.00 Aktuelle Stunde  
20.00 Tagesschau  
20.15 Mittwochs in Düsseldorf  
Informationen und Unterhaltung  
21.45 off-off  
Freizeit und Fitness  
22.15 Chefarzt Dr. Pearson  
Amerik. Spielfilm, 1981  
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sonntags  
18.30 Die Hölle  
19.15 Antiquitäten (Ver)führer auf Na-  
tional  
19.30 Agrarland USA (2)  
20.00 Tagesschau  
20.15 extra drei  
Anschl.: Kurznachrichten  
21.00 Kolumbiens Venedig (5)  
21.45 Mein Opa aus Amerika  
Franz. Spielfilm, 1980  
Regie: Alain Resnais  
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sonntags  
18.30 Marco  
18.55 Ludwig  
19.30 Eine Klassenreise (5)  
19.45 Ökoland (3)  
20.15 Pop & Company  
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven  
21.30 Drei aktuell und Sport  
22.00 Ulla und der wilde Flieger

SÜDWEST

18.00 Sonntags  
18.30 Telekolleg I  
Nur für Baden-Württemberg  
19.00 Abendschau  
Nur für Rheinland-Pfalz  
19.00 Abendschau  
Nur für das Saarland  
19.00 Saar 5 regional  
Gemeinschaftsprogramm  
19.25 Nachrichten  
19.50 Rockpalast  
20.15 Das Geschäft

Kultur auf dem Markt des ameri-  
kanischen Kabelfernsehens  
Beobachtungen von K. P. Denker  
21.00 Die Bande der fünf  
Amerik. Spielfilm, 1940  
Regie: George Marshall  
22.15 Aus dem Ballettgebäude des An-  
dres Malraux  
1. Venedig  
Ein Film von Jean-Marie Drot

BAYERN

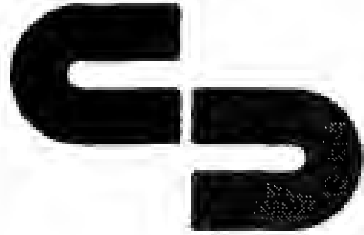
18.15 Bilderbogen der Abendschau  
18.45 Rundschau  
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend  
19.45 Nur ein Viertelstündchen  
20.00 Krimi  
20.45 Zeitgeist  
21.30 Rundschau  
21.45 Das historische Stichwort  
21.58 Shaktleton – Der Mann im Schat-  
tes der Zeit (7)  
Fernsehfilm in vier Teilen von Chri-  
stopher Roling

22.05 Z. E. N.

22.50 Vorsicht Schachtel – Vorsicht  
Krebst

23.55 Rundschau

24.00 News of the Week



Schneider macht Fernsehen zukunftssicher.  
Bei Schneider können Sie schon  
heute Videotext- oder später  
Bildschirmtext-Decoder\* einfach selbst  
dazustecken.

Wenn Sie heute ein neues Stereo-Farbfemsehgerät kaufen, treffen Sie die Entscheidung darüber, ob Sie morgen die Annehmlichkeiten neuer TV-Technologien nutzen können. Videotext, Bildschirmtext, Kabelfernsehen usw. stehen „vor der Tür.“

Ein TV-Gerät muß deshalb mehr als gute

Bildqualität

und hohen

Bedienungs-

komfort

bieten.

Es muß

vor allem

zukunftssicher sein.

● Neu von

Schneider:

auf der

Geräterück-

seite befindet

sich eine

Kontaktleiste,

in die Sie



\*Ab Sept. '84: Bildschirmtext-Decoder (CEPT-Standard).  
Notwendig: problemloser Btx-Postanschluß.

Videotext- oder später Bildschirmtext-Decoder\* (als Zubehör auf Wunsch) mit einem einzigen Handgriff dazustecken. Mit dieser intelligenten Innovation von Schneider – dem Erfinder des „Direct Contact Stecksystems“ bei HiFi-Stereo-Anlagen – sparen Sie Transport und Montagezeiten in der Werkstatt.

● Auch für Kabel- und Satellitenfernsehen sind die Schneider Stereo-Farbfemsehgeräte ausgerüstet. Außerdem: anschlussbereit für Videorecorder oder Bildplattenspieler, Heimcomputer, Telespiele sowie HiFi-Stereo-Anlage.

100 Kanäle, 30 Programmspeicherplätze, 2-Ton-Empfang mit Kopfhörer/Lautsprecher, umschaltbar. Anschluß für 2 externe Boxen. Infrarotfernbedienung. Frontale Klangabstrahlung. Inline-Farbbildröhre. Elegantes „regalfreundliches Design“ in colinalbraun und Nußbaum.

Schneider STV 6000, DM 1.648,-\* (56 cm Bild)

Schneider STV 7000, DM 1.798,-\* (67 cm Bild)

\* Unverbindliche Preisempfehlung ohne Videotext-/Bildschirmtext-Decoder. Im Fachhandel und in Fachabteilungen.

Schneider. Intelligente TV-Technik.

Schneider  
TV made in Germany

Schneider Rundfunkwerke GmbH & Co., 8939 Türkheim



## Weg ist er, der Pelz

glt. - Das ist der Frau Fürstin Feldmarschall nicht einmal in dem obdunkel Wiener Beil passiert, in das Baron Ochs sie bei Nacht deponierte. Dort hat man ihr nicht den Mantel gekleidet wie jetzt in einem Berliner Luxus-Hotel. Genau aber das ist Anna Tomowa-Sintow, erstmals „Rosenkavalier“-Gast der Deutschen Oper und Primadonna von Wehring, in einer Berliner Nobel-Herberge widerfahren.

Nach ihrem umjubelten Debüt setzte sie sich, nichts ahnend, zu Tisch und deponierte brav ihren Primadonnen-Pelz in der bewachten Garderobe. Das hätte sie aber lieber nicht tun sollen. Im Hotel war nämlich gerade ein vielbesuchter Filmfest-Empfang um Melina Mercouri im Gange. Griechinlands Publicity-unscheue Kulturministerin. Während die Sängerin in aller Ruhe dinierte, umdierte man zu hauf ihre Schauspielkollegin, die Frau Minister. Derweil kam im allgemeinen Tohuwabohu der Berlinale-Gastgeber der Primadonna der Tomowa-Sintow rein zufällig abhanden.

Glücklicherweise wird die Primadonna, die sich ja nicht allen lautstark erregt hat, um die Stimme zu schenken, in der Frau Ministerin eine wie gewohnt lebhaftes Gesprächspartnerin haben. Schließlich ist Frau Mercouri darin geübt, geraubte Dinge spektakulär zurückzufordern, wenn auch der Primadonnen-Narz sicher nicht zu den Antiquitäten zählt wie etwa die Londoner Elgin Marbles.

Natürlich kann Frau Mercouri aber auch argumentieren, ihr Empfang habe nichts mit dem Pelz-Zapfen zu tun. Hoteldiebe üben überdies das zweitbeste Gewerbe der Welt. Frau Tomowa-Sintow ihrerseits kommt wiederum verständlicherweise die kongeniale Verbindung von Trübel-Empfang und Langfinger nicht aus dem Sinn. „Ich schaff mir meine Träume nicht an“, wohl aber die Pelze.

## Michail Scholochow †

## Die Herzen gehören der Partei

Als Stalin starb, rief ihm Michail Scholochow nach: Lebe wohl, geliebter Vater. Als Stalins Untertan wurde gebracht, schwenkte der Poet um, aber kaum hatte er seine Manuskripte dem Zeigstengel angehängt, als leise und behutsam Stalins Bild wieder freundlichere Konturen bekam. Scholochow schrieb oft um.

Er hatte, als es noch gefährlich war, sich schriftlich gegen Föller und Grausamkeit im bolschewistischen Reich gewandt. Aber er hat auch ehrbare Schriftsteller öffentlich diffamiert. Schrieb er das im Auftrag der Partei? Er sagt: „Es verhält sich et-



Michail Scholochow (1906-84) FOTO: DPA

was anders: jeder von uns schreibt im Auftrag seines Herzens, unsere Herzen aber gehören der Partei und unserm Volk ...

Er ist im Westen hochgelobt und angegriffen worden. Man gab nicht ihm, sondern Boris Pasternak den Nobelpreis, worauf seine Freunde in Moskau sich mit dem Lenin-Preis befreiten, was wiederum die Nobelkommission animierte, Scholochow später doch noch auszuzeichnen.

Wieviel er von den Freisen wirklich verdient hat, ist nicht auszumachen. Wer sein Hauptwerk „Der stille Don“ liest, ist fasziniert von der Schilderung des Kosakenlebens. Aber kaum hat er sich in dieses grandiose Epos hineingelesen, kommt nach der Kür die Pflicht: platter Zweckrealismus und Parteilosigkeit, so daß es böse Stimmen genug gab, die da rästelten, ob der erste Teil des „Stillen Don“ wirklich von ihm sei ...

Der 78jährige Poet ist nun gestorben. Hätte er nichts geschrieben als die ersten Kosakenkapitel des „Stillen Don“, müßte man ihm Dank sagen. Vielleicht am besten über den Rostow, von dem man weiß, daß der Don zu den Kosaken blicken kann. VALENTIN POLCUCH

## Giuseppe Verdi alla francese: „Jérusalem“ in Paris

## Die ganze Bühne ein Weihrauchfaß

Man kommt nicht daran vorbei: Frankreichs wichtigster Opernkomponist im 19. Jahrhundert hieß Giuseppe Verdi. Er stach die Söhne des Landes recht mühelos aus, und die Begeisterung für ihn hat sich bis auf den heutigen Tag gehalten. Frankreichs Opernhäuser spielen einmal mehr Verdi als französische Opern. Das ist ganz ohne Hime gesagt, ja fast mit ein bißchen Neid. Denn die Franzosen besitzen ja eine gute Handvoll originärer Verdi-Opern, und dessen kann sich außer Italien kein Land der Welt rühmen.

In Paris nämlich spielte nicht nur das „Théâtre Italien“ Verdis italienische Erfolge rasch nach, die Opern orderte bei Verdi Werke nach der französischen Mode. „Die sizilianische Vesper“ und „Don Carlos“ kamen so zustande, dazu einige Bearbeitungen von den Komponisten eigener Hand, erweitert um die in Paris allfälligen Ballettmusiken, in reicher und lyrischer Instrumentation nach französischem Geschmack, nicht zuletzt auch in französischen Textfassungen, denen Verdi seine Musik genau anpassen konnte.

Ein solches Unternehmen war gleich Verdis erste Arbeit für Paris: „Jérusalem“ anno 1849, eine Revision seiner Mailänder „Lombarden“. Ein völlig neues Libretto, das von seinem Vorbild nur das Kreuzfahrer-Milieu beibehielt, führte dabei zu so weitgehenden Umstellungen, Retuschen, Erweiterungen, daß die Verdi-Forschung geneigt ist, „Jérusalem“ als ganz eigenständiges Werk anzusehen. Verdi selbst gab der französischen Version den Vorzug vor den „Lombarden“ und brachte die Pariser Version dann als „Jérusalem“ zurück nach Italien ...

Wie dem auch sei, das Spielplan-konzept des Pariser Opernhauses Massimo Bogianckino sieht ja vor, die großen, für die Pariser Oper entworfenen Werke erneut auf die Bühne zu bringen. Rossinis „Moïse“ war ein Anfang, bei Verdi war nun an „Jérusalem“ nicht vorbeizukommen, von Wagner steht selbstredend der „Tannhäuser“ in der Pariser Fassung an. Aber daß dieser Verdi alla francese auch aus heutiger Sicht die bessere Wahl ist, muß nach der Erfahrung mit „Jérusalem“ doch bezweifelt werden. In der aufwendigen französischen Verkleidung geht doch viel verloren, was uns Verdi wert macht: die scharfe, brutale, die harte Präzision, die schlagkräftige Abfolge der Sätze, aber vor allem der singende Mensch als Maß aller Operndinge.

In der gigantischen Bühnenshow, die der Regisseur Jean-Marie Simon in den Bühnenbildern von Fabio Palamidese aufleuchtet, verkörpern die Sänger - und das sind bei Gott nicht die schlechtesten - zu Zwergen. Spätestens im zweiten Bild von „Jérusalem“ - dem Anbruch der Kreuzfahrer aus Burgund - demonstriert die Opera, wessen sie immer noch und wieder fähig ist. Zwischen den domartigen, massiven Säulen ragt ein vielstufiger Hochaltar auf, dahinter stapeln sich noch Nonnenchöre bis in Himmelshöhen, die ganze Bühne wimmelt von Rittern und Hofleuten, Prozessionen ziehen ein und aus, Prinzessin Helènes goldener Schleppmantel kann nur von zwei Pagen gebügelt werden, ehe er dekorativ über die Altarstufen fließt, und die koketten Weihrauchfässer werden geschwenkt, bis auch im Parkett jeder ganz benommen ist.

Die Oper als Haupt- und Staatsak-

tion der Chöre und Statisten, ein Verschiebespiel des dekorativen Prunks, musikalisch festlich untermauert und doch nur selten überglänzt. Man drückt sich mit aufgesetzten Augen ins breite rote Samtanteil und gafft. Auch das ist Oper. Oder: Das war Oper.

Dabei verschont uns Paris heute sogar mit den Balletteinlagen und orchestralen Sonnenaufgängen, aber an die vier Stunden dauert das Spektakel noch immer, und die werden zählen und zählen. Setzgesessen und sitzt-gehört hat sich das Publikum am Ende, nur setzgesessen noch nicht, und so entläßt es die Sänger nach drei Vorhängen. Es ist fürwahr die Grandeur und die Unart der Pariser Oper, die an diesem Abend aufsteht.

Cecilia Gasdia, der neue Firsten am Opernhimmel, singt die Helène. Sie wagt sich damit weit, zu weit vor ins dramatische Fach. Sie ist klug genug, ihren Sopran deshalb nicht forciert zu gefährden. Sie erfüllt die lyrischen Momente wie etwa ihr „Ave Maria“ voll und ganz. Sie singt und gestaltet mit großer musikalischer Intelligenz. Aber die Attacke des Verdischen Gesangs kommt noch zum Vorschein. Davon kann man sich bei Verdis „Luchetti“, dem Gaston, keine Reue sein. Seinem in vielen Opern-schlichten gestählten Tenor geht die feine Nuancierung ab, nicht die schlank gespannte Stimmkraft. Die setzt er effektiv ein, Roger, den Schurken im Trio der Protagonisten, gibt Silvano Carloti, seinen dunklen Charakterbariton mühelos in die Baßlage der Partie herunterschraubend.

Souveräner Sachwalter am Pult ist Donato Renzetti, denn es dann doch momentweise gelingt, rechte Italiäni-tät aus dem Orchestergraben züngeln zu lassen. Es sind die musikalisch erspürlichsten Momente der Auf-führung: die Pfeile im üppigen Fleisch des französischen Verdis.

Wer die andere, nicht weniger typische Seite der französischen Liebe zu Verdi erfahren wollte, der konnte das auch zuvor bei einem neuen „Maskenball“ in Rouen, einem jener französischen Provinzhäuser, die aus der Zentralisierung des Kulturlebens wirklich Vorteil schlagen und sich um attraktive Besetzungen bemühen. Stimmfächer kennen den Weg nach Rouen inzwischen genau. Gegen Ent-täuschungen ist man dabei allerdings nicht gefeit, denn auch in Frankreich scheint die Erfahrung zu gelten, daß kleinere Häuser des öfteren mit Sänger-Abgängen gestraft werden.

So mußte man bei diesem „Maskenball“ auf Giovanni Casola und Maurizio Frusoni verzichten, wobei die Amelias dann Emilio Maruyama zuziel, für den Riccardo war immerhin Jesus Pinto aufzutreiben, der junge Spanier, der in Italien schon von Festival zu Festival gereicht wird. Die angenehm timbrierte und wirklich noch ganz jugendlich frische Stimme zu hegen und zu entwickeln sollte lohnen. Bei Sergio de Salas, dem Re-gisseur, bringt das wohl nichts mehr: ein weitestgehend schurkenhafter, gutem Scherz und Korn, wie der Opernballung ihn braucht. Für den Sonntag ist dafür der Dirigent Paul Eltun gut - ein gestandener Kapell-meister, der Verdi zum Klängen bringt, daß einem die Ohren aufgehen. Die Liebe zum echten Verdi steht bei den Franzosen wohl doch tiefer, als das Pariser „Jérusalem“-Spektakel glauben machen könnte.

REINHARD BEUTH

## Eine Bühne für Walesa: T. Stoppards neues Stück

## Euphorisch, tragisch

Tom Stoppard ist nicht nur der mit einer unverwechselbaren Mischung aus Tiefinn und Komik brillierende Dramatiker, den es aus der Tschechoslowakei nach England verschlagen hat. Stoppard setzte sich auch tatkräftig für die freien Geister hinter dem Eisernen Vorhang ein. So beleuchtete er vor sechs Jahren in dem stark beachteten Fernsehspiel „Professional Foul“ das Thema der Menschenrechte im totalitären Staat an einem nach Prag gereisten Professor für Moralphilosophie aus England, der sich gerungen sieht, seine ganze Theorie an der Praxis zu messen. Jetzt ist Stoppard zum Fernsehen zurückgekehrt, um die kurzlebige Geschichte von Polens freier Gewerkschaft „Solidarität“ und das Schicksal Lech Walesas als exemplarisches Exemplantum durchzuspielen.

Der Titel, „Die Quadratur des Kreises“, ist programmatisch, denn es geht um ein Paradoxon bei dem Versuch, westliche Freiheiten mit dem Kommunismus Moskauer Prägung in Einklang zu bringen. In Polen will gesagt sein, daß die Form des politischen Systems hätte verändert werden müssen, ohne dabei den ursprünglichen Flächeninhalt anzutasten.

Im Kino haben wir Lech Walesa bereits erlebt. Andrzej Wajda ließ ihn in seinem in Cannes mit dem Goldenen Palme preisgekrönten Film „Der Mann aus Eisen“ in Gastrollen mitspielen. Solche Authentizität stre-

ben Stoppard und Regisseur Mike Hodges bei ihren zweifünftigen TV-Film nicht an, den die amerikanische Metromedia in Zusammenarbeit mit der britischen Television South soeben abgedreht hat. Ihnen geht es nicht um einen dramatisierten, historischen Dokumentarfilm. Man stellt eher Fragen.

Es treten zwar alle Protagonisten jener euphorischen und tragischen 16 Monate auf, von Gierke über Kania bis zu Jaruzelski, Warschauer Haupt-verhandlungsführer Rakowski, dem Präsidenten Kuro sowie Breschnew und natürlich dem Elektriker aus Danzig. Doch über den wahren Ablauf der Vorgänge in Polen geben die Meinungen stark auseinander. Der amerikanische Reporter, den Stoppard als Erzähler einführt, stößt beim Versuch der Wahrheitsfindung auf Widerstände. Die Schauspielerei protestieren, stellen die gezeigte Version in Frage und spielen sie neu und anders durch, gelegentlich in drei unterschiedlichen Fassungen.

Es kann nicht ausbleiben, daß der Zuschauer bei den wechselnden und veränderten Perspektiven, die an Pirandellos „Sechs Personen suchen einen Autor“ erinnern, gezwungen wird, sich mit der Problematik der Ereignisse in ständigem Kampf gegen die eigenen Vorurteile auseinanderzusetzen. Man darf gespannt sein auf diese ungewöhnliche Produktion, die im Frühjahr auf den Bildschirmen der Atlantik auf die Bildschirme kommen soll. SIEGFRIED HELM



Shakespeare im Lande der Samurai: Szene aus Kurosawas „Macbeth“-Adaption FOTO: SILVER CINE

## Kurosawas Meisterwerk „Schloß im Spinnwebwald“ wieder in den Kinos

## Ein Labyrinth der Geister und Hexen

Nebelschwaden über ausgedehnter Heide, Gong- und Ratschen-schläge, Pfeifen-Gequiech und Celolantien, und aus dem Off die Stimmen eines Chors, der zum schnellen Ritt der Kamera über die schwarze Erde „Der Pfad des Bösen“ den Weg der Verdammnis „Inzerniert“ das ist die imponierende Eingangsszene, mit der uns der im Westen wohl berühmteste japanische Film-Regisseur Akira Kurosawa in seine grandiose Version von Shakespeares „Macbeth“ hineinzieht. Dem kleinen Hamburger Filmverleih „Silver Cine“ ist es zu danken, daß dieses filmische Meisterwerk aus dem Jahr 1957 wieder in die Kinos kommt.

Wie Murasau erst kürzlich wiederentdeckte Sudemann-Adaption „Sunrise“ lehrt uns auch Kurosawas „Kumonos-jo“, der bei uns unter dem Titel „Das Schloß im Spinnwebwald“ läuft, daß Literaturverfilmungen ganz aus dem Geist einer originären filmischen Sprache geboren sein können. Kurosawas „Macbeth“, in das Japan der machtkäutigen, kriegerischen Auseinandersetzungen der Feudalherrenzeit mit ihren „mittelalterlichen“ Ritualen, Symbolen und Samurai-Emblemen verpackt, ist Shakespeares Drama ebenbürtig, obwohl es sich dem originalen Text verweigert, doch äußerst klug die Dramaturgie als wirkungsvollere Basis eigener, eigenwilliger Bild-Visionen beibehält.

## Vollendete Sprachgestik: Gramss inszeniert Goethes „Iphigenie“ in Darmstadt

## In den Versen lauert die Leidenschaft

Das Problem der Kehrwendung Goethes in die Klassik lautet: Wie soll die Bühne in der „Iphigenie“ mit den beiden Versen und den fünf Rollen fertig werden, die alle in gleicher Tonlage und edler Bildung sprechen? Macht man aus dem Tempel ein bluttrübes Schlachthaus, dann verfehlt man den schon zurückgelegten Weg der Skythen in die Humanität; König Thoos redet ja genauso geschickt und gebildet wie Iphigenie. Führt man Gag-Farben ein, wie in diesen Jahren zur Genüge gehabt, dann hört man die Nachtigall trappen, die von dem immer gleichen Wohlaut ablenken soll. Also was macht man?

Man riskiert, wie es jetzt Elke Grams in Darmstadt tut, das hohe Pathos des Stückes und gibt den Diskussionen leidenschaftliche Kraft, auch auf die Gefahr hin, daß die sanfte Iphigenie und der unerwartliche Brautwerber Thoos sich immer wieder einmal anbrüllen. Und siehe, nach der ersten Verblüffung lebt man sich ein. Grams läßt die Sprache nicht nuschelnd wegschleppen, er betont und präzisiert sie erst recht, und die bloßgelegte Leidenschaft, die unter der Decke der Verse lauert, läßt die Versuchung zu monotoner Deklamation gar nicht aufkommen. Schon der erste Auftritt der Iphigenie, „das Land der Griechen mit der Seele suchend“, ist ein wütender Ausbruch.

Die Bühne (Andreas Reinhardt)

verachtet auf jegliches Inventar, sie besteht aus zwei hohen, blauen Wänden, die den Raum nach hinten versenken bis auf einen schmalen Licht-schlitze für überraschende Auftritte und majestätische Abgänge. Auch die Kostüme haben nichts Gekünsteltes: Iphigenie (Alexandra Tichy) im langen weißen Kleid, Thoos (Erwin Scherschel) in einem imitierten Hermelin-Mantel, Orest (Albert Weiguny) und Pylades (Christoph Gangler) in langen Hosen und offenen weißen Hemden, lediglich Arkas (Art Veder) in weißen Hosen und gestrickter Weste hat ein „skythisch“ verdunkeltes Gesicht und lange gewellte Haare.

Die beiden Freunde Orest und Pylades legen anfangs dauernd einander die Köpfe auf die Schulter, aber Pylades hat zu sagen: „Da fing mein Leben an, als ich dich liebte“, und damit ist dieser Kehrungsgestus motiviert.

Erwin Scherschel hat eine ganz einfache Art, die raffinierte Taktik der Iphigenie (die raffinierteste: volle Wahrheit) entgegenzunehmen; er steht da wie ein strenger, mißtrauischer und doch gerührter Hausvater. Bis ihn, wie gesagt, aber auch ihr gelegentlich der Zorn hochkommt. Es ist schon fast eine Eke, der aber die Wut fehlt, und zum Ausgleich erweist sie ihm schließlich zu ihrem zweiten Vater. Eine solche Ehrung hört ein verliebter Mann natürlich mit gemischten Gefühlen.

RUEDOLF KRÄMER-BADONI

## Spontane Strukturen

Er experimentierte mit verdünnter EDruckerschwarze auf Glasplatten. Er probierte Öl und Lack aus, dann Temperafarben, ehe er seine spezielle Kleisterfarbentechnik, eine Verbindung von Kasein und Wasserfarben, fand.

Immer ging es ihm darum, den automatischen und halb-automatischen Malvorgang von der Behinderung durch die Trägheit des Materials zu befreien. Denn die Bilder von Karl Otto Götz entstanden in einer Konzentration, bei der sich Spontanität und Reflexion zu großen Schwüngen verbinden, die auch beim Betrachter die Illusion der Schnelligkeit, des Schwungvollen, des rhythmischen Beherrschens evozieren.

Karl Otto Götz, heute vor siebzig Jahren geboren, neun Jahre Soldat



Meister des Informel: K.O. Götz, der heute 70 wird. FOTO: OBERMANN

## JOURNAL

### SPD kritisiert Bayerns Staatsoper

AP, München Kritik an der „Verschwendungssucht“ bei der Bayerischen Staatsoper hat die SPD in München geübt. Die mittelhessischen SPD-Landtagsabgeordneten haben beantragt, die Mittel für die Sachausgaben der Staatsoper zu kürzen und den nichtstaatlichen Theatern zwei Millionen Mark zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag entspreche der Summe, die die Staatsoper in München in den letzten fünf Jahren für Programmhefte mehr ausgab, als sie durch den Verkauf eingenommen hat. Ein Sprecher des bayerischen Kultusministeriums, dem die Staatsoper nachgeordnet sind, wies die Vorwürfe zurück. Die Bayerische Staatsoper habe „Weltgeltung“ und könne nicht „im Aschenputtelkleid“ einhergehen.

### Polsische Autoren von der Polizei verhört

dpa, Warschau Der polnische Schriftsteller Marek Nowakowski ist zum dritten Mal innerhalb von zehn Tagen von der Polizei vorgeladen worden. Mitte vergangener Woche war er bereits auf dem Weg nach Posen in Kutno festgenommen und mehr als 24 Stunden festgehalten worden. Anschließend wurde seine Wohnung in Warschau durchsucht. In der vergangenen Woche fand in Warschau auch in der Wohnung des Autors Wiktor Woroszyński eine Hausdurchsuchung statt. Werke von ihm sind ebenso wie Arbeiten von Nowakowski in Untergrund-verlagen und im Westen gedruckt worden. Auch der Schriftsteller Lohar Herbst in Breslau wurde von der Polizei verhört.

### 20 Jahre Münchener Shakespeare-Institut

dpa, München Die umfangreichste Sammlung von Publikationen zu Person und Werk von William Shakespeare auf dem europäischen Kontinent befindet sich in München. Das 1964 gegründete Forschungsinstitut feiert in diesem Monat sein 20jähriges Bestehen. Die Bibliothek bietet derzeit an: 12.500 Bände internationaler Shakespeare-Literatur, 5000 Sonderdrucke und kopierte Zeitschriftenartikel, 2500 Rezensionen deutschsprachiger Shakespeare-Insenzierungen sowie Schallplatten-Aufnahmen von Dramen und Liedervorlesungen. Von mehr als 30 Mitarbeitern der englisch-deutschen Studienausgabe, die unter dem Patronat der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft West (Böschung) erscheint, sind fünf aus dem Münchener Anglistik-Institut.

### Swarowsky-Wettbewerb für junge Dirigenten

DW, Wien Der zur Erinnerung an den großen österreichischen Dirigenten-Lehrer Hans Swarowsky ins Leben gerufene Wettbewerb findet dieses Jahr zum dritten Mal statt (3. bis 15. Juni). Als Orchester stehen das Brucknerorchester Linz, das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester und das ORF-Sinfonieorchester zur Verfügung. Preise zu 15.000, 50.000, 25.000 und 20.000 Schillingen sind ausgesetzt. Zu Swarowskys Schülern zählten u.a. Zubin Mehta, Claudio Abbado und Benislav Klobučar.

### Erich Kästner oder Mit der Tür ins Haus

DW, Zürich Erich Kästner zum Andenken, der morgen 85 Jahre alt geworden wäre, bringt der Atrium Verlag Zürich eine ausgewählte Sammlung seiner Schriften: „Kästner für Erwachsene“ (1552 S., Leinen, 98 Mark). Die vierbändige Kassetten enthält neben kostbar-kostlichen Gedichten Romane, wie „Fabian“, Autobiographien und andere kleinere Schriften, versehen mit z.T. bislang unveröffentlichten Zeichnungen von Erich Oberer. Eingeleitet wird die Ausgabe von einem älteren Vorwort von Hermann Kästner. Schon Kästner liebte Vorworte: „Ich bin nicht dafür, daß die Besucher gleich mit der Tür ins Haus fallen. Es ist weder für die Besucher gut noch fürs Haus. Und für die Tür auch nicht.“

### Niemeyer-Holstein †

Im Alter von 88 Jahren starb in Lüttendorf auf Usedom Otto Niemeyer-Holstein. Der Maler, 1896 in Kiel geboren, zog sich 1933 auf die Ostseeinsel zurück, um nicht politischen Anfechtungen ausgesetzt zu sein. Und er blieb, nicht zuletzt aus demselben Grunde, bis zu seinem Tode dort. Niemeyer-Holstein war ein „Naturmaler“, die Landschaft im Wechsel der Jahreszeiten war sein wesentliches Thema. Das wurde bis in die sechziger Jahre in der „DDR“ als „Weltflucht“ ausgelegt und nicht sonderlich geschätzt. Deswegen fand der Maler erst verhältnismäßig spät Anerkennung. Ein Lehramt wurde ihm nie übertragen. Aber an Bewunderern hat es ihm nie gefehlt. mar



## Schwere Wahl zwischen Nutzen und Risiko

Internationales Expertenteam entscheidet über Rheumamittel

**PETER JENTSCH, Bonn**  
Ein Schock traf Rheumapatienten Ende Januar, als das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin Rheumamittel mit dem Bannstrich belegte. 65 Präparate wurde die Zulassung mit sofortiger Wirkung entzogen, weiteren 45 Präparaten, die Phenylbutazon und Oxyphenbutazon enthalten, wurden therapeutische und zeitliche Anwendungsbeschränkungen auferlegt.

Unter dem Häufchen sich Meldungen von Ärzten und Apothekern, daß sich Rheumapatienten, die auf diese Arzneimittel angewiesen sind, zunehmend verunsichert fühlen. Das ist verständlich. Doch mit dieser Unsicherheit werden die Patienten nur noch bis zum 15. März leben müssen.

An diesem Tag treffen sich im Bundesgesundheitsamt Wissenschaftler aus dem In- und Ausland, Mitglieder der Arzneimittelkommission der Heilberufe, Hersteller und die BGA-Verantwortlichen, um über den medizinischen Wert dieser Präparate sowie solcher mit chemisch verwandten Stoffen und die bei ihrer Anwendung möglichen Nebenwirkungen zu beraten. Bis zur endgültigen Entscheidung des BGA gilt eine Beschränkung der Anwendung dieser Präparate auf Wirbelsäulenversteifung (Morbus Bechterew) und akute Gichtanfälle sowie eine Begrenzung der Anwendung auf sieben Tage. Darüber wurde die rund 110 000 Ärzte und Apotheker informiert.

Das Bundesgesundheitsamt ging bei seiner Entscheidung, die Präparate mit eingeschränkter Anwendung auf dem Markt zu lassen, von der Tatsache aus, daß es bei der Behandlung schwerer Rheumafälle keine medizinischen Alternativen ohne jedes Risiko gibt. Phenylbutazon ist vor 30 und Oxyphenbutazon vor 20 Jahren in die Medizin eingeführt worden. Seither sind mit Präparaten, die

diese Wirkstoffe enthalten, weltweit rund 400 Millionen Menschen behandelt worden. Gleichzeitig wurden international rund 1200 Todesfälle im Zusammenhang mit der Anwendung der Präparate gemeldet, davon 48 in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach Darstellung des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI) ist zwar anzunehmen, daß nicht sämtliche Todesfälle gemeldet worden sind. Andererseits sei aber die Dunkelziffer kleiner als die Zahl der Todesfälle, die diesen Präparaten zu Unrecht angelastet würden, etwa aufgrund nichtbestimmungsgemäßer Anwendung oder aufgrund von Überprüfungen, die den Zusammenhang mit der Einnahme der Medikamente als fraglich erscheinen ließen.

1983 entfielen etwa 15 Prozent aller Verordnungen von Rheumamitteln auf Präparate mit Phenylbutazon und Oxyphenbutazon. Beide Wirkstoffe gehören zur ersten Generation der nichtsteroidalen Antirheumatika/Antiphlogistika (entzündungshemmende, abschwellend wirkende Medikamente ohne Cortison oder seine chemischen Abkömmlinge). Mit diesen Präparaten war erstmals sowohl eine Behandlung des Rheumamerz wie auch eine Beeinflussung des Krankheitsverlaufs möglich. Inzwischen gibt es eine ganze Anzahl weiterer nichtsteroidaler Präparate, die zum Teil besser verträglich sind. Das ist wichtig insbesondere für Patienten, die wegen angeborener Stoffwechselstörungen einen bestimmten Arzneistoff nicht vertragen.

Gegenwärtig beraten auch die für die Arzneimittelüberwachung zuständigen Behörden der USA, Großbritannien, Frankreichs und der Schweiz, wie das Risiko dieser Arzneimitteltherapie gemindert werden kann, ohne auf den medizinischen Nutzen zu verzichten.



Idylle im Hafen von Rabaul - ist es die trügerische Ruhe vor dem Sturm, vor dem Vulkanausbruch, den Experten täglich erwarten?

FOTO: AP

## Eine Stadt probt täglich ihren Untergang

**dpa, Sydney**  
In Rabaul gehen jeden Tag zur Mittagszeit die Sirenen. Zunächst noch zur Probe - für die vierte, die höchste Alarmstufe, wenn die beiden Berge, der Matupit und der Vulcan, Feuer, Magma und Asche zu speien beginnen. In der Hauptstadt Neubritanniens, der größten Insel des Papua-Neuguinea-gebiets Bismarck-Archipels, hat die Regierung ein internationales Team von Vulkanexperten zusammengezogen. Diese haben vorausgesagt, daß eine Eruption der beiden Vulkane, die zuletzt im Jahr 1937 ausbrachen und 500 Menschen töteten, in Kürze bevorsteht.

Premierminister Michael Somare hat die Bevölkerung aufgefordert, jetzt schon freiwillig die Stadt zu verlassen. Nach Schätzungen der Notstandsplaner müssen im Ernstfall 40 000 Menschen evakuiert werden. Auf Ersuchen des Premierministers stehen in Australien Einheiten der Streitkräfte bereit, um notfalls unverzüglich Rettungsaktionen einleiten zu können. 20 000 der 70 000 Einwohner von Rabaul haben die Tropenstadt schon verlassen.

Rabaul, um das Jahr 1910 von der damaligen kaiserlich-deutschen Kolonialverwaltung gegründet, liegt auf einer Vulkanhalbinsel, die sich quer durch den Pazifischen Ozean von Hawaii bis Indonesien hinzieht. Selbst Pompeji, das nur knapp zehn Kilometer vom Vesuv entfernt lag, war weiter weg als Rabaul vom Mount Matupit und Mount Vulcan. In den vergangenen Tagen zeigten vereinzelte Erdstöße an, daß die Magma-Ströme unter der Stadt in Bewegung geraten sind. Meßinstrumente verzeichnen, daß die glühflüssige Masse des Erdinneren aus einer Tiefe von 1,5 Kilometer auf einen Kilometer unter der Erdoberfläche aufgestiegen und zwei Kilometer nordwärts direkt unter die Wohngebiete gewandert ist. Der Boden des Hafens, einst ein Vulkankegel, hat sich um fünf Zentimeter gehoben.

In der neuguineischen Landeshauptstadt Port Moresby hat die Regierung ein Notstandsprogramm ausgearbeitet. Bei Alarmstufe vier sollen mit den Bewohnern auch die Lebensmittelunternehmen wie Bäckereien und Fleischereien, außerdem die

Banken mit ihren Geldbeständen in vorbereitete Lager in sicherer Entfernung von Rabaul evakuiert werden. Dadurch hofft man sicherzustellen, daß sich die Flüchtlinge ohne Hilfe von außen versorgen können.

Der Notstandsplan stützt sich weitgehend auf die Evakuierung mit Landfahrzeugen. Der Luftweg könnte ausgeschlossen sein. Der Flugplatz liegt von den rauchenden Vulkanen nämlich nur einen Steinwurf entfernt. Seit Tagen wird deshalb auf die schnelle eine provisorische Lande- und Startbahn in sicherer Distanz geplant.

Viele Angehörige des eingeborenen Tolai-Volkes haben ihre um Rabaul liegenden Dörfer und ihre fruchtbaren Äcker bereits verlassen. Nur die Behälter und die Ähren, die noch im überfluteten Glauben ihrer Väter leben, sind geblieben. Für sie haben die Vulkane eine mystische Bedeutung. Die Tolais glauben, daß dort ihre Ahnen leben. Gelegentlich rufen sie diese sogar um Hilfe an und unterstützen bei der Arbeit, beim Fischen und bei Krankheiten.

Viele christianisierte Tolais sehen

in der erwarteten Eruption die Hand Gottes im Spiel - vor allem jene, die ihre Sünden für die Ursache der Bedrohung halten. In Rabaul zirkulierende Rundschreiben einer sich christlich nennenden Organisation mit Sitz im australischen Brisbane vergleichen Rabaul sogar mit Ninive, der Stadt am oberen Tigris. Sie wurde nach dem Buche Jona im Jahre 612 vor Christus wegen ihrer Sittenlosigkeit von Eroberern zerstört.

Die Vulkanologen in Rabaul gehen davon aus, daß die Vulkane schon in wenigen Wochen ausbrechen könnten, wenn nicht schon in den nächsten Tagen. Die Tolais wissen aus ihren Überlieferungen, daß neben fortwährenden Erdstößen das Auftauchen toter Fische im Hafen äußere Anzeichen dafür sind. Die Fische sterben, weil sie buchstäblich in der Tiefe gekocht wurden. Eine Anzahl toter Fische ist bereits an Land gespült worden. Als der Krater umwölbt dieser Gegend vor 100 Jahren ausbrach, waren vorher die Senkbleie der Schiffe, mit der die Tiefe gemessen wurde, geschmolzen.

BORIS BENNO BEHRING

## Teure Zeiten für Autofahrer

**dpa, Bonn**  
Autofahrer steuern teuren Zeiten entgegen. Die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) fordern, wie gestern in Bonn bekannt wurde, eine Erhöhung ihrer Prüfgebühren um rund 16 Prozent. Außerdem wollen die Länder Kfz-Gebühren, wie etwa für die Zulassung eines Führerscheins, um rund 40 Prozent anheben. Dabei sei jedoch an eine stufenweise Erhöhung gedacht. Die Forderungen werden jeweils damit begründet, daß die jetzigen Gebühren die Kosten für diese Dienstleistungen nicht mehr decken.

Über die Erhöhung muß der Bundesrat entscheiden, dem Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) eine Verordnungsänderung zu leiten muß. Das Verkehrsministerium erklärte gestern, Dollinger werde Kürze über die Anträge des TÜV und der Länder entscheiden. Im Verkehrsministerium geht man davon aus, daß der Minister den Forderungen nicht in vollem Umfang entsprechen werde. Seit der letzten Erhöhung der TÜV-Gebühren Anfang 1982 kostet die alle zwei Jahre fällige Kfz-Überprüfung etwa 32 Mark. Wenn den Forderungen des TÜV voll entsprochen würde, müßte mit einer Verteuerung der Abnahme um rund fünf Mark gerechnet werden.

## Kostenlose Übersetzung

**AFP, Straßburg**  
Jedem Angeklagten vor einem deutschen Gericht muß kostenfrei ein Übersetzer zur Verfügung gestellt werden. Das entschied gestern der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Dabei komme es nicht darauf an, ob es sich um eine Straftat oder nur um eine Ordnungswidrigkeit handle. Der Antragsteller, ein Türke, war zu einem Bußgeld von 60 Mark verurteilt worden und sollte 63,90 für einen Dolmetscher bezahlen.

## Erste Hinweise

**dpa, Mönchengladbach**  
Die gerichtsmmedizinische Untersuchung von Tiefgefrorenen Leichen teilt, die am Montag im Botanischen Garten von Mönchengladbach gefunden worden waren, hat erste Hinweise auf das Opfer gebracht. Laut Polizei war der in über 50 Teile zerstückelte Mann unter 40 Jahre alt und unterteilt. Hinweise auf Täter und Motiv gibt es allerdings nicht.

## „Progress 19“ gestartet

**dpa, Moskau**  
Die Sowjetunion hat gestern den unbemannten Raumtransporter „Progress 19“ zum Orbitalkomplex „Saljut 7-Sojus T 10“ gestartet. Dort arbeiten seit dem 9. Februar die Kosmonauten Leonid Klimin, Wladimir Solowjow und der Arzt Olek Atkow. Laut Nachrichtenagentur Tass soll „Progress 19“ die Kosmonauten mit Nachschub versorgen.

## Lage „bedrückend ernst“

**AP, Berlin**  
Ein düsteres Bild vom Stand der Krebsbekämpfung in der DDR hat die Osterlinde Zeitschrift „Das deutsche Gesundheitswesen“ gezeichnet. In dem Blatt hieß es, die vom „DDR-Zentralinstitut für Krebsforschung“ erarbeitete Strategie der Krebsbekämpfung habe nur „geringe Erfolge“ gebracht. Die Situation in der Therapie bösartiger Geschwülste sei „nach wie vor bedrückend ernst“.

## Anzeige

**Das beste ist: eine gute Versicherung.**

**SIGNAL**  
VERSICHERUNGEN

## ZU GUTER LETZT

„Gefängnisausbruch scheiterte am Zettengitter“. Überschrift einer Meldung der französischen Presseagentur AFP.

## LEUTE HEUTE

### Sprachkurs

Papst Johannes Paul II. macht seinem Ruf als Sprachgenie weiter Ehre. Zur Zeit lernt er für seinen Besuch im Mai in Papua-Neuguinea Pidgin-Englisch, die auf dem Englischen basierende Verkehrssprache zwischen Chinesen und Europäern.

### Überfällig

Besorgte Freunde des berühmten japanischen Bergsteigers Naomichi Uemura (44) haben eine großangelegte Suche nach dem Alpinisten begonnen, dem vor zehn Tagen die erste Solo-Besteigung des Mount McKin-

ley, Nordamerikas höchsten Berges, gelang und der seitdem überfällig ist.

### „Randy Andys“ Neue

Der englische Prinz Andrew (24), nach seiner Affäre mit dem Sex-Sternchen Koo Stark auch bekannt als „Randy Andy“ (der „Wilde Andy“), hat wieder eine neue feste Freundin. Diesmal scheint die Queen ihren Segen gegeben zu haben. Denn Katie Rabett (23) stammt aus einem gutbürgerlichen Elternhaus. Ihr Vater Robert Rabett ist Gynäkologe am St. Mary's-Hospital, in dem Prinzessin Diana ihr erstes Kind zur Welt brachte.

## WETTER: Vereinzelt Schauer, milder

**Wetterlage:** Eine Luftmassengrenze im Elbe-Raum trennt feuchte und verhältnismäßig milde Luft im Westen von trockener Kaltluft im Osten. Im weiteren Verlauf greift ein Mittelmeertief auf Süddeutschland über.



**Vorhersage für Mittwoch:** Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: Nördlich und östlich der Elbe bei aufgekochter Bewölkung niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen bei Null. Tiefwerte nachts um minus 5 Grad. Sonst wechselnd bis stark bewölkt und vereinzelt leichte Schauer. Nachmittags Temperaturen bei plus 5, nachts Abkühlung auf plus 2 Grad.

**Weitere Aussichten:** Im Süden länger andauernder Niederschlag, naßkalt. Sonst wenig Änderung.

**Temperaturen am Dienstag, 13. Uhr:**

Berlin	2°	Kairo	17°
Bonn	4°	Kopenhagen	1°
Dresden	1°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	7°
Frankfurt	4°	Madrid	11°
Hamburg	1°	Mallorca	2°
List/Sylt	1°	Moskau	-8°
München	5°	Nizza	5°
Stuttgart	5°	Olo	-2°
Alger	15°	Paris	8°
Amsterdam	8°	Prag	2°
Athen	14°	Rom	5°
Barcelona	14°	Stockholm	-2°
Brüssel	8°	Tel Aviv	18°
Budapest	1°	Tunis	14°
Bukarest	0°	Wien	1°
Helsinki	-7°	Zürich	0°
Istanbul	9°		

**Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.23 Uhr, Untergang: 17.50 Uhr, Mondlaufgang: 1.19 Uhr, Untergang: 10.21 Uhr.**  
\* in MEZ, zentraler Ort Kassel

## Den „Herren des Wassers“ wird der Prozeß gemacht

Sizilianische Mafia macht auch Geschäfte mit dem kostbaren Naß

**FRIEDRICH MEICHNER, Rom**  
Wasser ist in den fast alljährlichen Dürreperioden auf Sizilien Gold wert. Daß es von skrupellosen Geschäftsmännern tatsächlich auch zu Gold gemacht wird, hat jetzt die italienische Justiz ermittelt. Sie erhob Anklage gegen 78 sogenannte „Herren des Wassers“, denen vorgeworfen wird, aus dem Durst der Bevölkerung Profit geschlagen und illegal Trinkwasser aus privaten Brunnen verkauft bzw. für kommunale Wasserleitungsnetze aufgekauft zu haben.

Wie fast immer, wenn es auf Sizilien nicht mit rechten Dingen zugeht, scheint auch hier wieder die Mafia ihre Hand im Spiel zu haben. Unter den Angeklagten befinden sich neben kleinen profitgierigen Brunnenbesitzern, Gemeindevorständen und Wasseringenieuren einige bekannte Mafia-Größen, wie etwa die flüchtigen Gebrüder Greco, gegen die seit Wochen in Caltanissetta als mutmaßliche Auftraggeber der Mörder des sizilianischen Richters Chinnici prozessiert wird. Der Richter war durch die Explosion eines mit Sprengstoff gefüllten Pumpenwagens getötet worden.

Den Anstoß für die gerichtliche Untersuchung gegen die „Herren des Wassers“ hatte der Hohe Kommissar für die Mafiabekämpfung, Präfecto De Francesco, gegeben. Er hatte am 3. März 1983 26 private Brunnen beschlagnahmen lassen, die Trinkwasser

an die städtische Wasserversorgung von Palermo lieferten. Berufen hatte er sich dabei auf ein Gesetz aus dem Jahre 1976, das Privatpersonen die Nutzung von Wasservorräten für die Trinkwasserversorgung verbietet.

Die gerichtliche Untersuchung hat den Verdacht bekräftigt, daß gegen dieses Gesetz im großen Stil verstoßen worden ist. Es wurde festgestellt, daß während der Sommermonate, in denen die Bevölkerung Palermos fast alljährlich nach Trinkwasser anstelt, die privaten Brunnen im Umkreis der Stadt nach wie vor große Wasservorräte führen, aus denen illegal - und offensichtlich auch gegen Bestimmungsummen - an die städtischen Wasserwerke Wasser verkauft wird. Der christdemokratische Präsident der städtischen Wasserleitungen, Vincenzo Zanghi, und andere Funktionäre haben sich mit diesem Wasserkauf nach Ansicht der Untersuchungsrichter der Unterschlagung öffentlicher Gelder schuldig gemacht.

Während des Untersuchungsverfahrens entdeckte man auch, daß die Namen vieler von den inkriminierten Kommunalbeamten benannten Wasserlieferanten im Bericht der Parlamentskommission zur Bekämpfung der Mafia wiederzufinden und der Justiz als mutmaßliche Mitglieder der „Wassermafia“ schon seit langem aus Polizeiberichten bekannt sind.

## Tierschützer setzen auf die Forschung

Spendenfonds soll Alternativen zum Tierversuch fördern

**EBERHARD NITSCHKE, Bonn**  
In der Bundesrepublik Deutschland lassen rund zehn Millionen Tiere jährlich bei gesetzlich vorgeschriebenen oder zumindest zugelassenen Tierversuchen ihr Leben. Vor diesem Hintergrund haben der Deutsche Tierschutzbund e.V. und der Bundesverband der Tierversuchseigenen e.V. gestern in Bonn die Gründung eines „Fonds für Forschung ohne Tierversuche“ bekanntgegeben. Hauptabsicht dieser Organisation mit rund 500 000 Mitgliedern ist der Entwurf eines neuen Tierschutzgesetzes des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der als unzureichend, zu industriefreundlich und zu lasch bezeichnet wird.

Daß der neue Fonds, aus dem Mittel an Ärzte, Wissenschaftler und Einrichtungen vergeben werden sollen, die sich um Alternativen zu Tierversuchen bemühen, noch recht kümmerlich dotiert ist, stört die Tierschützer überhaupt nicht. Die vorhandenen 10 000 Mark werden sich, so hofft man, durch Spenden schnell vermehren. In „Ersatzmethoden“ vor allem für die pharmazeutische Industrie, die die Hälfte aller Versuchstiere verbrauche, sehe man eine realistische Möglichkeit, Tierversuche kurzfristig wirksam einzuschränken und langfristig ganz abzuschaffen.

Begründet wird die Einrichtung des Fonds vor allem damit, daß Alternativen bisher nur unzureichend genutzt und von staatlicher Seite kaum gefördert würden. Die Bundesregierung habe dafür von 1980 bis 1982 nur 11,2 Millionen Mark aufgewendet, während für den Bau neuer Tierversuchsanlagen 250 Millionen Mark eingesetzt worden seien. Allein die Baukosten des berühmtesten „Mäusebunkers“, des Zentralen Tierlaboratoriums der Freien Universität Berlin, habe mehr als 126 Millionen Mark gekostet.

Die meisten Experimente, darunter der von den Tierschützern besonders angegriffene „LD-50“-Test zur Erkundung der tödlichen Dosis einer Substanz, seien „grausam und nutzlos“, da sich die Ergebnisse wegen vielfacher organischer und psychischer Unterschiede zwischen Menschen und Tieren kaum auf den Menschen übertragen ließen. Verlangt wird ein gesetzliches Verbot aller Tierversuche, jede Ausnahme soll dann antragspflichtig werden. Das würde den Wegfall einer Vielzahl von Gesetzen bedeuten, die Tierschützer kritisieren das etwa mit dem Hinweis darauf, daß es „niemand interessieren könne, ob er 50 oder 100 Gramm Seife essen müsse, bis er Magenbeschwerden bekommt“. Es genüge die völlige der Hinweis auf die Packung, daß der Genuß des Inhalts giftig sei.

**LAASPHIE**  
Kneippkur im Schwarzwald  
DIE KUR schließt  
• Herz- u. Kreislaufstörungen, Herzinfarkt nachgeordnet  
• Erschöpfung, Rehabilitation nach Operationen  
• Rheumatischer Formenkreis, Wirbelsäule, Bandscheiben, Arthrosen, Verschleißbeschwerden  
• Stoffwechsel- u. Hormonstörungen  
• Gesichtsmassagen u. a. Schroth-Kur  
• MS- u. Parkinson  
→ Pauschalkuren ←  
7 Tage bis 4 Wochen, Kneipp u. Schroth kombiniert mit Spezialbehandlungen  
Urlaub in reizvoller Kurstadt und Landschaft  
Wald- u. Bergland im Naturpark Rothaargebirge, leichtes Mittelgebirgsklima, geräumte Spazier- u. Wanderwege. Bunter Unterhaltungsangebot.  
WINTERVERGNÜGEN  
Am Ort Loipen, Skischule und Skiverleih  
Gratulationsinformation: Kurverwaltung - 6929 Bad Laasphe - Tel. 0 27 52 - 0 98

**BAD LIEBENZELL**  
Kur und Ferien im Schwarzwald  
Information: Kurverwaltung 7263 Bad Liebenzell  
Tel. 0 70 52 / 20 15

8° 19' 10" Ost  
54° 56' 15" Nord  
auf diesen Koordinaten wurde das  
Nordseebad Wenningstedt 1859 gegründet.  
Festwoche vom 13.7.-21.7.1984:  
13.7.: Eröffnungsfest, Umzug - Festwiese  
abends Jubiläumsball  
14.7.: Tanzturnier mit Weltmeistern  
und Deutschen Meistern  
21.7.: großes Fest zum 125. Jahrestag  
... und noch viele weitere Veranstaltungen  
- besonders auch für Kinder.  
Wenningstedt  
Braderup  
Tel. 0 46 81 / 4 0 71

**Wildbad**  
... die Thermen im Schwarzwald 35 - 41° C  
Ein Angebot für mehr Gesundheit  
In dem Heilbad mit Tradition in 430-950 m Höhe, nebstfreier, Bandscheibenschäden, Abnutzungserkrankungen der Gelenke (Arthrosen), Rheuma, Nachbehandlungen nach Operationen und Unfällen, Lähmungen, allg. Aufrechterhaltung der Bewegungsbereitschaft 30-34°C, Krankengymn., Bewegungstherapie, Fürstenthermen.  
Kultur-, Freizeit- und Sportangebot, Schwarzwälder Gastlichkeit - Wildbad ist beihilfefähig - den Weg zur Kur erfahren Sie von uns.  
Inf.: Verkehrsbrüder, 7547 Wildbad, Postf. 104 ah, Telefon 0 70 81 / 1 02 80.